

Die Politische Meinung

A hand holding a small, irregular piece of aged parchment with Arabic script. The script is written in a cursive style, likely a form of Maghrebi or Andalusian script. The parchment is held between the fingers of a hand, and the background is a textured, light-colored fabric.

ISLAMISMUS UND ISLAM

—
Diagnosen,
Kontexte,
Konsequenzen

ZUM SCHWERPUNKT Cemile Giousouf, Christliches und islamisches Menschenbild;
Mariella Ourghi, Was meint Jihād?; Ahmad Mansour, Bloß nicht kleinreden!;
Armin Laschet, Plädoyer für eine gemeinsame offene Leitkultur

KOMMENTIERT Leeor A. Engländer, Gehört der Antisemitismus zu Deutschland?

GRIECHENLAND Michael Martens, Syriza und die Krise des Klientelismus

”

Wir brauchen eine Debatte, die einerseits keinen Zweifel an der Pflicht der muslimischen Glaubensgemeinschaften aufkommen lässt, ihr Verhältnis zu salafistischen Strömungen und fundamentalistischen Predigern zu klären, die aber andererseits nicht daran zweifelt, dass der Islam und seine Werte als Bereicherung für unser christlich-jüdisch geprägtes Land zu begreifen sind.

Armin Laschet, Plädoyer für eine neue Leitkultur

Es wäre genauer zu betrachten, wo die Schnittmenge der Auffassungen liegt, die gefährliche Islamisten und der Mustafa-Normal-Muslim gemeinsam haben. Vielleicht ist das mehr, als möglicherweise beiden bewusst ist? Genau diese unbewusste Gemeinsamkeit stellt auf Dauer eine Gefahr für die demokratischen Werte dar.

Ahmad Mansour zu problematischen Verharmlosungen

Die meisten Mitglieder der Szene waren nicht auf der Suche nach spiritueller Erfüllung. Dennoch bildet die Religion später den Pfahl, an den die neue Identität gebunden wird. Und diese Verbindung lässt sich – bis jetzt jedenfalls – von außen kaum noch lösen, denn sie verleiht die gesuchte Sicherheit.

Lamya Kaddor zu den Motivationen deutscher „Dschihadisten“

Würden Politiker und Gesellschaft es ernst meinen, würden sie zusehen, dass sie entschiedener gegen jene muslimischen Institutionen und Organisationen hierzulande vorgehen, die ihre Anhänger mit Hass auf Juden, Christen, Schwule, die Demokratie und den Westen indoktrinieren.

Leeor A. Engländer zum Antisemitismus in Deutschland

Zwar halte ich die theologischen Diskurse in der islamischen Welt für sehr wichtig, glaube jedoch nicht, dass wir als Demokratinnen und Demokraten auf deren Ergebnisse warten sollten. So wie es richtig war, dass sich die frühen Christdemokratinnen und Christdemokraten an die Spitze der entstehenden ökumenischen Bewegung stellten, indem sie die demokratische und pragmatische Zusammenarbeit einfach vorlebten, so können und sollen auch wir uns als Christen, Muslime, Juden, Anders- und Nichtglaubende gemeinsam engagieren.

Cemile Giousouf zu Menschenbildern und politischen Perspektiven

“

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Sechzig Prozent der Deutschen sind der Ansicht, dass der islamistische Terror nichts mit dem Islam zu tun habe. Das ist das Resultat einer Emnid-Umfrage kurz nach den Anschlägen in Paris. Eine eher gelassene, auch differenzierte Haltung scheint daraus zu sprechen – jedenfalls vor dem Hintergrund anderer Studien, die in Deutschland seit Jahren eine tiefsitzende Angst vor dem Islam diagnostizieren. Unabhängig davon, welches Ergebnis das Stimmungsbild besser wiedergibt, vorauszusehen ist, dass sich das Meinungsklima noch deutlich verschärfen dürfte, wenn – was zu befürchten ist – Mörder weiter „im Namen des Islam“ ihr Unwesen treiben.

Jede neue Schandtat gibt denen Auftrieb, die den Islam schon immer für wesentlich gewalttätig, demokratieunverträglich oder integrationshinderlich hielten. Dagegen gerät die Gegenposition unter Druck. Inzwischen reicht es nicht mehr aus, nur zu beteuern, dass der Islam eine „Religion des Friedens“ sei. Die – fanatisch übersteigerte – religiöse Motivation und Rechtfertigung der islamistischen Täter lässt sich nicht übergehen.

Den Gründen für diese ideologisierte religiöse Gewalt nachzugehen, gehört notwendigerweise zu einem sachlichen und unvoreingenommenen Diskurs über den Islam. Dennoch ist Vorsicht geboten. Denn allzu leicht könnte sich die Debatte auf die Gewaltfrage reduzieren. Dabei sollte ein umfassenderes Verständnis dieser Religion und ihrer historischen und soziologischen Kontexte die Grundlage aller weiteren Diskussionen sein.

Wenn mittlerweile circa vier Millionen Muslime in Deutschland und wohl ungefähr fünfzig Millionen Muslime in Europa leben und Prognosen davon ausgehen, dass der Islam in wenigen Jahrzehnten die größte Weltreligion sein könnte, dann zeigt das, wie notwendig diese Anstrengung ist. Die Zahlen werfen aber auch ein Licht darauf, dass der salafistische Anspruch vom einen und unwandelbaren Islam gänzlich realitätsfern ist und totalitären Charakter besitzt. Der Islam ist kein Monolith, sondern kennt die vielfältigsten Strömungen, Traditionen und Ideenwelten.

Der „Krieg gegen den Terror“ ist von westlicher Seite nur in der Solidarität mit Muslimen zu gewinnen. Denen, die innerhalb der islamischen Kultur den Ausgleich suchen, einen differenzierten Diskurs und ein vernunftgeleitetes Verständnis über Glaubensfragen entwickeln wollen, muss verstärkt unsere Unterstützung gehören. Bei aller Notwendigkeit, jetzt auch die konkreten Sicherheitsfragen neu zu bedenken – dem Gewaltpotenzial lässt sich letztlich nur mit den Friedenspotenzialen des Islam beikommen.



1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Islamismus und Islam – Diagnosen, Kontexte, Konsequenzen

14 WELCHER ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND?

Thomas Volk

Differenzierungen in einer
prominenten Debatte

21 ISLAMISMUS

Peter R. Neumann

Seine Ursprünge, seine Entwicklung

26 BLOSS NICHT KLEINREDEN!

Ahmad Mansour

Die Verharmlosung der islamistischen
Gefahr behindert eine wirksame Vor-
beugung

31 WAS MEINT JIHÄD?

Mariella Ourghi

Das Konzept in der Tradition und
im aktuellen Jihädismus

45 WARUM JUNGE DEUTSCHE IN DEN KRIEG ZIEHEN

Lamya Kaddor

Beobachtungen und Konsequenzen

52 VERZERTE WAHRNEHMUNG

Katharina Senge

Über die schädliche Vermischung von
Einwanderungs- und Islamdebatten

58 CHRISTLICHES UND ISLAMI- SCHES MENSCHENBILD

Cemile Giousouf

Warum ich als Muslimin der CDU
angehöre

66 ENDE DER BEVORMUNDUNG

Mouhanad Khorchide

Die Muslime in Deutschland brauchen
wissenschaftlich kompetente und alltags-
erfahrene Imame

74 VON ÖSTERREICH LERNEN?

Susanne Knasmüller

Über die Genese des neuen Islamgesetzes

79 SPOTLIGHTS ISLAMISTISCHER TERROR

Vier Beispiele, wie andere Länder
betroffen sind

85 INTERVIEW: RELIGION, EIN SICHERHEITS- RISIKO?

Franz Josef Jung: Wie Religions-
und Sicherheitsfragen miteinander
verbunden sind

Kommentiert

41 GEHÖRT DER ANTISEMITIS- MUS ZU DEUTSCHLAND?

Leeor A. Engländer

Wie sich die deutsche Gesellschaft mit
der Judenfeindlichkeit abfindet

108 EIN KLASSISCHES DILEMMA

Michael Martens

Syriza und die Krise des griechischen
Klientelismus

Impulse

- 36 **EINIG IN DER
AUFSTEIGERREPUBLIC**
Armin Laschet
Plädoyer für eine gemeinsame offene
Leitkultur
- 114 **LÄSTERN LASSEN?**
Petra Bahr
Über den langen Schatten des
Karikaturenstreits
- 119 **DAS PEGIDA-SYNDROM**
Joachim Klose
Versuch eines differenzierten Blicks

Rückblicke

- 92 **IM ERINNERN GETRENNT?**
Alexander Brakel
Die Perzeptionen des Weltkriegsendes
vor siebzig Jahren
- 98 **POLNISCH-DEUTSCHE
ANSCHAUUNGSNÄHE**
Władysław Bartoszewski
Richard von Weizsäcker in meiner
Erinnerung
- 103 **GESCHEITERTES GEDENKEN**
Norbert Seitz
Vor 100 Jahren begann der Genozid
an den Armeniern

Gelesen

- 100 **PLATTMACHEN GEHT
ANDERS**
Richard Schröder
Ein Beitrag zu einem gerechten Urteil
über die Treuhand

Würdigung

- 124 **LIBELLEN UND ANDERE
ERINNERUNGSTRÄGER**
Rüdiger Görner
Oder der Versuch, Marica Bodrožić
vorzustellen

Infokästen

- 51 **„JIHADISTEN“ IN
DEUTSCHLAND –
EIN ÜBERBLICK**
- 65 **MUSLIME IN
DEUTSCHLAND –
IN ZAHLEN UND
PROZENTEN**
- 71 **MUSLIMISCHE VERBÄNDE
IN DEUTSCHLAND –
EIN ÜBERBLICK**
- 128 **FUNDSTÜCK**



Gewalt gegen das islamische Erbe

Die zerstörten Schätze des Ahmed-Baba-Instituts für islamische Dokumentation und Forschung

Seit dem 13. Jahrhundert werden im Ahmed-Baba-Institut in Timbuktu (Mali) wissenschaftliche Schriften sowie Traktate und Briefe zu Religionsfragen gesammelt. Insgesamt sollen es rund 40.000 wertvolle Handschriften gewesen sein. Am 28. Januar 2013 hatten islamistische Kämpfer die Bestände in Brand gesteckt und einen großen Teil dieses bedeutenden Kulturschatzes vernichtet. Die Institutsmitarbeiter retteten jedes verbliebene Fragment und versuchen, die geistesgeschichtliche Tradition des Instituts fortzusetzen. Die Zerstörungswut der Islamisten richtet sich – wie im Falle der antiken Stätten in Mossul, Nimrud oder Hatra – gegen das Kulturerbe der Menschheit. Das Beispiel des Ahmed-Baba-Instituts zeigt, wie sehr gerade auch Zeugnisse der islamischen Geistestradiation bedroht sind.

Cover / Seite 4

Überreste eines islamischen Manuskripts aus dem Ahmed-Baba-Institut

Seite 6/7

Aufräumarbeiten nach dem Brand, leere Manuskriptboxen sind über den Boden verstreut.

Seite 8/9 und 10/11

Auch noch so kleine Fragmente werden gesichert und in Kartons gesammelt.

Seite 12/13

Lektüre eines wieder zugänglichen Werkes der Sammlung, 25. Juli 2013

Seite 73/74

Die Dokumentationsstätigkeit des Instituts wird fortgesetzt.

© Reuters / Joe Penney (Cover, Seite 4, Seiten 12/13, 72/73)

© Reuters / Benoit Tessier (Seiten 6/7, 8/9, 10/11)

Islamismus
und Islam
—
Diagnosen,
Kontexte,
Konsequenzen







...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...

...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...
...المسعودي ...









Welcher Islam gehört zu Deutschland?

—

Differenzierungen in einer prominenten Debatte

THOMAS VOLK

Geboren 1986 in Waldkirch, Koordinator Islam und Religionsdialog, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“¹ Mit dieser symbolträchtigen Aussage löste der frühere

Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 eine kontroverse und überfällige Diskussion über den Stellenwert „des“ Islam in Deutschland aus. Der Vorsitzende

der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, positioniert sich ebenfalls eindeutig und stellte in einem Zeitungsinterview fest: „Der Islam ist nicht Teil unserer Tradition und Identität in Deutschland und gehört somit nicht zu Deutschland“, um zeitgleich deutlich herauszustellen: „Muslime gehören aber sehr wohl zu Deutschland. Sie genießen selbstverständlich als Staatsbürger die vollen Rechte.“² Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, betonte zuletzt während des Besuchs des türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu Anfang Januar in Berlin: „Der Islam gehört zu Deutschland – und das ist so, dieser Meinung bin ich auch.“³ Sie beflügelte mit dieser kategorischen Aussage erneut die Diskussion darüber, ob nun der Islam in seiner gesamten Facettenvielfalt oder nicht vielmehr hier lebende Muslime als deutsche Staatsbürger mit islamischer Religionszugehörigkeit zu Deutschland gehören.

Wie steht es also um die gesellschaftliche Akzeptanz des Islam in der Bundesrepublik, und welche Themen dominieren das derzeitige Islambild in Deutschland? Welche Erscheinungsformen weist der Islam auf, und muss nicht deutlicher zwischen den heterogenen islamischen Strömungen unterschieden werden, um genauer formulieren zu können, welcher Islam tatsächlich zu Deutschland gehört beziehungsweise gehören sollte?

EINE MEHRHEIT FÜHLT SICH BEDROHT

Im Sommer 2014 sorgte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Wochenzeitschrift *stern* für Aufsehen, wonach 52 Prozent der Befragten der Meinung seien, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, und sich lediglich 44 Prozent der Aussage des früheren Bundespräsidenten Wulff anschließen. In der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen hingegen betrachteten 61 Prozent der Befragten den Islam als selbstverständlichen Teil Deutschlands, eine womöglich erste Tendenz zu einem sich zukünftig normalisierenden Verhältnis der Deutschen zum Islam.

Aktuelle Ergebnisse über das Verhältnis der nicht-muslimischen Deutschen zum Islam bietet vor allem die Sonderauswertung Islam des Religionsmonitors der Bertelsmann-Stiftung vom Januar 2015. Darin heißt es zusammenfassend: „Obwohl Muslime mittlerweile in Deutschland heimisch geworden sind, lehnt die deutsche Mehrheitsbevölkerung Muslime und den Islam zunehmend ab. Über die Hälfte der Bevölkerung nimmt den Islam als Bedrohung wahr, und ein noch höherer Anteil ist der Ansicht, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt. Diese Ablehnung des Islam hat in den letzten zwei Jahren noch deutlich zugenommen.“⁴ Demnach empfinden 57 Prozent der befragten nicht-muslimischen Deutschen den Islam als bedrohlich, für 61 Prozent passt der Islam allgemein nicht zur westlichen Welt.⁵ Selbst wenn

die Erklärungsmuster für das erkennbar wachsende Gefühl eines gewissen Unbehagens gegenüber dem Islam in den letzten Jahren vielfältig sein dürften, trägt die öffentliche Wahrnehmung eines scheinbar gewaltbereiten Islam wahrscheinlich auch zu dieser steigenden Tendenz der Skepsis gegenüber dem Islam bei.

ISLAMISMUS GEHÖRT NICHT ZU DEUTSCHLAND

Die Menschen sind irritiert, wenn in den Medien nahezu täglich über Grausamkeiten von islamistischen Terrororganisationen wie der Shabaab-Miliz in Somalia, der Boko Haram in Nigeria, den Muslimbrüdern in Ägypten, der Hamas im Gaza-Streifen, der Hisbollah im Libanon, der Al Kaida auf der arabischen Halbinsel und schließlich von deren jüngster Abspaltung, dem „Islamischen Staat“ (IS), berichtet wird. Sie fragen sich, was Unterdrückung, Vergewaltigung, Mord und Barbarei mit dem Islam zu tun haben, und meinen, aus den Reihen der islamischen Geistlichkeit eine lautere und eindeutige Stimme der Ablehnung dieser Taten und einer Distanzierung von ihnen vernehmen zu müssen. Die Antwort sollte unmissverständlich sein: Der Islam wird von Islamisten für deren ideologische Zwecke instrumentalisiert und muss sich zeitgleich fragen (lassen), weshalb das geschehen kann. Es verwundert und beängstigt Menschen außerdem, dass sich den schätzungsweise 30.000 Kämpfern der IS-Terrororganisation mindestens 3.000 aus Europa stammende Islamisten angeschlossen haben, darunter mehr als 600 aus Deutschland. Die islamistisch motivierten Terroranschläge von Paris und Kopenhagen im Januar und Februar verunsichern verständlicherweise zusätzlich, da der Terror im Namen des Islam auch in europäischen Hauptstädten angekommen ist.

HISTORISCH-KRITISCHE LEKTÜRE

In islamischen Quellen – wie in denen anderer Religionen auch – existieren durchaus Passagen, die zur Legitimation von Gewalt herangezogen werden können. Wer behauptet, es gebe im Koran keinerlei zu Gewalt aufrufende Suren und der Islam sei ausschließlich eine Religion des Friedens, übersieht die Textstellen in den islamischen Quellen, die durchaus als gewaltlegitimierend missbraucht werden können. Nur wer die Offenbarungsschrift der Muslime historisch-kritisch in den Kontext ihrer Entstehungsgeschichte einbettet, kann sich von den teilweise Gewalt legitimierenden Suren lösen.⁶

Zur größeren Anerkennung des Islam in Deutschland würde daher auch beitragen, wenn muslimische Theologen und Vertreter von Islamverbänden

nicht reflexartig nach jedem islamistischen Anschlag beteuern würden, solche Taten hätten nichts mit dem Islam zu tun. Vielmehr sollten sie offensiv und kritisch die Diskussion darüber mitgestalten, weshalb irreführende Extremisten sich auf ihre Religion berufen. Muslime könnten viel selbstbewusster betonen, dass die überwältigende Mehrheit der 1,6 Milliarden Anhänger des Islam friedlich ihrer Religionsausübung nachgehen und nur weniger als ein Prozent einem fundamentalistischen Gedankengut Folge leistet.

ABSURDE PAUSCHALISIERUNG

Zeitgleich sollte immer wieder daran erinnert werden, dass das *eine* Phänomen Islamismus ebenso wenig existiert, wie es auch nicht die *eine* monolithische Form des Islam gibt. Islamismus und Islam sind jeweils als eigene konstitutive Welten vielschichtig und komplex. Die Begrifflichkeit Islam ist vielseitig und beschreibt neben einer Religion ebenso eine Weltanschauung, ein Rechtssystem und ein Wirtschaftsdenken. Neben verschiedenen Denominationen, wie Sunniten und Schiiten, umfasst der Begriff auch unterschiedliche Rechtsschulen und Gedankenwelten. Nur ein differenzierender Ansatz kann den Islam verstehen und führt jede Pauschalisierung ad absurdum, da sie seiner Komplexität nicht gerecht wird. Es gibt nicht „den“ Islam.

Ein Blick auf die Situation in Deutschland verdeutlicht bereits die Vielfalt muslimischen Lebens: In Deutschland leben zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime, davon besitzt etwa die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit. 63 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime haben einen türkischstämmigen Hintergrund, 74 Prozent bekennen sich zur sunnitischen und sieben Prozent zur schiitischen Glaubensausrichtung im Islam. Dreizehn Prozent gelten als Aleviten. Außerdem zählt die Ahmadiyya-Gemeinde circa 30.000 Mitglieder in Deutschland und ist neben Hessen seit 2014 auch in Hamburg als einzige islamische Gemeinschaft in Deutschland als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. Der muslimische Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt demnach zwischen 4,6 und 5,3 Prozent. In den vier großen Islamverbänden organisieren sich maximal fünfzehn bis zwanzig Prozent der in Deutschland lebenden Muslime, die überwältigende Mehrheit praktiziert ihren Glauben ohne Anbindung an einen der ethnisch-kulturell geprägten Interessenverbände.

RECHTSSCHULEN UND STRÖMUNGEN

Entscheidend ist, dass es auch unter den Muslimen in Deutschland keine zentrale oder gar legitimierte Sprachinstanz gibt und sich das Islamverständnis nach der jeweiligen Lehrtradition (*madhhab*) richtet. Im Allgemeinen lassen

sich heute acht unterschiedliche Rechtsschulen im Islam kategorisieren: Neben der besonders strengen Auslegung der *Zahiriya*, die heutzutage praktisch keine Unterstützer mehr findet, und der *Ibadiya*, die lediglich im Oman noch als Mehrheitsislamauslegung fungiert, sind besonders die zwei schiitischen (*Dschafariya* und *Zaidiya*) und die vier sunnitischen (hanafitisch, malikitisch, schafitisch, hanbalitisch) Rechtsschulen von Relevanz. Etwa die Hälfte der Sunniten weltweit folgt der hanafitischen Rechtsschule der sunnitischen Islamtradition, die daher als die dominierende Lehrschule gilt. Die in Deutschland lebenden sunnitischen Muslime mit mehrheitlich türkischstämmigem Hintergrund folgen ebenso dieser Islamauslegung, die neben Koran und Sunna auch die Suche nach einem Konsensus islamischer Rechtsgelehrter und die Abwägung durch Analogieschlüsse (*qiyas*) impliziert.

Ohne auf die vielfältigen Besonderheiten der unterschiedlichen Rechtsschulen im Detail einzugehen, können folgende Beispiele aus der praktizierten Auslegung ausgewählter islamischer Rechtsschulen dazu dienen, sich ein differenzierteres Bild über die Vielfalt des Islam zu machen. Gehört zum Beispiel die dschafaritische Islamtradition, wie sie in der Islamischen Republik Iran praktiziert wird, bei der Homosexuellen die Todesstrafe droht und göttliches über weltlichem Recht steht, zu Deutschland? Zählt die kleinste Rechtsschule der Hanbaliten, wie sie im wahhabitisch geprägten Königreich Saudi-Arabien praktiziert wird und in deren Namen bei Ehebruch die Steinigung und bei Diebstahl das Abtrennen von Gliedmaßen droht, zu Deutschland? Und passt selbst die als liberal geltende hanafitische Rechtsschule, die unter anderem in der Türkei zur Geltung kommt, auch dann bedingungslos zu Deutschland, wenn der oberste Geistliche der Türkischen Republik wiederholt Frauen dazu aufruft, sich nicht zu freizügig zu kleiden, ein keusches Leben zu führen und fromme Mütter zu sein?

So selektiv die Beispiele auch erscheinen mögen, so nachweisbar repräsentieren sie eine ebenfalls praktizierte Islamauslegung. Die Beispiele verdeutlichen, warum eine pauschale Aussage wie „Der Islam gehört zu Deutschland“ bei vielen negative Assoziationen aufkommen lässt und sich viele fragen, welcher Islam nun eigentlich zu Deutschland gehört.

Die Antworten können vielfältig und kontrovers sein. In einer offenen Debatte zwischen Muslimen und der nicht-muslimischen Bevölkerungsmehrheit muss angesprochen werden, dass sich Muslime in Deutschland selbst und islamische Verbände im Allgemeinen kritische Fragen stellen und kritische Äußerungen zulassen können sollten. Elementare Grundrechte wie Meinungs-, Kunst-, Glaubens- und Pressefreiheit sind wesentliche Bestandteile der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und im Zweifel nicht verhandelbar. Diesen Grundrechten muss sich ein in Deutschland gelebter Islam selbstverständlich anpassen (können).

DER KONFRONTATION AUSWEICHEN?

Es könnten nun zahlreiche Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit angeführt werden, die als Belege einer bisher stellenweise unbefriedigenden Integration des Islam in Deutschland verstanden werden könnten. So echauffierte sich Ende 2014 etwa ein aus Osnabrück kommender Muslim über einige Aussagen des Kabarettisten Dieter Nuhr und bezichtigte den Künstler aufgrund der Aussage „Wenn man nicht wüsste, dass der Koran Gottes Wort ist, könnte man meinen, ein Mann hätte ihn geschrieben“ der Hetze und der Verletzung religiöser Gefühle. Obschon das Ermittlungsverfahren gegen Nuhr eingestellt wurde, zeigt der Vorfall doch eine wiederkehrende Symptomatik in der Debatte über den Stellenwert des Islam in Deutschland. Sie erscheint auch in der Weigerung deutscher Medienhäuser, die Karikaturen des dänischen Zeichners Kurt Westergaard, der 2005 mit Zeichnungen des islamischen Propheten Mohammed international für Aufregung sorgte, abzubilden, oder bei der Absetzung von Mozarts Oper „Idomeneo“ in einer Art vorausweisendem Gehorsam gegenüber etwaigen Bedenken muslimischer Verbände in Berlin 2006.

Diese Haltung ist besorgniserregend und obendrein unfair. Weshalb sollten Muslime weniger Kritikfähigkeit besitzen als Anhänger anderer Religionsgemeinschaften? Weshalb sollten für die überwältigende Mehrheit der Muslime nicht auch die Presse- und Meinungsfreiheit, die Freiheit der Kunst und der Glaubensausrichtung von höherem Wert sein als die fanatische Minderheitenposition mancher Fundamentalisten? Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn mahnte in der Debatte um Nuhr im Herbst 2014 zu Recht: „Der Islam gehört erst wirklich dann zu Deutschland, wenn man über ihn Witze machen darf, ohne angezeigt oder bedroht zu werden.“ In beiden Fällen wurde präventiv eine Beschneidung der Meinungs- und Kunstfreiheit vorgenommen, um möglichen Konfrontationen mit Muslimen vorbeugend aus dem Weg zu gehen. Die Absage des Karnevalssumzugs in Braunschweig im Februar dieses Jahres aufgrund einer konkreten islamistischen Anschlagplanung ist ebenfalls ein herber Rückschlag für das Recht auf Versammlungsfreiheit.

MULTIPLIKATOREN FEHLEN

Die Lehrstühle für Islamische Theologie an deutschen Universitäten tragen eine große Verantwortung bei der Klärung der Frage, welcher Islam zu Deutschland gehört; sie sollten die Chance der aktiven Mitgestaltung nutzen, um durch eine historisch-kritische Koranexegese diese Debatte mit Leben zu füllen. Die Vielfältigkeit islamischer Strömungen ist evident und verallgemeinernde Feststellungen – auch rhetorischer Natur – sind wenig zweckdienlich. Der Journalist Mehmet Ata formulierte in einem Artikel für die

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung unlängst fünf Thesen für einen deutschen Islam. Ata betont: „Unter Muslimen herrscht eine Scheu, über einen deutschen Islam zu diskutieren“, und schlägt zugleich vor, dass ein deutscher Islam deutschsprachig sein, die Gedanken der Freiheit und Toleranz in sich tragen und die spezifisch deutsche Geschichte mitdenken müsse.⁷ Interessant ist, dass eine große Anzahl der in Deutschland lebenden Muslime diese Ansprüche bereits erfüllt, es allerdings jenseits der etablierten Interessenverbände noch zu wenige wahrnehmbare Multiplikatoren für diesen gelebten deutschen Islam gibt.

Wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und die freiheitlich-demokratische Grundordnung akzeptiert, zählt ohne jeden Zweifel zu Deutschland. In einem säkularen Rechtsstaat darf die religiöse Orientierung eines Menschen im Grunde keine Rolle spielen. In einem säkularen Rechtsstaat gilt die Treue zur Verfassung und nicht die zu einer Religion.

¹ http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html (28.10.2014).

² <http://www.welt.de/politik/deutschland/article106201159/Der-Islam-gehört-nicht-zu-Deutschland.html> (28.10.2014).

³ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/angela-merkel-islam-deutschland-wulff> (16.02.2015).

⁴ http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf (16.02.2015).

⁵ http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf, Seite 8. (16.02.2015).

⁶ Ausschnitt aus dem Artikel „Islam-Islamismus“.

⁷ Ata, Mehmet (2015): Fünf Thesen für einen deutschen Islam. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fuenf-thesen-fuer-einen-deutschen-islam-13402218.html> (02.02.2015).

Islamismus



Seine Ursprünge, seine Entwicklung

PETER R. NEUMANN

Geboren 1974 in Würzburg, Terrorismusexperte und Direktor des International Centre for the Study of Radicalisation am King's College London.

Die Geschichte des Islamismus ist nicht identisch mit der Geschichte des Islam. Der Islam ist mehr als 1.400 Jahre alt, doch das Phänomen, das heutzutage als Islamismus bezeichnet wird, gibt es erst seit einem Jahrhundert.

Nach Meinung vieler Historiker ist der Islamismus aus der Begegnung des Islam mit der Moderne – speziell der Moderne westlicher Prägung – entstanden. Für viele Muslime, besonders in der arabischen Welt, war die Kolonialzeit demnach eine demütigende Erfahrung, die viele Fragen nach der eigenen Identität aufwarf. Trotz großer historischer Erfolge – mit Kalifaten und Imperien, die die halbe Welt regierten – war es für die Muslime seit dem 17. Jahrhundert bergab gegangen. Weite Teile der mehrheitlich islamischen Welt wurden vom Westen beherrscht, der seine imperialen Interessen durchsetzte und vielerorts jahrhundertealte soziale und

kulturelle Normen über den Haufen warf. Möglich war das nur – so die Meinung vieler, die später zu Islamisten wurden –, weil die Muslime ihre islamische Identität vernachlässigt hätten und stattdessen zu zweitklassigen Kopien ihrer westlichen Kolonialherren geworden seien.¹

Was Bernard Lewis stark vereinfachend als die „Krise des Islam“ beschrieb,² wurde nicht von allen Muslimen so empfunden. Die koloniale Erfahrung war an verschiedenen Orten ganz unterschiedlich ausgeprägt und brachte eine ganze Reihe, manchmal widersprüchlicher Phänomene hervor – vom Widerstand bis hin zur totalen Anpassung. Eine der ersten Reaktionen war nicht, wie man vermuten könnte, der Aufstand gegen den Kolonialismus, sondern der Versuch, die Essenz der eigenen Identität wiederzuentdecken. Besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden deshalb in verschiedenen Teilen der mehrheitlich muslimischen Welt religiös-fundamentalistische Bewegungen, die einen scheinbar reinen, nicht korrumpierten und vor allem an den religiösen Texten orientierten Islam predigten. Im von Großbritannien beherrschten Indien waren das die sogenannten Deobandis, deren Religionsschulen die Muslime vor westlichen Einflüssen schützten und zu einem strengen, puristischen Islam bekehren sollten.

DIE „FROMMEN VORFAHREN“

In Ägypten formierte sich eine Gruppe junger Gelehrter an der berühmten Al-Azhar-Universität und propagierte eine ganz ähnliche Idee: die Rückbesinnung auf einen Islam, wie er angeblich zur Zeit des Propheten Mohammed und seiner unmittelbaren Nachfolger – der sogenannten „frommen Vorfahren“ (*salaf*) – existiert hatte. Beide Bewegungen – Deobandis und Salafisten – waren aus der Begegnung mit dem Westen entstanden, doch explizit politisch oder gar revolutionär waren sie zu Beginn kaum.³

Das änderte sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, speziell mit dem Entstehen der wohl bedeutendsten islamistischen Organisation, der Muslimbruderschaft, im Jahr 1928. Ihr Gründer war Hassan al-Banna (1906 bis 1949), ein Lehrer aus der ägyptischen Zone am Kanal, wo die Vorherrschaft Großbritanniens am deutlichsten zu spüren war. Al-Banna kam aus einer frommen Familie und empfand schon in jungen Jahren den Einfluss westlicher Ideen als destruktiv. In seiner Autobiographie schrieb er: „Nach dem Ersten Weltkrieg und während meiner Studentenzzeit in Kairo überflutete eine Welle des Atheismus und der Wollust Ägypten. Im Namen der individuellen und intellektuellen Freiheit wurden Moralität und Religion zerstört. Nichts schien in der Lage, diesen Sturm aufzuhalten.“⁴ Als Antwort gründete al-Banna islamische Schulen, Wohlfahrtsvereine, Krankenhäuser und Berufsverbände – jeder Aspekt des gesellschaftlichen Lebens sollte vom Islam geleitet und durchdrungen sein. Die zentrale Idee und Botschaft – „Islam ist die

Antwort“ – fiel auf fruchtbaren Boden: Ein Jahrzehnt nach ihrer Gründung hatte die Organisation in Ägypten eine halbe Million Mitglieder. Ein weiteres Jahrzehnt später gab es Anhänger und Filialen in allen Ländern der arabischen Welt.⁵ Das ultimative Ziel war nicht allein das Ende des Kolonialismus, sondern die Abschaffung säkularer Rechtssysteme und die Einführung der islamischen Scharia. Das bedeutete, dass die Aktivitäten der Muslimbruderschaft – obwohl zunächst das rein Spirituelle im Vordergrund gestanden hatte – letztlich auf einen politischen Konflikt hinausliefen.

DIE ENTSTEHUNG EINER GEWALTSAMEN, REVOLUTIONÄREN IDEE

Zur großen Konfrontation kam es in den 1950er-Jahren, als sich in Ägypten Oberst Gamal Nasser und die sogenannten Freien Offiziere an die Macht putschten. Der Anti-Kolonialismus Nassers war vielen Muslimbrüdern zunächst sympathisch, doch schnell wurde klar, dass Nasser die Islamisten nicht brauchte und ihren religiösen Ideen feindlich gegenüberstand. Unter den vielen islamistischen Intellektuellen, die sich zu dieser Zeit in den Gefängnissen wiederfanden, war Sayyid Qutb (1906 bis 1966) – genauso wie al-Banna ein Lehrer –, der den relativ pragmatischen Islamismus der Muslimbrüder in eine gewaltsame, revolutionäre Ideologie uminterpretierte. Aus Qutbs Sicht waren moderne muslimische Staaten vergleichbar mit den heidnischen, „ignoranten“ (*jahili*) Gesellschaften der vor-muslimischen Zeit. „Unsere ganze Umgebung, die Ideen und Überzeugungen der Leute, ihre Traditionen und Kunst, ihre Regeln und Gesetze – sie alle sind *jahili*“, schrieb er.⁶ Nur wer die „Souveränität“ Gottes absolut, hundertprozentig und ohne Vorbehalte akzeptiere, könne sich als Muslim bezeichnen. Die kleine Vorhut der wahren Muslime befände sich im Konflikt mit der ganzen Gesellschaft – und dieser Konflikt müsse mit allen Mitteln ausgetragen werden. Dschihad, so die Meinung Qutbs, bedeute vor allem bewaffneter Kampf, und der sei ein notwendiges Instrument, um die Herrschaft Gottes durchzusetzen.⁷

Qutb wurde 1966 gehängt, doch seine im Gefängnis geschriebenen Bücher gelten bis heute als Klassiker des Dschihadismus. Viele der von Nasser verfolgten Anhänger Qutbs fanden Unterschlupf in Saudi-Arabien, wo sich in den nachfolgenden Jahren seine Ideen und die dort dominante Religionsdoktrin gegenseitig befruchteten. Der saudische Wahhabismus, benannt nach seinem Begründer Mohammed al-Wahhab (1703 bis 1792), ist eine besonders harsche Ausprägung des Salafismus. Den Wahhabisten geht es nicht allein um eine Rückbesinnung auf den Islam der „frommen Vorfahren“, sondern um die Feindschaft gegenüber jeder Form des Unglaubens, des Polytheismus und der religiösen Innovation. Dazu gehören aus wahhabistischer Sicht die kompromisslose Trennung zwischen Gläubigen und Ungläubigen (*kufri*) und das

Zerstören jeglicher Hinweise auf andere Religionen.⁸ Viele Aspekte des Wahhabismus passten gut zu Qutbs Vorstellung von der „Souveränität“ Gottes und der vermeintlichen „Ignoranz“ muslimischer Gesellschaften. Mehr noch: Sie lieferten Qutbs Anhängern – darunter sein Bruder Mohammed (1919 bis 2014), der an der Universität von Medina lehrte⁹ – ein politisches und religiöses Programm: die Vision einer aus ihrer Sicht perfekten Gesellschaft, die es nach der Revolution durchzusetzen galt. Der Dschihadismus – genauer gesagt: der dschihadistische Salafismus – ist, so gesehen, eine Kombination aus Qutbs Revolutionstheorie und wahhabistischer Religionsdoktrin.

DIE VIELFALT DER STRÖMUNGEN

Was diese kurze Ideengeschichte deutlich macht, ist die Vielfalt an Strömungen innerhalb des islamistischen Spektrums. Der dschihadistische Salafismus ist nur eine von vielen Varianten. Es gibt auch Salafisten, die ihren weltlichen Herrschern die Treue schwören und sich auf die friedliche Missionierung (*dawa*) beschränken; und neuerdings gründen einige sogar politische Parteien und beteiligen sich am demokratischen Prozess. Ihnen allen geht es mittel- und langfristig um die Schaffung eines Gottesstaats wahhabistischer Prägung, doch die Mittel zu seiner Durchsetzung könnten unterschiedlicher nicht sein. Hinzu kommen die Muslimbrüder, die zwar ebenfalls religiös konservativ sind, aber den religiösen Eifer und Purismus der Wahhabisten ablehnen. Auch hier gibt es Pragmatiker, die das gemeinsame Ziel eines religiös verfassten Staates vor allem durch Basisarbeit („Islamisierung von unten“) oder Beteiligung an Wahlen erreichen wollen; daneben gibt es jene, die auch Gewalt und Terror einsetzen (wie zum Beispiel die palästinensische Gruppe Hamas). Zwischen all diesen unterschiedlichen Strömungen gibt es Kooperation, aber genauso häufig Feindschaft und gewaltsamen Konflikt.

Auch außerhalb Ägyptens und Saudi-Arabiens breitete sich der Islamismus in seinen verschiedenen Ausprägungen rasch aus. In Syrien zum Beispiel war die Muslimbruderschaft zunächst sehr pragmatisch. Ihr Gründer, ein Prediger namens Mustafa al-Sibai (1915 bis 1964), hatte in den 1930er-Jahren in Kairo studiert und dabei die Bekanntschaft al-Bannas gemacht. Unter seiner Führung beteiligte sich die Organisation an Wahlen, koalierte mit säkularen Parteien und stellte während der späten 1950er-Jahre den Verteidigungsminister, Parlamentssprecher und zweimal sogar für kurze Zeit den Premierminister. Zur gleichen Zeit entstand eine zweite Fraktion, die aggressiver war, jegliche Beteiligung am demokratischen Prozess ablehnte und gelegentlich gewaltsame Mittel einsetzte.¹⁰ Eine dritte Gruppe war direkt von Sayyid Qutb inspiriert. Genauso wie Qutb betrachtete ihr Anführer Marwan Hadid (1934 bis 1976) die Gesellschaft als ungläubig und predigte den gewaltsamen Umsturz. Genauso wie Qutb starb Hadid im Gefängnis, und genauso wie bei

Qutb formierte sich nach seinem Tod eine terroristische Gruppe, die den gewaltsamen Umsturz betrieb.¹¹ Doch die Kampagne der „Kämpfenden Vorhut“ – wie auch die aller anderen militant-islamistischen Gruppen – blieb zunächst auf das eigene Land beschränkt. Zur Internationalisierung und globalen Vernetzung der dschihadistischen Bewegung – und damit dem Beginn Al Kaidas – kam es erst in der Dekade ab 1979, als unterschiedliche Gruppen aus aller Welt durch den Afghanistankonflikt zusammengeschweißt wurden.

¹ Burgat, François: *Face to Face with Political Islam*, IB Tauris, London 2005; Kepel, Gilles: *Jihad: The Trail of Political Islam*, IB Tauris, London 2002.

² Lewis, Bernard: *The Crisis of Islam*, Random House, London / New York 2003.

³ Meijer, Roel: „Introduction“, in: Meijer, Roel (Hrsg.), *Global Salafism: Islam's New Religious Movement*, Hurst, London 2009, S. 7.

⁴ Al-Banna, zitiert in: Calvert, John: *Sayyid Qutb and the Origins of Radical Islamism*, Hurst, London 2010, S. 81.

⁵ Vidino, Lorenzo: *The New Muslim Brotherhood in the West*, Columbia University Press, New York 2010, S. 18–24.

⁶ Qutb, zitiert in: Calvert, Sayyid Qutb, op. cit., S. 217.

⁷ Ibid., S. 221–227.

⁸ Meijer, Roel: „Introduction“, op. cit., S. 3–7.

⁹ Kepel, Gilles: *Jihad*, S. 51.

¹⁰ Vgl. Teitelbaum, Joshua: „The Muslim Brotherhood in Syria, 1945–1958: Founding, Social Origins, Ideology“, in: *The Middle East Journal*, 65(2), 2011; Weismann, Itzchak: „Sa'ïd Hawwa and Islamic Revivalism in Ba'thist Syria“, in: *Studia Islamica*, 85 (1997).

¹¹ Vgl. Abd-Allah, Umar F.: *The Islamic Struggle in Syria*, Mizan, Berkeley, CA, 1983; Pargeter, Alison: *The Muslim Brotherhood: From Opposition to Power*, Saqi, London 2010, S. 81–82.

Bloß nicht kleinreden!

—

Die Verharmlosung der islamistischen Gefahr
behindert eine wirksame Vorbeugung

AHMAD MANSOUR

Geboren 1976 in Tira bei Kfar Saba (Israel), Diplom-Psychologe, beschäftigt sich mit Projekten und Initiativen gegen Extremismus und zur Förderung von Toleranz. Er ist Programme Director bei der European Foundation for Democracy.

Die Debatte zum Thema Islamismus ist wichtig und notwendig – aber sie muss differenziert geführt werden. Nur so wird sie konstruktiv. Klare Haltungen gegen islamistischen Extremismus sind grundlegend, aber wir müssen auch bereit sein, ins Detail zu gehen, uns die Problematik genauer anzusehen und zu analysieren. Die Debatte darf nicht aus Panik, nicht

aus Angst entstehen, sondern aus dem Wunsch, unsere Gesellschaft zu stärken und gefährdeten Jugendlichen Alternativen anzubieten. Es darf natürlich keine Debatte sein, die in Richtung Pegida, Polarisierung und Fremdenfeindlichkeit führt. Aber sie darf auch nicht in die umgekehrte Richtung führen, indem ein problematisches Islamverständnis verharmlost und kleingeredet wird, monokausale Erklärungen ausreichen oder die islamistische Ideologie

ausgeblendet wird. Solche Verharmlosung führt nur zu weiterem Radikalismus und verhindert die Entstehung effektiver Konzepte zur Bekämpfung der Radikalisierung. Diese Konzepte aber sind dringend notwendig. Sie dürfen nicht nur auf diejenigen fokussiert sein, die mit der Waffe in der Hand in den Dschihad ziehen wollen, besonders militant sind oder aus Syrien oder dem Irak zurückkehren, denn diese Personen sind nur die Spitze des Eisbergs. Die ausschließliche Beschäftigung mit ihnen verhindert eine grundsätzliche Wertedebatte über das Islamverständnis. Hier wäre genauer zu betrachten, wo die Schnittmenge der Auffassungen liegt, die gefährliche Islamisten und der Mustafa-Normal-Muslim gemeinsam haben. Vielleicht ist das mehr, als möglicherweise beiden bewusst ist? Genau diese unbewusste Gemeinsamkeit stellt auf Dauer eine Gefahr für die demokratischen Werte dar. Deshalb gilt es, die geeigneten Partner für Präventionsarbeit gegen Islamismus mit Bedacht auszuwählen.

ANSCHLÄGE IN PARIS: JUBEL UND ZUSTIMMUNG IM INTERNET

Wer im Bereich Extremismus-Prävention arbeitet, hat die Terroranschläge von Paris als einen großen Rückschritt, nicht aber als Schock empfunden. Die Reaktionen in der riesigen Internetunterwelt der Radikalen, Salafisten und Sympathisierenden waren höchst beunruhigend, aber leider nicht überraschend: Einerseits gab es Jubel und Zustimmung, andererseits wurden zahlreiche Verschwörungstheorien verbreitet. Was in diesen Tagen wirklich verwundert, ist der nicht selten geäußerte Eindruck, Paris sei ein Einzelfall gewesen; eine einmalige, ungeheuerliche Tat, durchgeführt von Psychopathen. Da möchte man fragen: Habt ihr Kopenhagen, Sydney, Ottawa und Brüssel vergessen? Alle diese Ereignisse liegen nur wenige Wochen zurück. Paris war also mitnichten ein Einzelfall, sondern ein weiterer Mosaikstein des Gesamtbildes: eines anwachsenden islamischen Fundamentalismus, welcher sich in ganz Europa abzeichnet.

Wenn wir von Gefahr reden, geht es um viel mehr als um Terroranschläge und gewaltbereite Rückkehrer aus Syrien oder dem Irak. Viel bedeutender sind die Tausende Menschen in Deutschland, die sich in ihrem täglichen Leben von der Mehrheitsgesellschaft bewusst abgrenzen und demokratische Werte ablehnen – beispielsweise Salafisten, die Nichtmuslime als „Ungläubige“ bezeichnen, die in ihren Gruppierungen strenge Regeln, klare Feindbilder und Schwarz-Weiß-Denken verbreiten, die sich gegenüber anderen Menschen aufwerten, indem sie darauf beharren, die absolute Wahrheit zu besitzen. In solchen Gruppierungen wird Gewalt oft legitimiert, selbst dann, wenn sie nicht ausgeübt wird. Gleiches gilt für die Gewalt der Terroristen, die relativiert oder gutgeheißen wird. Dieses sympathisierende Umfeld ist

deutlich größer, als viele es wahrnehmen wollen. Es äußert sich nicht im Fernsehen oder in der Presse, sondern bundes- und europaweit auf Schulhöfen, in Moscheen und in den sozialen Netzwerken.

Ein Beispiel: Durch meine Arbeit erhalte ich viele E-Mails von ratsuchenden Personen. Oft sind das Lehrer, die in ihren Schulklassen einen hohen Anteil von Schülern mit muslimischem Hintergrund haben und die mit diversen, daraus resultierenden Problemen konfrontiert sind. Nach den Anschlägen in Paris schrieb mir eine Lehrerin aus Deutschland: „Meine Schüler waren tatsächlich der Meinung, dass das Ganze von westlichen Geheimdiensten inszeniert worden sei, genauso wie 9/11.“ Die Lehrerin hat ihre Schüler gefragt, ob es nicht falsch sei, eine andere Person umzubringen: „Attentäter würden zwar Sünden begehen, kämen aber nach einer Zeit in der Hölle dann doch ins Paradies, allerdings mit einer Kennzeichnung auf der Stirn.“ Diese Einstellungen sind nicht selten. In den Köpfen der Schüler konkurrieren viele Informationsquellen: die Familie, die Traditionen, die Medien. Die Schule wäre ein wichtiger Ort, diese Informationen zu sortieren, aber die Lehrer sind oft überfordert und die notwendigen Strukturen sind nicht vorhanden.

ANGSTPÄDAGOGIK UNTERGRÄBT DIE DEMOKRATISCHEN WERTE

Große Aussagen wie „Der Islam gehört zu Deutschland“ und „Der Terror hat mit dem Islam nichts zu tun“ hört man gerade in letzter Zeit immer öfter. Aber wenn wir im öffentlichen Diskurs von „dem Islam“ reden, was bedeutet das genau? Es werden in Deutschland viele unterschiedliche Auffassungen des Islam praktiziert. Beziehen wir uns auf den Islam der vielen Musliminnen und Muslime in Deutschland, die ihre Religion als Privatsache empfinden? Auf einen Islam, der Spiritualität, Orientierung und Trost bringt? Oder sprechen wir vom Islam der Hassprediger und der IS-Terroristen? Von einem politisierten Islam, der den Menschen Angst macht und der Gleichberechtigung und Toleranz ablehnt? Dieser Islam gehört nicht in eine Demokratie – und ein deutliches Zeichen dagegen fehlt oftmals.

Auch bei moderatem Islam sollten wir genauer hinschauen und überlegen, welche Werte unseren Jugendlichen vermittelt werden. Denn es gibt religiöse Inhalte, die teilweise problematisch sind, da sie in einigen Fällen den Nährboden für eine Radikalisierung schaffen könnten. Ich rede von Inhalten wie der Angstpädagogik und von der Tatsache, dass Kindern ein Gottesbild beigebracht wird, das mit Hölle und Strafe droht und keine Zweifel an den Worten des Korans zulässt. Ich rede auch von Tabuisierung und Unterdrückung der Sexualität; von dem Verbot zu hinterfragen; von der Aufwertung der eigenen Anhänger und Abwertung aller anderen. Diese Vorstellungen

lassen sich von Radikalen sehr leicht instrumentalisieren, und sie sind auch in extremer Form im fundamentalistischen Islamverständnis vorhanden.

Erst dann, wenn im öffentlichen Diskurs eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Islamismus stattfindet, werden wir in der Lage sein, erfolgversprechende Ansätze und Projekte zu entwickeln. Denn eine effektive Präventionsarbeit kann nicht aus kleinen, gut gemeinten Integrationsprojekten bestehen, sondern muss Diskussion, Selbstkritik, neu gedachte pädagogische Konzepte und langfristige Ziele anstreben.

VERSAGEN DER ISLAMISCHEN VERBÄNDE

Zuerst brauchen wir unbedingt einen reformierten, demokratiekompatiblen Islam. Diese religiöse Reform kann nur innerislamisch eingeleitet werden, aber die Politik muss bereit sein, dabei eine entscheidende Rolle zu spielen. Sie hat die Chance, diverse, liberale muslimische Stimmen zu fördern. Aber sie muss sehr genau bedenken, wen aus der muslimischen Community sie zum Partner macht und wie ihre Entscheidungen auf die Debatte wirken könnten. Unabhängige Personen werden zum Beispiel nicht mehr zur Deutschen Islam Konferenz eingeladen – eine sehr problematische Entwicklung. Die islamischen Verbände haben bislang in vielen Bereichen versagt, und sie haben sich auch von vielen wichtigen Debatten ferngehalten, ja sogar Debatten unterbunden. Wenn die Politik ausschließlich mit den Verbänden arbeitet, könnte das unter Umständen den innerislamischen Diskurs behindern.

Wir müssen auch Vorbilder schaffen: muslimische Jugendliche, die überhaupt keine Ähnlichkeit mit den Radikalen haben; Jugendliche, die vielleicht religiös sind, aber die klar und laut sagen, dass ihre Religion es nie rechtfertigt, die Schwester zu unterdrücken, andere Menschen abzuwerten oder Gewalt auszuüben. Es sollten niemals Projekte unterstützt werden, in denen Jugendliche Verschwörungstheorien und ihr Islamverständnis mit geschickter Rhetorik verbreiten sowie die Grundrechte und Verfassung subtil ablehnen.

Außerdem müssen deutsche Schulen deutlich mehr Einsatz zeigen, um Jugendliche vor Radikalisierung zu schützen. Hiesige Schulen sind auf Leistung orientiert, auf Lernprozesse und Notenvergabe konzentriert – und weniger darauf, eine respektvolle Diskussions- und Streitkultur zu entwickeln und die Philosophie und die Werte der eigenen Gesellschaft zu vermitteln. Lehrer berichten, dass einige ihrer Schüler Bestnoten in Mathetests schreiben, aber nicht in der Lage sind, in einem Aufsatz eine eigene Meinung zu formulieren. Das liegt daran, dass sie diese Kompetenz in ihren patriarchalen Gemeinschaften und Familien nicht erwerben dürfen. Dagegen muss man doch angehen. An der Schule sollten Jugendliche erfahren, dass es Raum für freies Denken und Fragen, Spielen und Lernen gibt. Den Schülern sollte und müsste

stärker vermittelt werden, dass kritisches Denken gefragt ist und es ihnen zudem persönliche Erfolge und Selbstbewusstsein verschafft.

Nur innerhalb des Bildungssystems können diese jungen Menschen einen Weg finden, sich mit Ethik und Politik zu beschäftigen. Dies könnte zum Beispiel im Schulunterricht mithilfe verschiedener Aktivitäten, wie Arbeitsgruppen, gesellschaftlichen Projekten, gemeinsamen Reisen sowie Wettbewerben und Diskussionsrunden, gefördert werden. Nicht weniger als Milliardeninvestitionen in eine neue, der Realität angepasste Schul- und Bildungspolitik sind nötig. An keinem anderen Ort kann bei Kindern aus autoritär geprägten, traditionellen Familien die Liebe zur Demokratie entstehen. Zusammenarbeit mit den Eltern wird ohne Wirkung bleiben, solange diese die Demokratie ablehnen. Und die nächste Generation kann, soll und darf nicht darauf warten, dass ihre Eltern die Einstellung ändern. Darüber hinaus sind auch gezielte Projekte gegen islamische Radikalisierung an den Schulen wichtig. Bessere Konzepte müssen entwickelt, inhaltlich und professionell begleitet, Gelder dafür gezielt eingesetzt werden. Dazu brauchen wir Fortbildungen für Lehrer und Sozialarbeiter. Radikalisierung passiert nicht von heute auf morgen; wir müssen die Fachkräfte sensibilisieren und ihnen Werkzeuge in die Hand geben, radikale Tendenzen zu erkennen, damit das unmittelbare Umfeld befähigt wird, frühzeitig einzugreifen.

Die Problematik der islamistischen Radikalisierung wird uns wahrscheinlich noch lange begleiten. Wir müssen fürchten, dass es in Europa weitere Anschläge geben wird und dass auch zukünftig Personen im Namen des Dschihad in Kriege anderer Länder ziehen werden. Es wird noch mehr Jugendliche geben, die diesen Weg attraktiv finden, da sie für die islamistische Ideologie anfällig sind. Ich bin aber überzeugt, dass wir achtzig Prozent der jungen Leute mit einer Disposition zur Radikalität ansprechen könnten, bevor sie gewalttätig werden. Das gelingt aber nur, wenn alle, Muslime und Nichtmuslime, Politiker und die Zivilgesellschaft, sich für demokratische Werte einsetzen und mit den Jugendlichen gewinnend arbeiten. Diese Arbeit benötigt sehr viel Geld und Zeit. Aber das Problem ist real und gegenwärtig; je länger es ignoriert oder verharmlost wird, desto mehr Jugendliche werden wir verlieren.

Was meint *jihād*?

Das Konzept in der Tradition und im aktuellen Jihādismus

MARIELLA OURGHI

Geboren 1972 in Tirschenreuth (Bayern), 2007 Promotion in Islamwissenschaft an der Universität Freiburg, 2010 bis 2014 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-Projekt „Terrorismus und Radikalisierung“ am IFSH Hamburg, gegenwärtig Lehrbeauftragte an der Pädagogischen Hochschule sowie der Universität Freiburg.

Seit den Anschlägen des 11. September ist das arabische Wort *jihād* auch in den westlichen Sprachgebrauch eingegangen und wird dabei zumeist ausschließlich als Synonym für „Heiliger Krieg“ verstanden. Tatsächlich verüben muslimische Extremisten im Namen des *jihād* unvorstellbare Gräueltaten. Fast täglich erreichen uns neue Nachrichten über die grausamen Verbrechen der Jihādisten des Islamischen Staates in Syrien und im nördlichen Irak. Doch wie wurde in der islamischen Tradition

der Begriff des *jihād* verstanden? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen zwischen dem Konzept in der islamischen Geschichte und dem heutigen Verständnis, das jihādistische Gruppen vertreten?

Das Wort *jihād* hat ein breites Bedeutungsspektrum, das sich in der 1.400-jährigen Geschichte des Islam weiterentwickelt hat. Der arabische Begriff kann keinesfalls auf die exklusive Bedeutung von „bewaffnetem Kampf“

reduziert werden. Das Substantiv *jihād* leitet sich von dem Verb *jāhada* ab, das mit „sich bemühen, sich anstrengen, streben, kämpfen“ zu übersetzen ist. Seine grundlegende Bedeutung zielt auf die Anstrengung für ein lobens- und belohnenswertes Ziel im religiösen Kontext, nämlich auf das Ankämpfen gegen persönliche Schwächen und unmoralische Versuchungen sowie auf die Bemühung um das Wohl des Islam und der muslimischen Gemeinde (*umma*). In den Werken muslimischer Rechtsgelehrter aus klassischer Zeit geht es in den Passagen zum *jihād* jedoch tatsächlich in erster Linie um den bewaffneten Kampf gegen die Ungläubigen¹ und die Regeln der Kriegsführung.²

KAMPF FÜR EINE EINHEITLICHE ORDNUNG IN DEN ERSTEN JAHRHUNDERTEN DES ISLAM

Man kann jedoch das *jihād*-Konzept, wie es in der Frühzeit des Islam entstanden ist, nicht ohne historische und kulturelle Einbettung in die situativen Gegebenheiten dieser Epoche verstehen. Eingegangen in dieses Konzept sind Elemente des Kriegsverständnisses der vorislamischen Stämme auf der Arabischen Halbinsel. Unter diesen wurde ein Kriegszustand als legitim betrachtet, sofern nicht ein Friedensvertrag geschlossen worden war. Auch der Prophet Mohammed hat Kriege geführt, die sich im Koran widerspiegeln. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat er aber nie den Terminus *jihād* verwendet.³

Im Koran ist an mehreren Stellen von *jihād* und *qitāl* („Kampf“) gegen die Ungläubigen die Rede. Im Zusammenhang mit tatsächlichem Kampf trifft man jedoch wesentlich seltener auf den Begriff *jihād* als auf das Wort *qitāl*. Obwohl ein enger Zusammenhang zwischen diesen beiden Begriffen und den entsprechenden Koranstellen keineswegs zwingend ist, wurde in nachprophetischer Zeit diese Verbindung hergestellt.⁴

Neben dem Koran bilden die *Hadīthe*, also die Überlieferungen über die Aussagen und Handlungen des Propheten Mohammed, die textliche Grundlage für das *jihād*-Konzept. Darin findet sich auch die Unterscheidung zwischen dem „großen *jihād*“, dem Ankämpfen gegen eigene moralische Schwächen, und dem „kleinen *jihād*“, dem militärischen Kampf. Im 8. Jahrhundert wurden Hadīthsammlungen erstellt, die sich nur diesem Thema widmen. Doch erst gegen Ende dieses Jahrhunderts erfuhr das Konzept eine genauere Ausarbeitung durch die muslimischen Gelehrten. Diese Formierungsperiode liegt in einer Zeit, in der noch eine weitgehend einheitliche islamische Staatlichkeit existierte, in der das islamische Reich expandierte und die Muslime sich immer wieder mit anderen Kulturen, Religionen und vor allem Staaten auseinandersetzen mussten. Nach dieser Idee eines einzigen islamischen Staates galt es, das Gebiet auszuweiten und möglichst viele Menschen unter islamische Ordnung zu bringen, jedoch nicht zwingend zum islamischen Glauben. Nach dieser theoretischen Lesart ist expansiver *jihād*

eine kollektive Pflicht (*fard 'alā l-kifāya*), wobei ein rechtmäßiger Herrscher vorausgesetzt wird, der den Kampf organisiert. Als die Eroberungen der Muslime zum Stillstand kamen, etablierte sich die Rechtsmeinung, dass der Kalif zumindest theoretisch einmal pro Jahr einen Einfall in feindliches Gebiet veranlassen solle, um den Kerngedanken des *jihād* aufrechtzuerhalten. *Jihād* kann aber auch zur Pflicht des Einzelnen (*fard 'ayn*) werden, nämlich dann, wenn der Kalif bestimmte Personen auswählt, die an Überfällen teilnehmen sollen, oder wenn jemand den Eid leistet, die Ungläubigen zu bekämpfen. *Jihād* wird insbesondere dann für alle Kriegstauglichen verpflichtend, wenn das Gebiet, in dem sie leben, von Feinden angegriffen wird. *Jihād* ist in diesem Fall also defensiv. Gegen die Ungläubigen ist Krieg jedoch nicht zu führen, ohne sie zuvor zur Annahme des Islams aufgefordert zu haben oder, sofern sie dies verweigern, sich zumindest der islamischen Herrschaft unterzuordnen und die Kopfsteuer (*jizya*) zu bezahlen.⁵

Obgleich sich nicht alle muslimischen Rechtsgelehrten hinsichtlich der Regeln der Kriegsführung einig waren, lassen sich vorherrschende Positionen formulieren: Frauen und Kinder dürfen nicht getötet werden, ebenfalls nicht Alte, Kranke, Behinderte, Bauern und Mönche. In Gefangenschaft gerautene Männer aber dürfen getötet, versklavt oder gegen Lösegeld freigelassen werden.⁷

Bereits ab dem 10. Jahrhundert setzte ein Zerfall des idealen Einheitsstaates ein, was auch zu einer weiteren Ausdifferenzierung des Kriegsrechts führte. Bereits zuvor waren mehrheitlich muslimische Gemeinden auf nicht-islamischen Territorien (zum Beispiel in Indien) entstanden. Ab dem 11. Jahrhundert mussten muslimische Herrscher größere Gebietsverluste hinnehmen, vor allem auf der Iberischen Halbinsel; dabei verblieben viele Muslime in ihren nunmehr nicht mehr unter muslimischer Obrigkeit stehenden Heimatregionen. Die juristische Argumentation orientierte sich oft an den praktischen Notwendigkeiten und legitimierte einen Verbleib der Muslime auf nichtislamischem Gebiet.

DIE HERMENEUTIK DER JIHÄDISTEN HEUTE

Die gegenwärtige Strömung der Jihādisten ist ein durch und durch modernes Phänomen. Gewiss hat es in der Geschichte des Islam immer wieder den theologischen Ansatz gegeben, einen unmittelbaren Rückbezug auf den Koran und die Hadīthe herzustellen. Den Grundstock legte bereits der Gründer der hanbalitischen Rechtsschule, Ahmad b. Hanbal (gestorben 855). In der weiteren Entwicklung kommt dem ebenfalls dieser Rechtsschule zugehörigen Gelehrten Ibn Taymiyya (gestorben 1328) eine bedeutende Stellung zu. Er lebte zur Zeit der Mongoleneinfälle und argumentierte, dass gegen die Mongolen *jihād* zu führen sei, da sie sich nur nominell zum Islam bekannt hätten, im

Grunde also Ungläubige seien. Ibn Taymiyya übte Einfluss auf Muhammad b. ‘Abd al-Wahhāb (gestorben 1792) aus, den Begründer der bis heute in Saudi-Arabien vorherrschenden *Wahhābiyya*, der der Gesellschaft seiner Epoche attestierte, sich vom Islam entfernt zu haben.⁸ Auch diese Traditionslinie berief sich wie die heutigen Salafisten und Jihādisten auf die *as-salaf as-sālih*, die „rechtschaffenen Vorväter“ der islamischen Frühzeit, womit die ersten drei Generationen der Muslime bezeichnet werden, die die Grundlagen des Islam noch aus erster Hand kennen gelernt und überliefert haben.

Heutige Interpretationszugänge von Jihādisten schlicht als unislamisch zu bezeichnen, wäre jedoch irreführend und zu verkürzt, sehen sie sich doch selbst als die „wahren“ Muslime an. Ihre hermeneutische Herangehensweise unterscheidet sich jedoch grundlegend von derjenigen ihrer vormodernen Vordenker. Die heutigen Jihādisten sind häufig theologische Autodidakten. Sie haben also oftmals keine tieferen Kenntnisse über die Exegesemethoden der islamischen Tradition, lehnen diese aber zugleich bewusst ab. Die Vorrangstellung der Gelehrten, die in vielen Staaten teils mit der Politik kooperieren, und deren historisch entwickelte Hermeneutik werden verworfen, um vorrangig gemäß eigener Situationsdefinition direkt auf Teile der islamischen Primärtexte zugreifen zu können. In der Regel werden dabei Koranverse und Hadīthe rein selektiv und oft ohne Sinnkontext herangezogen.

In Ermangelung eines islamischen Staatswesens, das ihrer Deutung entspricht, sehen sich die Jihādisten in ihrer Gewaltausübung nicht an die traditionellen Bedingungen zur Legitimierung des Kampfes gebunden. Vielmehr wird der *jihād* heute als Defensivkrieg gegen den Westen gerechtfertigt, der den Islam auf seinem Territorium bedrohe. Erstmals in der Geschichte des modernen Jihādismus gelang es der Organisation des Islamischen Staates (IS) 2014, im nördlichen Syrien und im Nordirak größere Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen und ansatzweise einen Staat nach jihādistischer Doktrin zu etablieren.

PROJEKTION EINER MINDERHEIT

Angesichts der Realität moderner Nationalstaaten ist es offensichtlich, dass das traditionelle islamische Kriegsrecht obsolet ist. Die Interpretation des *jihād*-Begriffes seitens der Jihādisten stellt zahlenmäßig nur eine absolute Minderheitenposition dar, auch wenn sie durch ihre grausamen Auswirkungen große Aufmerksamkeit erreicht. Die jihādistische Deutung der gegenwärtigen Situation der islamischen Gemeinschaft bestimmt auch den Umgang mit den Primärquellen beziehungsweise die Selektion jeweiliger Passagen. Die Koranstellen über den Kampf gegen Ungläubige spiegeln die Entwicklungen zu Lebzeiten des Propheten wider. Die Offenbarungen an Mohammed kann man in zwei grobe Phasen einteilen, nämlich in seine Zeit

von 610 bis 622 in Mekka unter einer ihm feindlich gesinnten Mehrheit und in seine Zeit nach der Auswanderung (*hijra*) 622 in Medina, wo es dem Propheten gelang, ein muslimisches Gemeinwesen aufzubauen, das zweifellos neben sozialen Neuerungen auch weiterhin Züge der arabischen Stammesgesellschaft des 7. Jahrhunderts aufwies. In den Teilen des Korans aus mekkanischer Zeit treffen wir auf ethische Anweisungen. Erst in den medinensischen Offenbarungen wird eine Bekämpfung der Gegner legitimiert.

Dieser Hintergrund der Phasen der koranischen Offenbarung ist deshalb von Bedeutung, da Jihādisten ihre Legitimation hauptsächlich aus den Passagen der medinensischen Zeit beziehen und die damalige Situation, in denen sich Mohammed mit seinen Anhängern befand, auf die heutigen Umständen der Muslime projizieren.

Dieser von einer spezifischen Wahrnehmung der Situation geleitete Zugang zu den Primärquellen ist einer Komplexität politischer und sozialer Umstände geschuldet. Gegenwärtige jihādistische Akteure demonstrieren, dass die Ideologie vor allem durch ein dualistisches Weltbild aufrechterhalten wird, jedoch häufig nicht durch ausgefeilte theologische Argumentationen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die übergroße Mehrheit der Muslime nicht diese Sichtweise teilt und eine gänzlich andere Interpretation und Herangehensweise an die Quellen praktiziert.

¹ Das arabische Wort *kāfir* bedeutet zunächst „undankbar“ und bezeichnet im Koran anfänglich die nicht zum Islam übergetretenen Mekkaner, später in den medinensischen Suren auch andere Nichtmuslime, wobei in der historischen Praxis den *ahl al-kitāb* zumeist eine privilegierte Stellung zukam. „Kāfir“, in: The Encyclopaedia of Islam, Second Edition, Bd. 4, 407-09 (W. Björkman).

² Peters: Jihād, 1; Cook: Understanding Jihad, 1f.; Lohlker: Dschihadismus, 14; Bonner: Jihād, 2; Ourghi: Muslimische Positionen, 15.

³ Peters: Jihād, 1; Cook: Understanding Jihad, 2; Bonner: Jihād, 7; Ourghi: Muslimische Positionen, 15.

⁴ Lohlker: Dschihadismus, 14 f.; Peters: Jihād, 2; Ourghi: Muslimische Positionen, 14.

⁵ Peters: Jihād, 3 f.; Ourghi: Muslimische Positionen, 17; Bonner: Jihād, 14 u. 49.

⁶ Ourghi: Muslimische Positionen, 18.

⁷ Ourghi: Muslimische Positionen, 140-45.

⁸ „Wahhābiyya“, in: The Encyclopaedia of Islam, Second Edition, Bd. 11, v. a. 39-41 (Esther Peskes).

Literatur

Bonner, Michael: Jihād in Islamic History. Doctrines and Practice, Princeton 2006.

Cook, David: Understanding Jihad, Berkeley / Los Angeles / London 2005.

Lohlker, Rüdiger: Dschihadismus, Wien 2009.

Ourghi, Mariella: Muslimische Positionen zur Berechtigung von Gewalt. Einzelstimmen, Revisionen, Kontroversen, Würzburg 2010 (Bibliotheca Academica, Orientalistik 16).

Peters, Rudolph: Jihad in Classical and Modern Islam. A Reader. Second Edition: Updated and Expanded, with a New Chapter on the Jihad at the Turn of 21st Century, Princeton 2005.

Einig in der Aufsteigerrepublik

—
Plädoyer für eine gemeinsame offene Leitkultur

ARMIN LASCHET

Geboren 1961 in Aachen, Landesvorsitzender der NRW-CDU, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands.

Unsere Gesellschaft ist spürbar in Bewegung geraten. Gegensätzliche Auffassungen zu Fragen von Migration und Integration, Flucht und Asyl prallen aufeinander, widersprüchliche Tendenzen werden sichtbar. Während in Dresden Tausende Men-

schen gegen eine vermeintliche „Islamisierung“ Deutschlands und Europas auf die Straße gehen, stellen sich ihnen dort wie in vielen anderen Großstädten noch weit mehr Bürger entgegen, um für Toleranz und Weltoffenheit einzustehen. Während die heimtückischen Anschläge von Paris zu Jahresbeginn ein Schlaglicht auf die Gefahr des militanten Islamismus warfen, zeigten die folgenden Solidaritätsbekundungen – „Je suis Charlie, je suis Ahmed, je suis Juif“ – in Europa wie in Deutschland, dass die große Mehrheit

unserer Gesellschaft nicht gewillt ist, sich durch Extremismus religiöser und politischer Couleur entzweien zu lassen. Dies alles geschieht zu einer Zeit, in der sich die Bundesrepublik mit dem größten Flüchtlingszustrom seit über zwei Jahrzehnten konfrontiert sieht. Viele Bürger zeigen dabei eine große Hilfsbereitschaft und unterstützen ehrenamtlich die teils überforderten Kommunen im Bemühen, allen Flüchtlingen eine angemessene Unterbringung und Versorgung zu ermöglichen. Gleichzeitig zog bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg aber auch eine Protestpartei in ein westdeutsches Landesparlament ein, die ganz bewusst Ressentiments gegenüber Einwanderern bedient und Ängste vor Flüchtlingen schürt.

So verschieden alle diese Problemlagen auch sein mögen: Ihre Bewältigung erscheint nur dann möglich, wenn wir uns einmal mehr unseres gemeinsamen Wertefundaments vergewissern. Wir brauchen eine offene und konstruktive Debatte darüber, was unsere Gesellschaft – Christen, Juden und Muslime, Agnostiker und Atheisten, Einheimische wie Zuwanderer – über den verfassungsrechtlichen Rahmen hinaus zusammenhält. Eine Debatte, die Xenophobie und Sozialchauvinismus eine klare Absage erteilt, ohne dabei die vorhandenen Ängste der Menschen zu ignorieren. Eine Debatte, die einerseits keinen Zweifel an der Pflicht der muslimischen Glaubensgemeinschaften aufkommen lässt, ihr Verhältnis zu salafistischen Strömungen und fundamentalistischen Predigern zu klären, die aber andererseits nicht daran zweifelt, dass der Islam und seine Werte als Bereicherung für unser christlich-jüdisch geprägtes Land zu begreifen sind. Eine solche Debatte muss zwingend entlang des Begriffs einer „offenen Leit-

kultur“ geführt werden. Und wir sollten jetzt damit beginnen, auch weil viele der heute zu uns kommenden Flüchtlinge dauerhaft bleiben werden und mehr und mehr deutlich wird, dass darin nicht nur Belastungen liegen, sondern auch große Potenziale, die wir erkennen müssen.

KONTROVERSE DEBATTE

Dabei muss diese Debatte nicht von Grund auf neu aufgezo- gen werden. Wir sollten vielmehr den roten Faden vergan- gener Diskussionen aufnehmen und die- sen weiterführen. Schließlich sind seit der Einführung des Begriffs der „europäi- schen Leitkultur“ durch Bassam Tibi und dem Leitartikel Theo Sommers zur „deut- schen Leitkultur“ bereits über anderthalb Jahrzehnte vergangen. Und obwohl die im Jahr 2000 von Friedrich Merz angesto- ßene Kontroverse über eine „Leitkultur“ als Gegenentwurf zum Konzept des „Mul- tikulturalismus“ von beiden politischen Lagern durch Polemik und bewusste Emotionalisierung erschwert wurde, hat sich seitdem durchaus eine Art Grund- konsens ausgebildet. Dem Engagement überparteilich agierender Persönlich- keiten wie des Bundestagspräsidenten Nor- bert Lammert ist es zu verdanken, dass die kontroverse Debatte bereits vor eini- gen Jahren versachlicht werden konnte. So fordert heute niemand mehr von den Zuwanderern ein, sich weitgehend dem deutschen Brauchtum anzupassen und ihre eigenen kulturellen Sitten und Ge- wohnheiten – sofern sie mit rechtsstaatli- chen Grundsätzen vereinbar sind – aufzu- geben. Gleichzeitig haben sogar die Grünen nach langem Zögern akzeptiert,

dass der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse für Zuwanderer *der* Schlüssel zur Integration ist – von einer „Zwangsgermanisierung“ ist dabei auch aufseiten der Öko-Partei keine Rede mehr.

Kernpunkte des Merz-Konzepts einer Leitkultur wie das uneingeschränkte Bekenntnis der Zuwanderer zum Grundgesetz, die Notwendigkeit deutscher Sprachkenntnisse oder die Einführung islamischen Religionsunterrichts unter deutscher Schulaufsicht bilden heute den integrationspolitischen „common sense“ in Deutschland. Politik und Gesellschaft haben erkannt, dass es sich mit dem Begriff des Multikulturalismus ähnlich verhält wie mit dem der Globalisierung: Man kann sich nicht „für“ oder „gegen“ diese aussprechen, sondern muss sie als Realitäten anerkennen und auf der Grundlage eines selbstbestimmten Wertefundaments gestalten. Bereits 2006 stellte der Journalist Jörg Lau fest: „Gerade eine de facto multikulturelle Gesellschaft wie unsere braucht eine Leitkultur. Es geht darum, die neue Vielfalt dieses Landes – in kultureller, ethnischer und religiöser Hinsicht – anzuerkennen und mit ihr leben zu lernen, ohne dabei in einen Werte-Relativismus abzugleiten.“ Multikulturalismus und Leitkultur sind demnach keine Gegensätze. Das Erste sorgt vielmehr für die zwingende Notwendigkeit des Zweiten.

OFFENE GESELLSCHAFT – OFFENE LEITKULTUR

Vor diesem Hintergrund kann die Debatte über die Leitkultur als Richtschnur für eine gelungene Integration nur von zwei Seiten gleichzeitig angegangen werden:

der der Mehrheitsgesellschaft *und* der der Zuwanderer. Die Mehrheitsgesellschaft sollte dabei ein ehrliches Interesse für die Sitten und Bräuche der Einwanderer zeigen. Es gilt, eine „kollektive Körpersprache“ der Anerkennung und Wertschätzung von kultureller Vielfalt zu entwickeln, sich dabei aber auch bewusst zu werden, was die eigene Kultur und Identität ausmacht. Die Zuwanderer müssen wiederum Sensibilität für und Respekt vor deutschen Traditionen und Befindlichkeiten entwickeln und artikulieren, in ihrer organisierten Form aber auch selbst deutlich machen, welche Werte sie für ein gelungenes Zusammenleben beisteuern können. Mit dieser, auf beiderseitigem Respekt fußenden Grundeinstellung wäre zwar schon viel erreicht. Sie allein reicht jedoch nicht aus, um Parallelgesellschaften zu verhindern und dauerhaft zu einem wirklichen *Zusammenleben* zu finden. Sie bildet aber eine erste Basis dafür, eine „*offene Leitkultur*“ zu entwickeln, die Deutschen und Zuwanderern als gemeinsames Wertefundament dienen kann.

Der Begriff der „offenen“ – und nicht „deutschen“ – Leitkultur nimmt dabei Bezug auf den Charakter der Bundesrepublik als „offener Gesellschaft“, die zwar gesellschaftliche, politische und religiöse Vielfalt zulässt, sich jedoch auf einen unveräußerlichen Kanon freiheitlich-demokratischer Grundsätze stützt. Für unseren Begriff der offenen Leitkultur bedeutet dies zunächst: Die im Grundgesetz festgeschriebenen Werte – Demokratie, Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip, Trennung von Staat und Religion – sind nicht verhandelbar und bilden den Kern der offenen Leitkultur. Konkret hieße das: Wenn im Namen

einer religiösen Auffassung oder eines Kulturkreises Frauenrechte missachtet werden, muss im Namen des Grundgesetzes Recht durchgesetzt werden. Wenn Religionsprinzipien auf eine Einschränkung der freien Meinungsäußerung hinauslaufen, hat der grundgesetzliche Schutz von Presse- und Demonstrationsfreiheit Vorrang. Zu diesen positivrechtlichen Aspekten kommen Werte und Einstellungsmuster hinzu, die eng mit unserer Geschichte verknüpft sind. So gehören das Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands – und damit das Eintreten für das Existenzrecht Israels – ebenso wie die Idee der europäischen Einigung zu den Grundwerten der Bundesrepublik. Dieser verfassungsrechtlich und historisch geprägte Normenkomplex bildet dabei die fixe, unabänderliche Komponente der offenen Leitkultur.

Zusätzlich braucht die offene Leitkultur jedoch einen Überbau, der zwar auf diesen fixen Komponenten fußt, aber über diese hinausgeht und eine Identität schafft, welche die gemeinsame Basis unserer multikulturellen Gesellschaft vollendet. Gemeint ist eine flexible Komponente, die für die Aufnahme von Werten der Zuwanderer offen ist, dabei jedoch die kulturellen Überzeugungen, die die deutsche Gesellschaft bis heute prägen, nicht aufgibt. So gibt es zahlreiche Einstellungsmuster in der Gruppe der Zuwanderer, die für die Mehrheitsgesellschaft nicht nur anschlussfähig sind, sondern eine Bereicherung darstellen könnten. Hierzu zählen etwa, dass Zuwanderer oftmals über einen großen Erfahrungsschatz bei Existenzgründungen, wirtschaftlicher Selbstständigkeit und Karrieren auf dem zweiten Bildungsweg verfügen. Zuwanderer, die sich durch sozialen Aufstiegswillen, interkulturelle

Kompetenzen und eine gewisse Anpassungsfähigkeit ihren Weg in die gesellschaftliche Mitte gebahnt haben, haben nicht nur eine Vorbildfunktion für andere Zuwanderer, sondern auch für Deutsche. Die Überzeugung, dass Aufstieg durch Bildung möglich ist, kann und muss ein Leitmotiv unserer Gesellschaft bleiben. Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte müssen zum wesentlichen Teil einer neuen nationalen Aufstiegs- und Erfolgsgeschichte werden.

NEUE NATIONALE AUFSTIEGSGESCHICHTE

Auch Tugenden wie Bescheidenheit und Gastfreundlichkeit, die in zahlreichen Einwandererfamilien einen hohen Stellenwert genießen, haben in unserer auf Selbstverwirklichung und Wohlstand ausgerichteten Gesellschaft heute nicht immer mehr den Stellenwert, der ihnen eigentlich zustehen sollte. Zudem können wir in einem immer älter werdenden und kinderarmen Land wie dem unseren mit Blick auf die Rolle und Wertschätzung der Familie viel lernen. Viele Einwandererfamilien leben noch Verhaltensweisen und Überzeugungen, die bei deutschen Familien immer stärker in den Hintergrund rücken. Der respektvolle Umgang mit Verwandten *aller* Generationen und verschiedener Grade, ihre Wertschätzung für familiären Zusammenhalt und die geübte Solidarität von Kindern mit ihren Eltern und Eltern mit ihren Kindern sind beispielgebend. Die Verbundenheit und Kontaktpflege mit Teilen ihrer Familie, von denen sie große Entfernungen trennen, sind meist sehr intensiv ausgebildet, auch

wird der Rat der Familienmitglieder bei wichtigen Entscheidungen wie selbstverständlich eingeholt. Kinder und die Erfahrung der Elternschaft werden in erster Linie als Bereicherung angesehen. Und auch was den Respekt vor der Religion angeht, kann sich unsere Gesellschaft viel bei den Zuwanderern abschauen. Nicht nur legen zugewanderte Christen und Muslime großen Wert auf die Lebendigkeit ihres Glaubens. Sie stimmen auch der Aussage, dass „Gott“ für die Menschen „wichtig“ sei, in weit größerem Maße zu als der Rest unserer in weiten Teilen entkirchlichten Gesellschaft. Wir sollten uns fragen, ob nicht auch der Berliner Republik mehr Respekt vor den Gefühlen gläubiger Menschen gut zu Gesicht stände.

GEMEINSAMER KODEX

Aufstiegswille, Familiensinn, Respekt vor Religiosität, Gastfreundlichkeit – dies sind nur einige Beispiele, die Teil einer gemeinsamen, offenen Leitkultur werden können. Natürlich muss eine Diskussion über einen solchen Wertekanon in erster Linie in den Vereinen, Gemeinden und Verbänden, also im vopolitischen Raum, geführt werden. Aber auch die Politik kann und muss an diesem Prozess partizipieren. So hat beispielsweise die CDU im letzten Jahr eine Kommission eingesetzt, die der Frage auf den Grund gehen soll,

wie die aktive Bürgergesellschaft – und hierzu gehören ebenso Einheimische wie Zuwanderer – in Zukunft aussehen könnte. Wie und ob ein nationaler Diskussionsprozess über die Ausgestaltung einer offenen Leitkultur institutionalisiert wird und was dabei an konkreten Normen herauskommen kann, muss in den nächsten Monaten erörtert werden. Am Ende könnte ein Kodex stehen, der den platten Ressentiments der Pegida-Bewegung ebenso wie den Heilsversprechen islamistischer Fundamentalisten kraftvoll entgegengesetzt wird; der muslimischen Jugendlichen, die Erfahrungen mit Ausgrenzung und Chancenlosigkeit gemacht haben, das Signal gibt, dazuzugehören, und sie so gegen eine Radikalisierung immunisiert; der als Orientierungshilfe und Richtschnur für jene Flüchtlinge aus Syrien fungieren kann, die auch nach dem Ende des Bürgerkrieges hier bleiben wollen und die von Personalchefs deutscher Handwerks- und Industriebetriebe gerne eingestellt würden. Das sind hohe Ansprüche und große Hoffnungen – sicher.

Diesen Dialog nicht zu wagen, würde allerdings bedeuten, das Risiko einer gesellschaftlichen Desintegration in Kauf zu nehmen. Das ist keine Option für ein Land wie Deutschland mit seiner sozialen und kulturellen Vielfalt. Und es ist keine Option für die Volkspartei CDU. Deutschland muss zur Aufsteigerrepublik werden für jeden, unabhängig von der Herkunft seiner Eltern.

Gehört der Antisemitismus zu Deutschland?

Wie sich die deutsche Gesellschaft mit der Judenfeindlichkeit abfindet

LEEOR A. ENGLÄNDER

Geboren 1982 in Heilbronn, ist Kolumnist der „Welt“ und schreibt alle vierzehn Tage die Kolumne „Schmonzes“ über seine jiddische Mamme, Israel, Juden in Deutschland, Politik und Religion.

Es war nicht das erste Mal, und es wird aller Voraussicht nach auch nicht das letzte Mal gewesen sein, dass ein israelischer Ministerpräsident den Juden Europas nahelegt, ihre Heimat zu verlassen. „Juden wurden auf europäischem Boden ermordet, nur weil sie Juden waren“, sagte

Benjamin Netanjahu während einer Kabinettsitzung in Jerusalem nach den Terroranschlägen von Kopenhagen. „Diese Terrorwelle wird weitergehen.“ Und damit dürfte er leider Recht behalten. Auf die Anschläge in Paris im Januar, bei denen ebenfalls gezielt Juden getötet wurden, hatte Netanjahu bereits ähnlich reagiert: „Allen Juden Frankreichs, allen Juden Europas sage ich: Israel ist nicht nur der Ort, wohin ihr euch beim Gebet wendet, der Staat Israel ist eure Heimstatt.“

Wenn Benjamin Netanjahu europäische Juden dazu ermuntert, vor hiesigem

Antisemitismus zu flüchten, dann sollten wir uns davor hüten, dies allein als israelisches Wahlkampfgerassel abzutun oder als weitere Provokation einer vermeintlich unverschämten israelischen Politik. Wir sollten auch nicht den Fehler begehen, das Verhalten des israelischen Ministerpräsidenten mit dem Gebaren des türkischen Premiers Erdoğan gleichzusetzen, der in Deutschland türkischen Wahlkampf betrieb und unter deutschen Bürgern mit doppelter Staatsbürgerschaft für seine anti-westliche, antieuropäische Heimatpolitik auf Stimmenfang ging. Denn all das tut Netanjahu nicht. Der israelische Regierungschef tut, was alle seine Vorgänger auch getan hätten.

Wir sollten uns vielmehr fragen, wie wir reagiert hätten, wenn es nicht „Bibi“ gewesen wäre, der die Lage der Juden in Europa als so bedrohlich eingestuft hätte, dass er zur Flucht nach Israel aufruft, sondern was gewesen wäre, wenn zum Beispiel Jizchak Rabin dazu aufgerufen hätte. Ich bin überzeugt davon, auch er hätte es getan. So wie jeder andere israelische Premier. Aber hätten wir auch den Friedensnobelpreisträger als Panik- und Stimmungsmacher abgekanzelt? Wohl kaum!

BEDROHT WIE SEIT SIEBZIG JAHREN NICHT MEHR

Es gehört nun mal zur israelischen Staatsräson, sich für das Wohl bedrohter Juden auf der Welt einzusetzen. Dass wir das in Deutschland nicht verstehen, ja kritisieren, darin liegt eines der größten Versäumnisse unserer Zeit, wenn nicht gar ein weitverbreitetes antisemitisches Moment im Kern unserer Gesellschaft. Wir

Deutschen haben siebzig Jahre nach der Befreiung von Auschwitz und im Schatten des Palästina-Konfliktes bei all unserer Sympathie für die vermeintlich schwächeren Palästinenser und im Überdruß der Unruhen in Nahost schlicht vergessen, unter welchen gesellschaftlichen und politischen Umständen der israelische Staat seine Existenz erlangte, welchen Sinn und Zweck er für die Juden auf der Welt hat. Der Staat Israel existiert, um den seit über zweitausend Jahren von Mord und Vertreibung gefährdeten Juden im Fall der erneuten Bedrohung durch Judenhass eine sichere Heimat zu bieten. Seine Entstehung steht in direkter Kausalität zum europäischen Antisemitismus, und vor allem zum Massenmord an sechs Millionen jüdischen Bürgern. Der jüdische Staat wird seine Existenz so lange darauf zurückführen, wie Juden auf der Welt von Mord, Vertreibung und Ausgrenzung bedroht sind. Und das sind die Juden – im Augenblick sogar in einer Art, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt haben.

2006 wird ein französischer Jude entführt und wochenlang in einer Wohnung gefoltert, während die Geiselnhmer Lösegeld von seinen Eltern fordern. Die Täter haben ihn bewusst ausgewählt, da sie davon ausgehen, dass Juden reich sind. Sein geschändeter Körper wird neben eine Bahnlinie geworfen. Im Krankenhaus erliegt das Opfer seinen Verletzungen. Im März 2012 erschießt ein Islamist drei Kinder und einen Lehrer vor einer jüdischen Schule in Toulouse. 2014 verübt ein Attentäter einen Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel. Dabei werden vier Personen getötet. Im gleichen Jahr überfallen Attentäter ein jüdisches Paar in seiner Wohnung im französischen Créteil.

Sie vergewaltigen die Frau und geben ebenfalls an, sie hätten sich gezielt Juden ausgesucht, da diese viel Geld besitzen würden. 2015 erfolgt der Anschlag auf den koscheren Supermarkt Hypercasher, bei dem vier jüdische Geiseln getötet werden. Der Attentäter bekennt in einem Telefonat, das er während der Tat mit dem französischen Fernsehsender BFMTV führt, dass er sich bewusst Juden als Ziele suchte. Und zuletzt, man muss fast sagen, bis zum Entstehungszeitpunkt dieses Textes kommt es zum vorerst letzten Höhepunkt in dieser Reihe, zum Attentat auf eine Kopenhagener Synagoge, in der eine Familie gerade das Bar-Mizwah-Fest ihrer Tochter feiert. Dabei wird ein jüdischer Wachmann erschossen. Weitere Opfer können knapp verhindert werden. Hinzu kommt die steigende Tendenz alltäglicher judenfeindlicher Übergriffe in fast allen europäischen Ländern.

Rund 7.000 Franzosen jüdischen Glaubens haben sich im vergangenen Jahr angesichts dieser Welle des offenen Judenhasses entschieden, ihre Heimat zu verlassen und nach Israel auszuwandern. Andere Europäer mit jüdischem Glauben tun es ihnen gleich. In Deutschland ist ein derartiger Trend noch nicht zu erkennen. Derzeit kommen sogar mehr Israelis nach Deutschland, als Deutsche nach Israel ausreisen. 2013 waren es rund 1.900 deutsche Bürger, die nach Israel ausgewandert sind. Im gleichen Zeitraum kamen knapp 2.800 Israelis nach Berlin. Die tatsächliche Zahl liegt sogar weit höher, denn viele von ihnen reisen mit europäischen Pässen. Diese positive Tendenz kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch in Deutschland die Bedrohungs Lage für Juden zugespitzt hat.

JUDENFEINDLICHKEIT AUF DEUTSCHEN STRASSEN

Gelang es Politikern, staatlichen Institutionen und der Gesellschaft in der Vergangenheit noch, antisemitische Ausbrüche zu unterbinden, so ist offene Judenfeindlichkeit auch auf deutschen Straßen wieder gegenwärtig. Die Demonstrationen in deutschen Großstädten während des letzten Gaza-Krieges führten deutlich vor Augen, dass eine massenhafte Hetze gegen Juden jederzeit ausbrechen kann. Erschreckend daran ist weniger, dass es geschieht – dies überrascht die jüdischen Bürger am wenigsten. Bestürzend sind jedoch das Unwissen und die Ignoranz, mit denen diese Ausbrüche sowohl von der Mehrheitsgesellschaft als auch von staatlichen Institutionen hingenommen oder gar gebilligt werden. Parolen wie „Jude, Jude, feiges Schwein“ fallen laut der Berliner Staatsanwaltschaft nicht unter den Tatbestand der Volksverhetzung. Ebenso stehen Polizisten tatenlos daneben, wenn Demonstranten „Juden ins Gas“ skandieren, weil sie in Unterzahl, mit der Lage überfordert oder ihnen juristisch die Hände gebunden sind. Dazu führen auch Urteile wie das des Amtsgerichtes Wuppertal, das Anfang Februar drei Deutschpalästinenser wegen eines Brandanschlags auf die dortige Synagoge zu Bewährungsstrafen verurteilte. Der Richter stellte ausdrücklich fest, darin keine „Anhaltspunkte für eine antisemitische Tat“ zu erkennen. Die drei hätten nur die „Aufmerksamkeit auf den Gaza-Konflikt lenken wollen“. Das sei, so notiert der *taz*-Kolumnist Deniz Yücel trefflich, als behauptete man, „die Mörder im jüdischen Supermarkt in Paris und

der Synagoge in Kopenhagen wollten lediglich die Aufmerksamkeit auf die Aggression gegen den souveränen Kalifatstaat, die Islamophobie in Westeuropa und das langweilige Fernsehprogramm lenken“.

Doch wir brauchen gar nicht so weit zu gehen, um festzustellen, dass etwas nicht stimmt im Umgang der Gesellschaft mit ihrer jüdischen Minderheit. Man kann es als eine Errungenschaft ansehen, dass der deutsche Staat dazu übergegangen ist, seine Bürger jüdischen Glaubens und deren Einrichtungen zu beschützen. Es ist allerdings ein enormes Versäumnis, dass der Staat und vor allem die Gesellschaft in Deutschland es bis heute nicht zustande gebracht haben, ihren jüdischen Bürgern ein Leben ohne Angst vor Übergriffen und vor allem ohne staatlichen Polizeischutz zu ermöglichen.

LEBEN UNTER POLIZEISCHUTZ – EINE BANKROTTERKLÄRUNG

Es ist, und das muss man so deutlich sagen, den Juden in Deutschland schon seit Jahrzehnten nicht mehr möglich, ohne staatlichen Schutz ihre Religion auszuüben. Die Religionsfreiheit einer Gruppe von über einhunderttausend Bürgern in Deutschland, der jüdischen Gemeinde, wird seit Jahrzehnten nur noch unter Polizeischutz gewährleistet. Der Terror beeinträchtigt das Leben von deutschen Bürgern mit jüdischem Glauben tagtäglich, denn der Antisemitismus ist ein Teil Deutschlands.

Angela Merkel beteuert, alles Erdenkliche zu tun, um die Sicherheit der Juden zu garantieren. So gut das gemeint ist,

damit wird aber auch die Bankrotterklärung einer ganzen Gesellschaft sichtbar, die es bis zum heutigen Tag nicht zustande gebracht hat, Meinungs- und Religionsfreiheit aller ihrer Bürger gleichermaßen zu gewährleisten. Auch daran zeigt sich, dass es Politik und Gesellschaft nach wie vor leichter fällt, Benjamin Netanjahu und den Staat Israel zu kritisieren oder Polizisten vor Synagogen zu stellen, anstatt das Problem selbst, den Judenhass, in Angriff zu nehmen.

Würden Politiker und Gesellschaft es ernst meinen, würden sie zusehen, dass sie entschiedener gegen jene muslimischen Institutionen und Organisationen hierzulande vorgehen, die ihre Anhänger mit Hass auf Juden, Christen, Schwule, die Demokratie und den Westen indoktrinieren. Würden die muslimischen Verbände es ernst meinen, wenn sie gegen Intoleranz und für Religionsfreiheit auf die Straßen gehen, dann würden sie beginnen, diese Forderung nicht nur für sich selbst in Anspruch zu nehmen, sondern auch auf andere Religionsgruppen auszuweiten. Es wird Zeit, dass auch sie beginnen, Extremisten und Judenhasser zu bekämpfen und aus ihren eigenen Reihen zu verbannen. Doch solange es Politiker und unsere Gesellschaft noch nicht mal wagen, diese Forderung offen auszusprechen, solange wir es zulassen, in der Mitte Europas antisemitischen, antiwestlichen, antidemokratischen, antiliberalen Fundamentalismus gedeihen zu lassen – egal aus welcher Richtung er kommen mag –, so lange ist der Staat Israel mit seiner Einwanderungspolitik für die Juden notwendiger denn je zuvor.

Warum junge Deutsche in den Krieg ziehen

—
Beobachtungen und Konsequenzen

LAMYA KADDOR

Geboren 1978 in Ahlen, deutsche islamische Religionspädagogin, Islamwissenschaftlerin und Autorin syrischer Herkunft, Vorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes.

Es gibt wenige Begriffe, die so schnell Karriere gemacht haben wie der des „Salafismus“. Vor weniger als zehn Jahren war der Begriff gerade mal einer Handvoll Experten bekannt. Wir haben es also mit einem neuen Phänomen des Extremismus zu tun. Um es zu ergründen, müs-

sen die Lebenswelten und Denkweisen gerade von Jugendlichen in den Fokus rücken, die entweder schon Teil der salafistischen Szene sind oder die kurz davor stehen, in sie abzurutschen, beziehungsweise die grundsätzlich gefährdet sind.

Da das Phänomen des Salafismus noch so jung ist, stehen Forscher, Behörden und Praktiker noch weitgehend am Anfang ihrer Versuche, das Problem zu begreifen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann also niemand allgemein verbindliche Aussagen auf der Grundlage wissenschaftlicher Daten geben. Um die Zusammenhänge zu verstehen, muss man zunächst mit ein paar Vorurteilen aufräumen: Wir sind alle gemeinsam betroffen! Salafismus bedroht sowohl Jugendliche deutscher Herkunft als auch Jugendliche ausländischer Herkunft. Zudem ist niemand gefeit, nur weil die eigene Familie nicht dem Islam zugehörig ist. Führende Köpfe der Szene sind Konvertiten. Außerdem ist die verbreitete Auffassung falsch, Salafismus habe ausschließlich mit Religion zu tun. Ein solch einfaches Verständnis wird der Sache nicht gerecht.

Der Salafismus, von dem hier die Rede ist, ist zu großen Teilen ein deutsches Phänomen. Es sagt genauso viel über die deutsche Gesellschaft im Ganzen aus wie über die muslimische Community im Speziellen. Natürlich hat Salafismus mit dem Islam zu tun – kein vernünftig denkender Mensch kann und wird das abstreiten. Aber die Auslöser für das Ableiten in die Szene sind nach Auffassung aller Experten vom Verfassungsschutz bis zu den Beratungsstellen vor Ort zumeist ganz weltlich. Demnach hat die Radikalisierung primär mit unseren Familien zu tun und mit dem Alltag in unseren Dörfern und Städten.

DAS VERSPRECHEN VON GERECHTIGKEIT UND RACHE

Ein zentrales Motiv für die Hinwendung zum Salafismus ist das Empfinden von Ungerechtigkeit. Manche jungen Leute fühlen sich aufgrund von Diskriminierungen und Ausgrenzung persönlich ungerecht behandelt – insbesondere Islamfeindlichkeit ist ein großes Thema. Manche fühlen sich belastet durch die Ungerechtigkeiten, denen Glaubensgeschwister oder Familienangehörige vor allem in der arabisch-islamischen Welt unter den dortigen politischen und gesellschaftlichen Umständen ausgesetzt sind. Eine dritte Gruppe erlebt eine ungerechte Behandlung der eigenen Familie, des eigenen Elternhauses. Hierauf reagieren die Salafisten mit ihrer Ideologie und locken mit diversen Versprechungen. Sie versprechen, die Gerechtigkeit wiederherzustellen. Sie versprechen die Möglichkeit, Rache an jenen zu üben, die für die Ungerechtigkeiten verantwortlich sein sollen. Sie versprechen, aus einem verkorksten Leben, dem es in Deutschland zum Beispiel an beruflichen Perspektiven fehlt, etwas vermeintlich Sinnvolles zu machen. Und sie versprechen sogar, im Krieg viel Geld verdienen zu können. Manchmal sind die Beweggründe ganz profan!

Schlechte Noten sind plötzlich kein Thema mehr. Nicht einmal Delinquenz in Jugendjahren ist nunmehr ein Hindernis für einen „Aufstieg“. Strafrechtliche Verurteilungen oder sogar Gefängnisstrafen werden explizit positiv herausgestellt. Sie gelten nicht mehr als Makel – im Gegenteil. Salafisten können sich auf diese Weise als Läuterungsinstanz präsentieren: „Durch uns/durch den Islam hat dieser Bruder/diese Schwester wieder zurück auf den geraden Weg gefunden!“ Und als Belohnung winkt sogar ein moralischer Überlegenheitsanspruch: Plötzlich kann der einstige Straftäter anderen gute Ratschläge erteilen und als Vorbild auftreten.

Der Salafismus mit seinen starren Regeln ist dabei zwar praktisch anstrengend, aber intellektuell leicht zu erfassen und zu befolgen. Es gibt im Grunde nur Verbote und Gebote, und alle sind genau definiert. Junge Menschen, die von den Herausforderungen moderner, westlicher Gesellschaften mit ihren breiten Angeboten und der erwünschten Eigenverantwortung überfordert sind, finden hier einen leichten Ausweg.

ALLES KONVERTITEN!

Wer in den Salafismus eintritt, „konvertiert“ – egal, ob er sich vorher schon zum Islam bekannt hat oder nicht. Die strikte Religionsauffassung gibt die ideologische Richtung vor. Sie wird zur eigenen Rechtfertigung und zur Abwertung anderer missbraucht. Sie wirkt verstärkend auf den ohnehin schon starken Zusammenhalt in den einzelnen Gruppen, in denen sich die Salafisten organisieren. Der Islam ist nur in seltenen Fällen Selbstzweck. Die meisten Mitglieder der Szene waren nicht auf der Suche nach spiritueller Erfüllung. Dennoch bildet die Religion später den Pfahl, an den die neue Identität gebunden wird. Und diese Verbindung lässt sich – bis jetzt jedenfalls – von außen kaum noch lösen, denn sie verleiht die gesuchte Sicherheit.

An diese religiösen Stellschrauben müssen die Moscheen heran. Den Salafismus wird man aber nie eindämmen können, wenn er nur als Problem der muslimischen Gemeinden verstanden wird. In der Tat weist deren Engagement im Hinblick auf die Salafisten derzeit erhebliche Mängel auf, aber allein werden sie das höchst vielschichtige Problem des Salafismus ohnehin nicht lösen können.

Jenseits der sozialen und politischen Komponenten ist Salafismus eine Strömung innerhalb der Religion des Islams. Im Islam gibt es verschiedene Glaubensrichtungen wie die der Sunniten und der Schiiten. Der Salafismus gehört zum sunnitischen Islam. Wie in jeder Religion gibt es auch im Islam liberale, konservative und eben fundamentalistische Hauptströmungen. Diese Hauptströmungen gliedern sich wiederum in verschiedene Richtungen auf, die sich zum Teil überschneiden. Der Salafismus ist Teil des fundamentalistischen Spektrums. Innerhalb dieses Spektrums verbindet eine wichtige

Bewegung ihre Religionsauffassung dabei mit politischen Zielen. Sie will Gesellschaft und Staat nach ihren Glaubensvorstellungen umgestalten. Sobald bei Menschen muslimischen Glaubens dieses politische Ziel hinzukommt, spricht man von Islamisten beziehungsweise vom Islamismus.

VORSICHT AUCH VOR DENEN, DIE SICH FRIEDLICH GEBEN!

Für Deutschland bedeutet das, dass man es zum einen mit Salafisten als religiösen Predigern zu tun hat und zum anderen mit jenen, die aktiv Werbung für politischen Salafismus oder sogar dschihadistischen Salafismus machen und diese Strömungen unterstützen. Nur Letztere werden von Polizei und Justiz verfolgt, abgeschoben oder inhaftiert. Was jemand glaubt, geht niemanden etwas an. Gegen Menschen mit salafistischer Gesinnung und gegen öffentliche Prediger, die nicht zur Überwindung der deutschen Verfassung oder zu Gewalt aufrufen, können die Sicherheitsbehörden eines demokratischen Rechtsstaats nicht vorgehen. Dennoch sind solche Ausdrucksformen des Salafismus ein zivilgesellschaftliches Problem, das angegangen werden muss. Denn gefährlich sind auch die Salafisten, die sich friedlich geben. Häufig sind sie es, die die Jugendlichen erstmals mit salafistischem Gedankengut in Kontakt bringen. Wer erst einmal in die Szene einsteigt, der kommt auch leicht mit den dschihadistischen Salafisten in Kontakt. In diesem Umfeld ist es dann nur noch von der Persönlichkeitsstruktur des Einzelnen abhängig, ob er sich auch von den Gewaltbereiten vereinnahmen lässt.

Nur – was kann die Gesellschaft jenseits der Sicherheitsbehörden tun? Das zentrale Schlagwort lautet: Prävention. Es muss verhindert werden, dass jemand überhaupt in den Salafismus abgleitet. Denn aufgrund der sektenähnlichen Strukturen kommt man an Mitglieder kaum noch oder nur noch unter großem Aufwand heran. Die Prävention beginnt in der Familie und muss fortgeführt werden in Schulen, Sportvereinen, Jugendzentren und an allen Orten, an denen sich Jugendliche aufhalten. Beginnen muss man zunächst mit der Frage, wie man salafistische Radikalisierung überhaupt möglichst frühzeitig erkennen kann.

WAS ZU TUN WÄRE

Eines gilt es dabei jedoch einzugestehen: Auch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wird es nicht gelingen, jeden einzelnen Menschen vom Salafismus fernzuhalten. Das gelingt ja auch beim Rechts- und Linksradikalismus nicht, obwohl dieses Bemühen seit Jahrzehnten anhält. Aber die Zahlen der Neumitglieder können reduziert werden und damit die Risiken für die Gesellschaft.

Dazu muss die Politik die nötigen Rahmenbedingungen setzen – vor allem die finanziellen für Forschungsprojekte, Aufklärungsprogramme oder Beratungsstellen. Das geschieht zwar, aber im Fokus stehen gegenwärtig gesetzgeberische Bemühungen. Sie reichen vom Verbot verschiedener Organisationen und Symbole bis hin zum geplanten Entzug von Personalausweisen oder zur Vorverlagerung der Strafbarkeit in den Bereich der Intention, sich einem Dschihad anzuschließen. Hier ist Kritik angebracht. Die politischen Bestrebungen zeugen durchaus von guten Absichten im Sinne der Prävention. Dennoch müssen Fragen nach der Effektivität, nach einer möglichen Stigmatisierung von Unschuldigen und damit nach der rechtlichen Bewertung vor dem Hintergrund des deutschen Grundgesetzes gestellt werden. Ganz frei von der Gefahr eines blinden Aktionismus ist die Entwicklung nicht.

Nicht jeder Jugendliche, der Salafist wird, ist auch automatisch auf dem Weg zum Gewalttäter. Das heißt, dass wir den Salafismus in Deutschland nicht mit Terrorgruppen wie dem „Islamischen Staat“ (IS) gleichsetzen können. Der IS nutzt zwar den Salafismus, um seinen Terror zu legitimieren, aber nicht jeder Salafist unterstützt den IS oder schließt sich dieser Organisation an, die im Irak und in Syrien mit bestialischer und schockierender Gewalt einer ganzen Region ihre Schreckensherrschaft aufgezwungen hat.

ALARMIEREND: DYNAMISCH STEIGENDE MITGLIEDERZAHL

Bislang sind nach Angaben der deutschen Behörden etwa 600 Menschen aus Deutschland ausgereist, um im Irak und in Syrien zu kämpfen. Davon kehrten einige zurück und leben nun wieder in Deutschland. Die Salafisten-Szene umfasst nach Darstellung des Verfassungsschutzes rund 7.000 Mitglieder, hinzu kommt eine Dunkelziffer von Sympathisanten. Es ist jedoch weniger die reine Zahl der Mitglieder, die die Szene so gefährlich macht. Das Bedrohungspotenzial im rechtsextremistischen Bereich ist größer. Auch die Linksextremisten können wesentlich mehr Menschen mobilisieren. Allzumal machen die Salafisten unter 4,5 Millionen Muslimen in Deutschland in Relation zu mehr als achtzig Millionen Einwohnern nur einen verschwindend geringen Anteil aus. Was beim Salafismus mehr Sorgen bereitet, ist seine Dynamik. Die Zahl der Mitglieder wächst nicht nur stetig, sondern auch exponentiell. Zuletzt schlossen sich ihm immer mehr Jugendliche an. Die Zahlen haben sich in wenigen Jahren vervielfacht.

Auch wenn kein Anlass zur Panik besteht, hat man es also mit einem ernststen Problem zu tun, das zudem weiteren sozialen Sprengstoff birgt. Weil der Salafismus eine Glaubensrichtung des Islam ist, leiten Teile der Bevölkerung daraus den Impuls ab, die Islamfeindlichkeit weiter zu schüren und Stimmung gegen muslimische Einheimische und Einwanderer zu machen.

Stichwort: „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa). Stichwort: Pegida. Dabei dient der Salafismus als Argument, das vermeintlich belegen soll, wie gefährlich der Islam per se sei. Bei der Auseinandersetzung mit dem Salafismus gilt es, aufzupassen, dass den Islamfeinden nicht (unfreiwillig) in die Hände gespielt wird.

Allerdings darf das nicht zu selbst angelegten Fesseln in der Auseinandersetzung mit dem Salafismus führen. Das Problem der Islamfeindlichkeit muss mitbedacht werden, sie kann aber niemals ein Argument dafür sein, auch schärfste Zurückweisungen salafistischer Tendenzen zu bremsen. Im Gegenteil. Islamfeindlichkeit und Salafismus sind von ihrer Struktur her zwei Seiten derselben Medaille. Sie fördern und bedingen sich gegenseitig und sind aufs Engste miteinander verknüpft. Die Mehrheit der Gesellschaft muss auf der Hut sein, dass sie zwischen diesen beiden Polen nicht zerrieben wird. Das geht nur, indem beide Antipoden gleichzeitig bekämpft werden!

Literatur

Lamy Kaddor: *Zum Töten bereit. Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen*, Piper Verlag, München 2015, 256 Seiten, 14,99 Euro (auch als E-Book erhältlich).

„JIHADISTEN“ AUS DEUTSCHLAND – EIN ÜBERBLICK

In den vergangenen Jahren ist eine zunehmende Anzahl gewaltbereiter Islamisten aus Deutschland in die Bürgerkriegsregionen Syriens und des Irak ausgereist. Das Bundesministerium des Innern gibt die aktuelle Zahl der Ausgereisten mit etwa 550 Personen an. Über 378 von ihnen liegen detailliertere Informationen vor. Bei den Ausgereisten handelt es sich in 89 Prozent der Fälle um Männer, nur elf Prozent sind Frauen. Die meisten sind im Alter von fünfzehn bis dreißig Jahren. Dabei stellen die 21- bis 25-Jährigen mit 125 Personen die größte Gruppe dar. 64 Personen sind zwischen 26 und dreißig Jahre und immerhin 56 Personen erst zwischen fünfzehn und zwanzig Jahre alt.

Mehr als die Hälfte der Ausgereisten wurde in Deutschland geboren, und etwa 60 Prozent haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Konvertiten machen einen Anteil von zwölf Prozent aus. Etwa ein Drittel besitzt einen Schulabschluss, darunter 41 einen gymnasialen Abschluss und 31 einen Realschulabschluss. 23 Personen verfügen über eine abgeschlossene Ausbildung und acht über einen Studienabschluss. 46 Personen hatten zum Zeitpunkt ihrer Ausreise eine Ausbildung begonnen und 43 ein Studium aufgenommen. 73 Personen befanden sich bis kurz vor ihrer Ausreise in schulischer Ausbildung – bedingt durch die oben genannte recht hohe Anzahl von Minderjährigen. Ein Großteil der Personen radikalisierte sich innerhalb von weniger als drei Jahren. Faktoren, die maßgeblich zu einer Radikalisierung der Islamisten beitrugen, waren vor allem die Beeinflussung durch Freunde, die Verbindung zu salafistischen Moscheen und die Manipulation durch extremistisches Gedankengut im Internet. Viele müssen als „religiöse Analphabeten“ bezeichnet werden, da sie nur geringe Kenntnisse über den Islam besitzen.

Einige der Ausgereisten waren vor ihrer Radikalisierung bereits straffällig geworden, vor allem aufgrund von Gewalt-, Drogen- sowie Eigentumsdelikten. Vermutlich ist von den mehr als 550 Ausgereisten mittlerweile etwa ein Drittel wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Unter ihnen befinden sich dreißig kampferfahrene Personen, von denen eine potenzielle terroristische Gefahr für Deutschland ausgeht. Die Sicherheitsbehörden geben 260 „Gefährder“ in Deutschland an. Nicht alle Rückkehrer stellen jedoch eine Gefahr dar. Neben denjenigen, die nach ihrer Rückkehr in radikalen Szenen verkehren, neue Personen zu rekrutieren versuchen und ihr extremistisches Gedankengut verbreiten, gibt es auch jene, die traumatisiert von den Erfahrungen in den Kriegsgebieten zurückkehren und psychologischer Betreuung bedürfen. Nur wenige arbeiten nach ihrer Rückkehr mit den Sicherheitsbehörden zusammen. Die Anzahl der bei den Kämpfen in Syrien und im Irak Getöteten wird auf vierzig geschätzt.

Zusammengestellt von Thomas Volk, Koordinator für Islam und Religionsdialog der Konrad-Adenauer-Stiftung

Quellen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/028/1802865.pdf>

<http://mediendienst-integration.de/desintegration/militanter-islamismus.html>

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Interviews/DE/2015/01/interview-bild-am-sonntag.html>

Verzerrte Wahrnehmung

Über die schädliche Vermischung von
Einwanderungs- und Islamdebatten

KATHARINA SENGE

Geboren 1982 in Erfurt, Koordinatorin für Zuwanderung und Integration, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Was schätzen Sie, wie viele der 81 Millionen Menschen in Deutschland sind Muslime?“ Diese Frage stellte der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) Personen unterschiedlicher Her-

kunft. Nur zehn Prozent der Befragten konnten die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime ungefähr richtig angeben, siebzig Prozent der Befragten schätzten sie zu hoch ein und knapp zwanzig Prozent gaben sie zu niedrig an. In Deutschland leben zwischen 3,5 und 4,5 Millionen Muslime. Der Einfachheit halber wird häufig, aber bei Weitem nicht oft genug von vier Millionen gesprochen. Das sind fünf Prozent der Bevölkerung. Die islamische Religionszugehörigkeit wird nicht wie die Kirchenmitgliedschaft von Amts wegen erhoben. Die Vier-Millionen-Schätzung geht auf eine Untersuchung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus dem Jahr 2009 zurück.

Befragte ohne Migrationshintergrund schätzten die Zahl der Muslime auf durchschnittlich elf Millionen, Aussiedler sogar auf dreizehn Millionen. Das ist das Dreifache des tatsächlichen Wertes. Auch aus der Türkei stammende Befragte gaben die Zahl der Muslime mit durchschnittlich neun Millionen etwa um das Doppelte zu hoch an. Je höher ihr Bildungsgrad war, umso näher lagen die Antworten der Befragten an der Realität. Frauen schätzten die Zahl der Muslime durchgängig höher ein als Männer. Vor allem Männer mit Abitur, die aus der Türkei oder einem europäischen Nicht-EU-Mitgliedsstaat stammten, konnten die Zahl richtig angeben.

Pegida in Dresden zeigte nicht nur eine Überschätzung der Bedeutung des Islams, sondern auch eine Vermischung von Zuwanderungs- und Islamdiskurs. Dass die Demonstrationen gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ an einem Ort auftraten, wo es kaum Muslime gibt, ist nicht verwunderlich: Die Medien berichteten im vergangenen Jahr über die brutale Gewalt des selbst ernannten Islamischen Staates in Syrien und im Irak, antisemitische Ausfälle während des israelisch-palästinensischen Krieges im Sommer und Ausschreitungen zwischen Kurden, Salafisten und Hooligans auf deutschen Straßen. Gewalt, Unruhe, Aggression. Wer diesen Bildern alltägliche Erfahrungen mit muslimischen Freunden, Nachbarn, Lehrerinnen, Busfahrern und Verkäuferinnen entgegensetzen konnte, musste sie nicht als Bild „des“ Islams und „der“ Muslime auffassen. Das haben übrigens auch viele Ostdeutsche nicht getan.

KLUFT ZWISCHEN MEDIENDARSTELLUNG UND ALLTAGSERFAHRUNG

Die mediale Berichterstattung beeinflusst die Wahrnehmung des Islam und der Muslime. Dabei spielt nicht nur der Islam in Deutschland und Europa eine Rolle, sondern auch die „Fernbilder“ der muslimisch geprägten Welt, wie eine Auswertung des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung ergibt. „Dabei fällt auf, dass über reguläre politische, ökonomische und kulturelle Vorgänge in der islamischen Welt weitaus weniger berichtet wird als über Kriege, Gewalt und sonstige Konflikte“ (Kai Hafez/Sabrina Schmidt: *Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland*, Gütersloh 2015, 2. Auflage). Dementsprechend werde der Islam als „überwiegend gewalttätig, intolerant und repressiv wahrgenommen“. Der Islam werde weniger als Religion oder Kultur denn als politische und extremistische Ideologie betrachtet (a. a. O., S. 64 f.). In dieser Einschätzung sind sich Islamisten und Islamkritiker oft einig. „Der Fundamentalist würde sagen: Das darf nicht sein, der Muslim ist so oder so, alle anderen sind keine Muslime. Und der deutsche Fernsehexperte sagt mir: Sie sind ja gar kein ‚echter‘, sondern zum Glück nur ein ‚gemäßigter‘ Muslim, denn ein echter Muslim lehnt die Demokratie ab, will die Einheit von Staat

und Religion und nimmt den Koran als Gottes unverrückbares Gesetz. [...] Man könnte die islamische Kultur, die Poesie, die Architektur, die Mystik gerade durch den Widerspruch definieren, in dem sie zur sogenannten reinen Lehre stehen – aber auch dadurch, dass dieser Widerspruch möglich ist und ausgehalten wird, genau wie in allen anderen Kulturen“ (so in Navid Kermani: *Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime*, München 2009).

Nun sind die gewaltsamen Ereignisse, deren Bilder die Medien in die Wohnzimmer tragen, echte Fakten, auch wenn, so der Religionssoziologe Detlef Pollack, „das mit der Rolle der Muslime in Deutschland nichts zu tun hat“. Sechs Prozent der Muslime in Deutschland (so eine Studie des BMI, allerdings aus dem Jahr 2007) befürworteten religiös-politisch motivierte Gewalt. Dies ist real und birgt konkrete Gefahren, es ist jedoch für die restlichen 94 Prozent der Muslime ebenso bedrohlich wie für Nichtmuslime.

Auf diese Kluft zwischen der Darstellung von Muslimen in den Medien und den Alltagserfahrungen hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) 2013 ebenfalls hingewiesen. Laut seiner Untersuchung sind sich die Medienkonsumenten der Dissonanz zwischen den eigenen guten Erfahrungen im Zusammenleben und der Berichterstattung jedoch durchaus bewusst. Problematisch sei auch nicht die Thematisierung negativer Sachverhalte an sich, sondern das Fehlen von „good news“, um diese auszugleichen. Die zahlreichen Solidaritätskundgebungen von und mit Muslimen nach den Anschlägen von Paris oder die Medienberichte über engagierte und kreative Flüchtlingshelfer in der ganzen Republik zeigen jedoch auch eine Tendenz der Medien, das gute gesellschaftliche Klima durch positive Nachrichten zu verstärken.

ZUWANDERER: MEHRHEITLICH CHRISTLICH UND GUT GEBILDET

Der Islam ist längst kein Zuwanderungsthema mehr. Es kommen zwar weiterhin Muslime nach Deutschland, die meisten muslimischen Familien leben jedoch seit mehreren Generationen hier. Sie sind keine Zuwanderer, sondern Teil der deutschen Gesellschaft. Migration nach Deutschland ist aufgrund der EU-Freizügigkeit ein überwiegend europäisches Phänomen. Sechzig Prozent aller Zuwanderer kommen aus der EU und damit nicht aus muslimischen Ländern und sind mehrheitlich christlich geprägt. Erst auf Platz 9 der Herkunftsländer war 2013 mit Syrien ein mehrheitlich muslimisches Land. Betrachtet man nur die Flüchtlinge, zeigt sich ein etwas anderes Bild: Unter ihnen waren 2013 zwei Drittel Muslime. Gegenüber der Türkei hatte Deutschland alles in allem sogar eine negative Wanderungsbilanz. Insgesamt unterscheidet sich die gegenwärtige Zuwanderung nach Deutschland ganz erheblich von der in früheren Jahrzehnten. Heutige Zuwanderer sind größtenteils

gut qualifiziert, sie haben sogar ein höheres Bildungsniveau als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung (Fortschrittsbericht 2014 zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung).

ÜBERSCHÄTZTE RELIGIONSZUGEHÖRIGKEIT

Wie kam es zu der krassen Überschätzung der Zahl der Muslime? Hintergrund ist die Überschätzung der Religionszugehörigkeit für den gesamten Integrationsdiskurs. Der Islam hat sich – und zwar bereits vor dem 11. September 2001 – als zentrale Kategorie des Integrationsdiskurses etabliert (vgl. Dirk Halm: *Der Islam als Diskursfeld*, Wiebaden 2008). Die Religion ist immer mehr zum Kriterium geworden, an dem sich die Integrierbarkeit von Zuwanderern zu entscheiden scheint. Dabei kann unter Umständen etwa christliche und muslimische Zuwanderer aus demselben Herkunftsland und derselben sozialen Schicht kulturell viel mehr verbinden als zwei Muslime aus verschiedenen Ländern oder verschiedenen Milieus. Die Wissenschaft unterscheidet die strukturelle Integration (Einkommen, Arbeitssituation, Bildung), die soziale Integration (Freundschaften, Eheschließungen), die identifikative Integration und die kulturelle Integration. Zur letzten zählt – neben Werten und Verhaltensweisen – auch die Religion (vgl. Friedrich Heckmann: *Integration von Migranten*, Wiesbaden 2015).

Während sich im Zeitverlauf und insbesondere von Generation zu Generation Zuwanderer kulturell der Aufnahmegesellschaft annähern (und auch umgekehrt Annäherung der Aufnahmegesellschaft stattfindet), bleibt die Religion stärker als Eigenes erhalten. „Religion erweist sich im Integrationsprozess als gegenüber den Einflüssen der Aufnahmegesellschaft am wenigsten beeinflussbare kulturelle Struktur“ (ebd., S. 171). Auch ist es nicht ungewöhnlich, dass sich die Religiosität der Einwanderer nach der Migration verstärkt. Religion bietet nicht nur Zuversicht in einer existenziell unsicheren Lebensphase, sie bietet auch eine emotionale Heimat durch die Gemeinschaft, in der die Kultur des Herkunftslandes unter anderem durch die Muttersprache lebendig gehalten wird. Religion kann so zu eben jenem Bereich werden, in dem Identität gegen die Integrationsnotwendigkeiten des Alltags behauptet wird (ebd.). Dies geschieht auch und gerade bei jungen Muslimen der zweiten, dritten, vierten Einwanderergeneration.

In Integrationsdebatten dringt immer wieder die Frage durch, ob sich Zuwanderer bestimmter Religionen besser oder schlechter integrieren. Auf der Ebene der strukturellen Integration kann sie empirisch bejaht werden. Personen mit muslimischer Herkunft haben in der Tat durchschnittlich niedrigere Bildungsabschlüsse und Einkommen. Ursächlich sind dafür aber auch strukturelle Kriterien wie der Bildungsstand und das Einkommen der Eltern. Schließlich waren die meisten muslimischen Zuwanderer gering gebildete

„Gastarbeiter“, die ihren Kindern kaum bei der Bewältigung der Schullaufbahn helfen konnten. Auf der Ebene struktureller Integration ist das Ziel klar: Soziale Unterschiede sollen möglichst wenig mit ethnisch-religiösen Unterschieden zusammenfallen. So sollen Stigmata, Ausgrenzung und ethnische Spannungen verhindert werden.

Auf der Ebene kultureller Integration hingegen tobt die Debatte darüber, wie viel Differenz zum Selbstverständnis eines Einwanderungslandes wie Deutschland dazugehören soll und wo die Grenzen der Differenz verlaufen. Einen Common Sense findet man bei dieser Debatte weniger auf der religiösen, denn auf der politischen Ebene: mit der Anerkennung des demokratischen Systems, des Rechtsstaats, der individuellen Freiheitsrechte und der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen unabhängig von Geschlecht oder Glauben. Die Akzeptanz dieser Gleichheit ist eine Herausforderung für alle, nicht nur für Zuwanderer. Aus den genannten Punkten leiten sich vier Empfehlungen für die mediale Debatte ab.

WIE DISKUTIEREN?

Erstens: Wenn es um den Islam geht, dann sollte es auch um die Vielfalt islamischen Lebens, die Widersprüche und Spannungen islamischer Kultur- und Geistesgeschichte gehen. Die beste Waffe gegen Fundamentalisten mit ihrer totalitären Einheitsvorstellung des Islams und ihrer Schwarz-Weiß-Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige ist ein breit verankertes, vielfältiges Bild islamischer Religion und Kultur. Das Wissen über islamische Geschichte, Kultur und Religion ist erschreckend gering. Und zwar nicht nur bei Nichtmuslimen, sondern ebenso bei jungen Muslimen, wie eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (Viola Neu: *Jugendliche und Islamismus in Deutschland*, Sankt Augustin/Berlin 2011) festgestellt hat.

Zweitens: mehr über politische Kultur reden. Wirklich besorgniserregend ist nicht der Glaube, sondern es sind Halbwissen, Überzeugungen und Einstellungen, die das Vertrauen in die Gesellschaft untergraben. Verschwörungstheorien sind weit verbreitet unter jungen Menschen. Wie kommt es dazu und was kann man dagegen tun? Ein weiteres wichtiges Thema ist, welche Erfahrungen mit Politik, mit Parteien, Wahlen und politischen Institutionen Menschen aus ihrem Heimatland mitbringen. Haben sie Vertrauen oder Misstrauen? Welche Vorstellungen und Erwartungen haben sie bezüglich der öffentlichen Meinungsfindung und der politischen Entscheidungen? Wie beeinflussen die Erfahrungen im Herkunftsland ihr politisches Engagement in Deutschland? Was erwarten sie von Politikern, was wissen sie über Möglichkeiten, sich selbst politisch zu engagieren?

Drittens: Muslime nicht nur in Debatten einbeziehen, wenn es um ihre Religion geht. Wenn man möchte, dass sich Zuwanderer und Muslime

mit Deutschland identifizieren, stolz auf ihr Land sind und sich für das Wohlergehen der gesamten Gesellschaft einsetzen, muss es auch ein Identifikationsangebot geben. Deutsch und muslimisch, das kann für den Einzelnen *identisch* sein und selbstverständlich. Die Zugehörigkeit zum Islam nicht zu wichtig zu nehmen, bedeutet an dieser Stelle auch, Muslime als Experten auf ihren Fachgebieten anzusprechen: als Wissenschaftler, Unternehmer, Eltern, Konsumenten, Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Patienten. So schreibt Navid Kermani: „Ich bin Muslim, ja, aber ich bin auch vieles andere. [...] Deshalb stört es mich auch, dass die gesamte Integrationsdebatte sich häufig auf ein Für und Wider des Islams reduziert – als ob die Einwanderer nichts anderes seien als Muslime. Damit werden alle anderen Eigenschaften und Faktoren ausgeblendet, die ebenfalls wichtig sind: woher sie stammen, wo sie aufgewachsen sind, wie sie erzogen wurden, was sie gelernt haben“ (Kermani: *Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime*, 2009). Es ließe sich ergänzen: wohin sie wollen, was ihnen wichtig ist, was sie zu ihrem Land beitragen, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell.

Und *viertens*: Zuwanderung und Islam, Migration und Religion getrennt diskutieren. Zwar ist der Islam erst seit weniger als 100 Jahren durch Zuwanderung nach Deutschland gekommen. Viele muslimische Familien leben jedoch seit Generationen in Deutschland. Sie sind ein Teil Deutschlands und keine Zuwanderer mehr.

Christliches und islamisches Menschenbild

—

Warum ich als Muslimin der CDU angehöre

CEMILE GIOUSOUF

Geboren 1978 in Leverkusen, wurde 2008 Referentin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und zog 2013 als erste muslimische Abgeordnete in den Deutschen Bundestag ein. Sie ist Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion.

Als Muslimin in einer C-Partei – wie geht das denn? Als ich mich für meine politische Heimat entschied, war das eine Frage, die mir oft gestellt wurde. Und zwar von beiden Seiten: sowohl in der Partei als auch von außerhalb; sowohl von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte als auch jenen ohne. Der Überraschungseffekt in meinem Kommunalwahlkreis war groß, dabei bin ich nicht die erste Muslimin in dieser Partei und schon gar nicht

die Einzige. Jeder meiner muslimischen Parteikollegen hatte ganz persönliche Beweggründe, sich für die CDU zu entscheiden. Bei mir war es gerade das „C“. Das C baute mir die Brücke in die CDU, stellt sie doch für mich die beste Verbindung zwischen meiner Haltung zur Politik und meinem Glauben her.

Hier gibt es nicht nur theologisch viele Gemeinsamkeiten, sondern auch bei der Übersetzung in das alltägliche Leben. Es gibt gemeinsame Werte, wie die Achtung vor religiösen Überzeugungen, vor Freiheit, Familie, Eigenverantwortlichkeit und die Wertschätzung eines aufgeklärten Patriotismus. Es geht aber auch ganz konkret um das gewachsene, christliche Menschenbild mit seinem Respekt vor Gott, das mich für die Union einnahm, da es zwischen einem marktradikalen Individualismus einerseits und einem zwanghaften Kollektivismus andererseits eine ausgewogene, dem Menschen angemessene Mittelposition beschreibt.

Die Überschneidungen zwischen den Menschenbildern des Christentums und des Islam sind groß – und können in Zukunft noch größer werden. Denn wie alle religiösen Lehren fallen auch die Menschenbilder nicht vom Himmel, sondern entspringen der jeweiligen Offenbarung und entwickeln sich durch fortlaufende Auslegungen weiter – idealerweise im Dialog miteinander. Sich dessen bewusst zu sein und daran mitzuarbeiten, ist in allen Religionen, die sich auf den Gott Abrahams berufen, ausdrücklich eine Aufgabe aller Gläubigen, nicht nur der Religionsgelehrten. Und gerade die Christdemokratie hat bewiesen, dass gemeinsames, überkonfessionelles Engagement in einer demokratischen Partei eine eigene Wirkung auch in die Kirchen und Religionsgemeinschaften hinein entfaltet. Die „Nova am Parteienhimmel“ (Hans Maier) nahm bewusst das C in den Parteinaamen auf. Zu den Kennzeichen der christlichen Gesinnung gehört auch der Schutz religiöser Minderheiten, beispielsweise in der Schule, der sich dort vor allem darin ausdrückt, den jeweiligen konfessionellen Religionsunterricht besuchen zu können. Ähnliches gilt für den Respekt vor der rituellen Beschneidung von Jungen. Die unter dem Deckmantel der Kultursensibilität aufkommenden „Sonne-Mond-und-Sterne-Feste“ (als säkulares Surrogat zum traditionellen Sankt-Martins-Fest geschaffen) werden bezeichnenderweise nicht von islamischen Eiferern – die es zweifellos gibt – eingefordert, sondern von denjenigen, die ohnehin Religion aus dem öffentlichen Leben verbannen wollen. Wir Christdemokraten unterschiedlichen Glaubens erheben unsere Stimme gemeinsam gegen solche traditionsvergessenen Spielereien.

UNVERFÜGBARE WÜRDE UND DIE VIRGINIA DECLARATION OF RIGHTS

Schlägt man die Offenbarungsschriften von Christentum und Islam, die Bibel und den Koran, auf, so begegnen dem Leser zunächst Menschenbilder der Vergangenheit. Man trifft etwa auf die Akzeptanz von Sklaverei, die Unterordnung der Frau unter den Mann oder auch Körper- und Todesstrafen, die mit unserem modernen Verständnis von Menschenwürde nicht mehr in Einklang gebracht werden können. Erfreulicherweise aber markieren diese

Überlieferungen nicht den End-, sondern den Anfangspunkt der Entwicklung der monotheistischen Religionen.

So verwerfen schon die biblischen – wie die koranischen – Urtexte die Vorstellungen von Menschenkasten oder Rassen unterschiedlicher Wertigkeit und stellen ihnen die Abstammung aller Menschen von gemeinsamen Vorfahren entgegen. Auch beziehen sich das Gotteswort und die Zuwendung Gottes nicht auf anonyme Kollektive, sondern auf namentlich benannte Personen. In der Bibel wird der Mensch gar als „Ebenbild“ Gottes bezeichnet und damit der Gedanke einer unantastbaren Würde grundgelegt. In seiner Ankündigung des Weltgerichtes deutet Jesus den Gottesdienst als Dienst an den Bedürftigen, Fremden, Kranken und Verfolgten. Von hier aus entfaltete sich ein Prozess, der sich über Jahrtausende in oft auch innerkirchlichen Turbulenzen und mit Rückschritten vollzog und auch heute noch keinen Abschluss gefunden hat.

„Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann?“, so widersprachen die Bauern und mutige Gelehrte den Ansprüchen des Adels auf besondere Privilegien. In christlich geprägten Ländern wie der Schweiz und Großbritannien entwickelten sich Verträge und demokratische Beteiligungsformen, bis schließlich die erste Menschenrechtserklärung – die *Virginia Declaration of Rights* von 1776 – mit enormem Einfluss auf die US-amerikanische Unabhängigkeitserklärung und die Französische Revolution verkündete: „Alle Menschen sind von Natur aus in gleicher Weise frei und unabhängig und besitzen bestimmte angeborene Rechte, welche sie ihrer Nachkommenschaft durch keinen Vertrag rauben oder entziehen können, wenn sie eine staatliche Verbindung eingehen, und zwar den Genuss des Lebens und der Freiheit, die Mittel zum Erwerb und Besitz von Eigentum und das Erstreben und Erlangen von Glück und Sicherheit.“

WEITERENTWICKLUNG DES CHRISTLICHEN VERSTÄNDNISSES

Schon der Umstand, dass nicht wenige der verschiedenen christlichen Kirchen und Bewegungen angehörenden Unterzeichner dieser Menschenrechtserklärungen noch ihrerseits Sklaven hielten und sich auch ein gleichberechtigtes Wahlrecht für Frauen noch nicht vorstellen konnten, verdeutlicht zugleich, dass es mit der Verkündung von Idealen nicht getan war – und ist. Oft kamen Impulse zur Weiterentwicklung und Verinnerlichung des christlichen Menschenbildes auch nicht zuerst aus den Institutionen der großen Kirchen, sondern aus den Reihen kleinerer Bewegungen wie der Quäker oder Baptisten. Prominente Prediger und Bürgerrechtler wie Martin Luther King jr. konnten schon durch die Berufung auf die Urtexte viele Widersprüche und Ungerechtigkeiten ihrer Zeit bloßlegen.

Die CDU und andere christlich demokratische Parteien hatten an der zeitgemäßen Auslegung des christlichen Menschenbildes einen großen und heute leider manchmal zu wenig bekannten Anteil, als sie sich nach der NS-Barbarei für die ökumenische Zusammenarbeit und die demokratische Staatsform entschieden – und damit zum Beispiel wegweisende Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils deutlich vorwegnahmen. Dass die Präambel des deutschen Grundgesetzes mit dem Bekenntnis „in Verantwortung vor Gott und dem Menschen ...“ eröffnet, war wesentlich christdemokratischen Personen zu verdanken und spricht auch Muslime, Juden, Anders- und sogar Nichtglaubende an, die von der Notwendigkeit menschlicher Selbstbeschränkung wissen. Zum christlichen Menschenbild gehört das Bewusstsein, dass diejenigen, die den „Himmel auf Erden“ versprochen, immer wieder „höllische“ Systeme verursacht haben. Weil Glaubende Erlösung und Erfüllung erst von Gott erhoffen, können sie einerseits in dieser Welt Verantwortung übernehmen, zugleich aber auch gefährliche Allmachtsfantasien entlarven und zurückweisen.

RELIGIÖSE VIELFALT DURCH GEMEINSAME VERANTWORTUNG

Auf Basis ihres christlichen Menschenbildes hat die Union Jahrzehnte erfolgreicher Politik gestaltet – und ist zugleich nicht stehen geblieben. Sie übernahm Verantwortung und betrieb die Aussöhnung mit dem Judentum sowie die Bindung der jungen Bundesrepublik an die Werte der Freiheit und der Menschenrechte. Und es war die CDU, die jeweils zum ersten Mal in der deutschen Geschichte erfolgreich Frauen für das Amt der Bundeskanzlerin oder auch der Verteidigungsministerin nominierte. Auch die erste muslimische Ministerin in Deutschland, Aygül Özkan, gehörte der CDU an. Dem damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und dem damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten und späteren Bundespräsidenten Christian Wulff ist die erste Anerkennung des Islam als Teil Deutschlands zu verdanken. Während Bundeskanzlerin Angela Merkel diese Aussage ausdrücklich bekräftigt hat, sollte es Musliminnen und Muslimen zu denken geben, dass ausgerechnet unter den deutschen „Linken“ die größten Vorbehalte gegen diese Aussage bestehen.

Die Fähigkeit zum Umgang mit religiöser Vielfalt – die religionspolitische Kompetenz – hat ihre Wurzeln auch im christlichen Menschenbild. Hier bestätigt sich eine Erfahrung, die nahezu jede Muslimin, jeder Muslim in unserem Land bereits gemacht hat: Mit Christen und Juden, für die ihre religiöse Identität eine große Bedeutung hat, gelingen Dialog und Zusammenarbeit am besten. Das C grenzt Nichtchristen nicht aus, sondern lädt sie ein, Übereinstimmungen zu entdecken und nicht nur in der Theorie, sondern in der gemeinsamen Übernahme von Verantwortung zu erleben und zu vertiefen.

WERT MENSCHLICHEN LEBENS IM ISLAM

Auch im Islam finden wir die Anerkennung des Menschen als Geschöpf Gottes, die gemeinsame Abstammung und die Zurückweisung von Kasten- oder Rassensystemen. Die Pilgerfahrt nach Mekka bezieht sich nicht nur auf die gemeinsamen Stammväter Adam und Abraham, sondern auch die zentralen Rituale gehen maßgeblich auf das erste Buch Mose zurück. Nach Maria, der Mutter Jesu, ist sogar eine eigene Sure benannt, die von der jungfräulichen Geburt des „al-masih“ (des Messias!) berichtet. Der Koran bezeichnet bereits Adam – und damit den Menschen an sich – als „chalifa“, als Statthalter und Nachfolger Gottes auf Erden. Es wird – in naher Entsprechung zu jüdischen Überlieferungen – berichtet, dass es zum Konflikt zwischen Gott und einigen Engeln und Dschinnen (unsichtbare, aus Feuer geschaffene Wesen) kam, als Letztere sich weigerten, sich auf Gottes Anordnung vor dem Menschen (!) niederzuwerfen. Dass der menschlichen Gattung trotz der Herkunft aus „niederer“ Materie die Verehrung durch die höheren Wesen zustehe, gilt auch in islamischen Kontexten als Ausweis einer besonderen Auszeichnung und Würde.

Weithin bekannt ist, dass in Sure 5:32 der Wert des menschlichen Lebens deutlich hervorgehoben wird: „Wer ein menschliches Wesen tötet, ohne dass es einen Mord beging oder auf der Erde Unheil stiftete, so ist es, als ob er alle Menschen getötet hätte. Und wer es am Leben erhält, so ist es, als ob er alle Menschen am Leben erhält.“

Nicht nur die vergleichende Religionswissenschaft verweist hierbei auf Entsprechungen im jüdischen Talmud – der weiteren Auslegung des biblischen Textes –, sondern auch der Koran selbst tut das, indem er den benannten Vers mit dem Vorsatz einleitet, dies habe Gott „den Kindern Israels vorgeschrieben“. Ganz abgesehen von der so unterstrichenen Verbundenheit wird hier – und zwar ausdrücklich mit Bezug auf das Menschenbild – auch ein Tor in die Zukunft aufgestoßen: Nicht nur der jeweilige Urtext, sondern auch die fortlaufende Auslegung haben ihre Gültigkeit. So können beispielsweise die koranischen Aufforderungen zur gegenseitigen Beratung als frühe Formen partizipativer Beteiligung und die Rechte der Frauen als ein für die damalige Zeit fortschrittlicher und also bleibender Auftrag zur Weiterentwicklung verstanden werden.

ERBITTERTES INNERISLAMISCHES RINGEN

Doch – wie lange Zeit in der christlichen Welt – blieben auch die Potenziale des islamischen Menschenbildes oft unerschlossen, setzten immer wieder Gegenbewegungen und Rückschläge ein. So wurden die ersten Kalifen als Nachfolger des Propheten noch gewählt, bevor sich schließlich wieder bis in

die jüngste Zeit vielerorts dynastische Systeme durchsetzten. Phasen der auch kulturellen und wissenschaftlich-technologischen Blüte wechselten mit solchen der Stagnation und Intoleranz.

Auch unter den nationalistischen und sozialistischen Regimen des 20. Jahrhunderts wurde in den meisten islamisch geprägten Ländern die islamische Gelehrsamkeit eher in den Bereich der Traditionspflege verbannt und blieb zu den Herausforderungen und Brüchen von Modernisierung und Globalisierung zu oft sprachlos oder einseitig ablehnend. In den westlichen Einwanderungsländern spielte der Islam lange Jahre nur in der Religionspraxis eine Rolle und fand seinen Ausdruck in den religiösen Bauten und den religiösen Unterweisungen innerhalb dieser Gotteshäuser. Die Deutsche Islam Konferenz, der bekenntnisorientierte Islamunterricht an deutschen Schulen und die Etablierung islamischer Theologie an Hochschulen wurden maßgeblich von christdemokratischen Bildungsministerinnen vorangetrieben; sie haben damit muslimisches Leben in Deutschland unterstützt und ihm einen angemessenen Platz geschaffen. Die Tatsache, dass diese Maßnahmen durch Christdemokraten in die Wege geleitet und durchgeführt wurden, ist ein weiterer Beleg für das tiefe Verständnis für religiöse Belange in der C-Partei – auch dann, wenn es nicht die eigenen sind.

Erst in jüngster Zeit können in den westlichen Ländern – und hier spielt Deutschland eine Vorreiterrolle – mehr und mehr muslimische Frauen und Männer Fragen des islamischen Gottes- und Menschenbildes neu und offen beraten. Auch Streitbare und mutige Thesen, etwa zur umfassenden Barmherzigkeit Gottes oder zur unterschiedlichen Zeitgebundenheit mekkanischer und medinensischer Verse im Koran, werden heute von muslimischen Gelehrten veröffentlicht und von einer zunehmend selbstbewussten, muslimischen Öffentlichkeit aufgegriffen und diskutiert. Während religiöse Fundamentalisten zwar die neuesten Medien nutzen, aber die damit verbundenen Ideenwelten von Freiheit und Austausch ablehnen, wächst in Deutschland eine neue Generation von Lehrenden und Studierenden heran, die auch theologisch aktiv Brücken zwischen den Traditionen des Islam und Grund- und Menschenrechten der Verfassung bauen. Dass Gerichte in Saudi-Arabien empörende Prügelstrafen sowie eine harte Haft- und Geldstrafe gegen den liberalen Blogger Raif Badawi verhängten oder dass sich islamische Extremisten in Nigeria als „Boko haram“ (übersetzt: „Westliche Bildung sei verboten“) titulieren, zeigt, wie erbittert innerislamisch um das Gottes- und Menschenbild gerungen wird. Hier gilt es, eher noch deutlicher für die gemeinsamen Werte der monotheistischen Religionen und der westlichen Wertegemeinschaft einzutreten und autoritären Regimen sowie Terrorgruppen nicht länger religiöse Deutungshoheiten zu überlassen.

Zwar halte ich die theologischen Diskurse in der islamischen Welt für sehr wichtig, glaube jedoch nicht, dass wir als Demokratinnen und Demokraten auf deren Ergebnisse warten sollten. So wie es richtig war, dass sich die

frühen Christdemokratinnen und Christdemokraten an die Spitze der entstehenden ökumenischen Bewegung stellten, indem sie die demokratische und pragmatische Zusammenarbeit einfach vorlebten, so können und sollen auch wir uns als Christen, Muslime, Juden, Anders- und Nichtglaubende gemeinsam engagieren.

GEMEINSAM PRAGMATISCH VORANGEHEN

Dazu gehört die Anerkennung der friedlichen Mehrheiten, die im Alltag als Kolleginnen und Nachbarn, als Freunde und Partner zusammenleben, ebenso wie die gemeinsame Abwehr von Extremismus und Verschwörungstheorien – auch dann, wenn die Belange der anderen betroffen sind. Wo immer diese Zusammenarbeit und Solidarität gelingt, gewinnt nicht nur die Gesellschaft als Ganzes, sondern werden auch belebende Impulse in die Religionsgemeinschaften und Kirchen hinein entsandt. Das moderne christliche Menschenbild hat nach Phasen furchtbarer Verirrungen aus dem Dialog mit dem Judentum neue Kraft und Tiefe gewonnen. Als deutsche Muslimin sehe ich vergleichbare Chancen der Zusammenarbeit für meine Religion. In gegenseitiger Wertschätzung, vor allem aber in täglicher Zusammenarbeit können wir auch mit unseren Menschenbildern aneinander und miteinander wachsen. Es gilt die zeitlose Einschätzung von Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. beim Friedensgebet in Assisi 1986: „Mit den anderen glaubenden Menschen sind wir mitpilgernde Schwestern und Brüder; wir alle befinden uns auf dem Weg zu dem Ziel, das uns Gott bereitet.“

MUSLIME IN DEUTSCHLAND – IN ZAHLEN UND PROZENTEN

Die letzten Hochrechnungen zur Anzahl der in Deutschland lebenden Muslime wurden 2011 im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhoben. Den Ergebnissen zufolge leben 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime in Deutschland. Das macht 4,6 bis 5,2 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Diese Zahl ist allerdings mit Vorsicht zu betrachten, da sie sich lediglich auf Muslime bezieht, die aus muslimisch geprägten Ländern stammen, und daher weder Konvertiten noch Muslime aus mehrheitlich nicht-muslimischen Herkunftsländern erfasst. Zudem dürften nicht alle in dieser Hochrechnung erfassten Menschen gläubig sein oder sich auch selbst als Muslime bezeichnen.

Von den rund vier Millionen Muslimen besitzen etwa 45 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit. Jedoch haben die meisten von ihnen eine Zuwanderungsgeschichte. Mit 63 Prozent stammt der größte Anteil der Muslime – das entspricht etwa 2,5 Millionen Menschen – aus der Türkei. Etwa 550.000 Personen kommen aus Südosteuropa und stellen mit 14 Prozent die zweitgrößte Gruppe dar. Danach folgen mit 8,1 Prozent Muslime aus dem Nahen Osten, 6,9 Prozent aus Nordafrika und 4,6 Prozent aus Süd- und Südostasien. Die verbleibenden 3,6 Prozent entfallen auf Muslime aus dem Iran, aus Ländern der mittleren und südlichen Regionen Afrikas, aus Zentralasien und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Die in Deutschland lebenden Muslime gehören unterschiedlichen Glaubensströmungen an. Am weitesten verbreitet ist der sunnitische Islam, zu dem sich etwa 74 Prozent, auch die meisten türkeistämmigen Muslime, bekennen. Etwa 13 Prozent sind Aleviten; dabei gibt es kontroverse Ansichten darüber, inwiefern das Alevitentum dem Islam zugehörig sei. Auch die in Deutschland lebenden Aleviten stammen meist aus der Türkei. Der Anteil der Schiiten, beispielsweise aus dem Iran, beläuft sich auf insgesamt sieben Prozent, jener der aus Pakistan und Indien stammenden Ahmadiyya-Gemeinde auf 1,7 Prozent. Ibaditen, Sufis und sonstige Strömungen machen insgesamt weniger als ein Prozent der Muslime in Deutschland aus. Die weitaus größte Mehrheit der Muslime lebt in den alten Bundesländern, allen voran in Nordrhein-Westfalen mit 33,1 Prozent, gefolgt von Baden-Württemberg mit 16,6 Prozent, Bayern (13,2 Prozent) und Hessen (10,3 Prozent). In den neuen Bundesländern leben lediglich 1,6 Prozent der Muslime.

Zusammengestellt von

Fatima El-Sayed, Studentin der Politikwissenschaft und studentische Mitarbeiterin im Team Gesellschaftspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Thomas Volk, Koordinator für Islam und Religionsdialog der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ende der Bevormundung

—

Die Muslime in Deutschland brauchen
wissenschaftlich kompetente und alltagserfahrene Imame

MOUHANAD KHORCHIDE

Geboren 1971 in Beirut (Libanon),
Soziologe, Islamwissenschaftler,
Professor für islamische Religions-
pädagogik am Centrum für Religiöse
Studien (CRS) an der Westfälischen
Wilhelms-Universität Münster.

Die islamische Lehre geht davon aus, dass sich Gott dem Menschen offenbart hat. Damit zeigt er sein Interesse an der Beziehung zum Menschen, er lädt den Menschen in seine Gemeinschaft ein und macht sich dadurch zugänglich und erfahrbar, aber der Mensch muss dieses Angebot in Freiheit annehmen. Mit

Mitteln des Zwanges oder der Drohung werden Menschen allenfalls manipuliert, Gott kann jedoch nur an einer aufrichtigen Beziehung zu ihnen interessiert sein. Liebe ist seine Intention bei der Schöpfung der Menschen: „Er liebt sie und sie lieben ihn“ (Koran 5:54). Gott sucht also Mitliebende; er macht den ersten Schritt auf den Menschen zu und wartet auf eine Antwort. Gott wollte nach islamischem Verständnis seine Liebe und Barmherzigkeit nicht

für sich behalten, sondern teilen. Die Antwort auf Liebe kann aber nur Liebe sein. Und eine aufrichtige Liebe ist keine erzwungene, sondern in Freiheit entstandene. Gott zu lieben bedeutet, mit ihm zu kooperieren, um sein Streben nach Liebe und Barmherzigkeit hier und jetzt auf der Erde Wirklichkeit werden zu lassen. Der Islam geht davon aus, dass der Mensch eine ständige Arbeit an seinem Inneren benötigt, um sich selbst zu läutern (der Koran spricht vom Läutern des Herzens) und so imstande zu sein, möglichst empathisch und selbstlos zu handeln. Religionen sind Medien der Spiritualität und Ethik, um genau dieses Göttliche im Menschen hervorzuheben. Das Göttliche ist die absolute Verwirklichung von Liebe, Barmherzigkeit, Gnade, Verantwortlichkeit, Fürsorge. Das Hervorheben des Göttlichen im Menschen bedeutet somit das Hervorheben dieser Eigenschaften im Menschen.

Spiritualität, verstanden als Hervorhebung des Göttlichen im Menschen, ist keineswegs vom gelebten Leben zu trennen, denn sie kann sich nur in der Konfrontation mit dem Alltagsleben entfalten. Gute Eigenschaften im Menschen zu fördern und schlechte zu hemmen, ist keine rein kognitive Aufgabe, sondern bedarf vielmehr einer seelischen Auseinandersetzung und Arbeit an sich selbst in den verschiedenen Lebenssituationen. Der Gelehrte Al-Ghazali (gestorben 1111) spricht vom „Schmücken des Herzens mit guten Charaktereigenschaften“ wie Geduld, Dankbarkeit, Liebe, Hoffnung und Gottvertrauen.

GOTT UND GÖTZEN

Die Aufgabe muslimischer Geistlicher ist daher, die Gläubigen primär an diesen Prozess der inneren Läuterung zu erinnern. In diesem Zusammenhang interpretieren sie den Koran und die prophetische Tradition und machen den Menschen Angebote, sich selbst und ihr Inneres kritisch zu reflektieren. Hierbei lehnt der Islam allerdings jegliche Form der Bevormundung durch Geistliche ab. Er verbietet gleichwohl den Götzendienst, es gibt aber viele andere Erscheinungsformen des Götzendienstes als die im 7. Jahrhundert von Mekkanern selbst gebauten und dann angebeteten Statuen. Der Koran kritisiert an mehreren Stellen Menschen und Völker, die die Verkündigungen von Propheten ablehnten, weil für sie die Tradition der Vorfahren wichtiger war als die neuen Botschaften. So heißt es im Koran: „Jedes Mal, wenn wir einen Gesandten vor dir [Mohammed] zu einer Stadt entsandten, sagten die Wohlhabenden, die verschwenderisch lebten: ‚Wir fanden unsere Väter auf einem Weg und wir treten in ihre Fußstapfen.‘ Jeder Gesandte sagte daraufhin: ‚Wenn ich nun aber mit einer Botschaft zu euch gekommen bin, die besser für euch ist, als was ihr als Brauch eurer Väter vorgefunden habt?‘ Sie sagten: ‚Wir nehmen eure Botschaft nicht an.““ (Koran 43:23–24). Was damals Götzen waren, erscheint heute in anderen Formen. Oft werden Gelehrte

beziehungsweise Traditionen zu Götzen gemacht und verherrlicht, und die Menschen sollen sich ihnen unterwerfen, ohne sie zu hinterfragen. Der iranische Religionssoziologe Ali Schariati (gestorben 1977) sprach in diesem Zusammenhang von den „neu konstruierten Götzen“. Der Koran erteilt einer unhinterfragten Übernahme von Bräuchen und Traditionen eine klare Absage. Wenn man an Gott als den Einzigen glauben will, realisiert sich dies nicht in einem Lippenbekenntnis, sondern in einer hier und jetzt gelebten geistigen Befreiung von allem, was einer kreativen Entfaltung des Geistes im Wege steht.

Die heute bekannteste Form dieses Götzendienstes ist die im Koran angesprochene geistige Bevormundung, die den freien Blick des Menschen einschränkt. Diese kann sich vor allem in Form der Verherrlichung von Menschen, die glauben, für Gott und in seinem Namen zu sprechen, ausdrücken. Dazu sagt der Koran: „Genommen haben sie sich ihre Gelehrten und Mönche zu Göttern außer Gott“ (Koran 9:31). Die Vernunft ist der Garant gegen die Falle des Götzendienstes und somit gegen die Bevormundung. Diese Einschränkung des freien Blicks des Menschen ist Ausdruck selbst verschuldeter Bevormundung und Verblendung. Die Befreiung liegt nicht in der Außenwelt, sondern im Inneren des Menschen. Und genau mit diesem Prozess der inneren Befreiung beginnt die Verwirklichung des islamischen Glaubensbekenntnisses. Man könnte mit anderen Worten sagen, dass der Mensch nicht lange nach Gott zu suchen braucht. Er braucht jedoch lange, bis er sich von dem befreit, was ihn daran hindert, Gott zu erkennen und ihm zu begegnen. Sobald er sich von allem befreit, was ihn bevormundet und verblendet, erkennt er Gott. Gott ist hier, der Mensch muss nur die Augen öffnen. Gott aber ist die Barmherzigkeit. Wer nach Liebe und Barmherzigkeit sucht, sucht nach Gott; wer Liebe und Barmherzigkeit anstrebt, strebt nach Gott; wer Liebe und Barmherzigkeit erkennt, hat Gott erkannt. Das ist auch das Kriterium dafür, in Erfahrung zu bringen, ob Gott im eigenen Herzen angekommen ist oder noch nicht.

HINTERFRAGEN UND VERSTEHEN WOLLEN

Leider hat sich eine Art bevormundender Tradition im Islam etabliert, die die Gestaltung des religiösen Lebens von dem abhängig macht, was die eine oder andere religiöse Autorität bestimmt. Der Begriff der „religiösen Autorität“ wird hier bewusst verwandt, auch wenn er dem Geist des Korans völlig widerspricht. Der Koran bezeichnet, wie schon erwähnt, den blinden Gehorsam gegenüber religiösen Autoritäten als eine Form von Götzendienst. Er zielt darauf, die Menschen darin zu unterstützen, den Islam als freie und mündige Gläubige auszuüben, statt ihren Lebensentwurf – auch in religiöser Hinsicht – an Dritte zu delegieren, also einfach blind zu folgen.

Geistige Befreiung beginnt mit reflektiertem Denken, mit Hinterfragen, mit Verstehenwollen, mit der kritischen Reflexion seiner selbst. Die islamische Formel „Es gibt keine Gottheit außer Gott“ ist Ausdruck eines freien, unabhängigen Geistes. Die Formel verneint jegliche Abhängigkeit, jegliche Bevormundung, jegliche Verherrlichung von Menschen, Dingen, Ideen oder Gedanken. Einziges gültiges Leitprinzip ist Gott, dessen Wesen Barmherzigkeit und Liebe ist. Liebe und Barmherzigkeit bilden den Rahmen, in dem sich der Geist frei entfalten kann und soll.

IMAME – AUFTRAG UND AUSBILDUNG

Die in Moscheen tätigen muslimischen Geistlichen bezeichnet man als Imame, deren Aufgabe es ist, Menschen an ihre spirituelle und ethische Verantwortung zu erinnern und ihnen entsprechende religiöse Angebote zu machen. Das heißt, Imame müssen die Lebenswirklichkeit der Menschen kennen und zugleich in der Lage sein, die islamische Lehre in ihrem zeitgemäßen Kontext zu lesen und entsprechend zu entfalten. Dazu müssen koranische Aussagen des 7. Jahrhunderts in ihrem historischen Kontext verortet werden, um die eigentliche spirituelle und ethische Aussage des Wortlautes zu verstehen. Imame benötigen daher eine solide akademisch-theologische Ausbildung, in deren Rahmen sie die islamische Lehre reflektieren und sich mit zeitgemäßen wissenschaftlichen Methoden der Erforschung des Islam auseinandersetzen. Gerade in ihrer Situation als Migranten haben viele Muslime keinen anderen Zugang zu ihrem Glauben außer durch den Besuch der Moschee und die Predigt des Imams. Das, was die Imame predigen, prägt also das Bild des Islam in den Köpfen und Herzen vieler Muslime. Die Imame tragen also entscheidend zum Bild des Islam in Deutschland bei. Sie müssen die Kompetenz besitzen, den Lebensbezug der Religion herauszustellen und den Gläubigen Wege zu zeigen, wie sie zugleich authentische Muslime und loyale Bürger ihrer Gesellschaften sein können.

Dabei ist es wünschenswert, dass sie ihre Predigten – wie auch von Bundestagspräsident Norbert Lammert am 28. Februar dieses Jahres in der *Welt* gefordert – in deutscher Sprache halten; die Frage der Sprache sollte sich aber am Bedarf orientieren. In solchen Moscheen also, wo die Mehrheit der Betenden kaum Deutsch spricht, ist es sinnvoller, in ihrer Muttersprache zu predigen und aus Transparenzgründen eine deutsche Zusammenfassung der Predigt zu liefern. Entscheidend bleibt aber der Inhalt der Predigt und der von den Imamen vermittelten Positionen, unabhängig von der Sprache der Predigt – die meisten salafistischen Imame in Deutschland predigen in deutscher Sprache. Die Ausbildung der Imame in Deutschland garantiert, dass sie an den Interessen und Bedürfnissen der Muslime in Deutschland orientiert sind, offen bleibt jedoch, wie die Imame besoldet werden sollen. Denn die Mehrheit

der Imame in Deutschland wird zurzeit aus dem Ausland geholt und dann auch aus den entsprechenden Ländern bezahlt. Überlegenswert wäre, islamische Religionslehrer für ein paar Stunden in der Woche als Imame einzusetzen. Als Religionslehrer besitzen sie nicht nur die theologische, sondern auch die pädagogische Expertise, um den Lebensbezug der Religion herzustellen.

In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, dass der Islam keine der Kirche ähnliche Institution kennt. Das heißt, dass auch die Angebote der Imame nur als ihre Auslegungen gelten; letztendlich ist jeder Gläubige selbst dafür verantwortlich, seine eigene Religiosität in die Hand zu nehmen. Das Ziel der Imame sollte es sein, die Gläubigen in diesem Prozess der Bildung der eigenen Religiosität zu unterstützen und sie zu befähigen, religiöse Positionen kritisch zu hinterfragen, um schließlich in der Lage zu sein, zwischen menschenfreundlichen und menschenfeindlichen religiösen Angeboten zu unterscheiden. Es ist keineswegs verwerflich, sich als Gläubiger genau zu informieren, selbst zu recherchieren und die unterschiedlichen Positionen miteinander zu vergleichen. Wichtig ist, die eigene Entscheidung nicht deshalb zu fällen, weil X oder Y dies oder jenes gesagt hat, sondern weil man persönlich von der einen oder anderen Position überzeugt ist. Die individuelle Entscheidung kann nicht an Dritte delegiert werden. Daher sagte der Prophet Mohammed zu einem Mann: „Frag dein Herz, egal, was sie dir an Fatwa mitteilen, egal, was sie dir an Fatwa mitteilen, egal was sie dir an Fatwa mitteilen!“ Die dreimalige Wiederholung ist ein Appell an jeden Menschen, seine Entscheidungen selbst zu treffen und selbst zu verantworten.

MUSLIMISCHE VERBÄNDE IN DEUTSCHLAND – EIN ÜBERBLICK

Im Zuge der 2006 eingerichteten Deutschen Islam Konferenz (DIK) schlossen sich die vier größten Islamverbände in Deutschland, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB), der Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e. V. (IR) und der Verband der Islamischen Kulturzentren e. V. (VIKZ) zum Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) zusammen. Der KRM hat bisher keine Rechtsform und versteht sich als Arbeitsplattform der vier Islamverbände. Nach eigenen Angaben vertritt der KRM über seine Mitgliedsverbände etwa 250.000 Muslime.

Gemeinhin gilt die islamische Verbandslandschaft in Deutschland als fragmentiert. Sie reicht von zahlreichen unabhängigen Moscheevereinen über regionale Zusammenschlüsse bis zu den bundesweit aufgestellten Islamverbänden. Bundesweit gibt es circa 2.350 Moscheegemeinden und alevitische Cem-Häuser. Die vier größten Islamverbände in Deutschland vertreten zusammen maximal zwanzig Prozent der in Deutschland lebenden Muslime. Vorwiegend türkisch geprägt sind die drei größten bundesweit organisierten Verbände. Zu ihnen zählen die bereits erwähnte Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) und der Verein der Islamischen Kulturzentren (VIKZ); hinzu kommt die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e. V. (IGMG). Dabei ordnen sich etwa 45 Prozent der Moscheevereine, die einem Verband angehören, der DITIB zu, 19 Prozent der IGMG und 17 Prozent dem VIKZ. Alle drei Organisationen vertreten einen sunnitischen Islam, allerdings mit unterschiedlichen Ausprägungen.

Die Imame der DITIB-Gemeinden sind in der Türkei ausgebildet. Sie werden vom dortigen Präsidium für Religionsangelegenheiten für einige Jahre nach Deutschland entsandt. Trotz dieser engen Anbindung an eine türkische Regierungsbehörde betont die DITIB, dass ihre konkrete Arbeit in den Moscheevereinen unabhängig sei. Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş wird überall außer in Hamburg vom Verfassungsschutz beobachtet. Trotz des „verbale Bekenntnisses“ zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird ihr angelastet, dass ihre Lehren nach wie vor das Potenzial besitzen, Distanz zur Demokratie zu fördern. Darin liegt der Grund, dass die IGMG für viele Akteure nicht als Partner für Integrationsbelange infrage kommt.

Die Alevitische Gemeinde Deutschland e. V. (AABF) repräsentiert einen Großteil der schätzungsweise 550.000 Aleviten in Deutschland. Aleviten sind auch in der Türkei eine religiöse Minderheit. Dreizehn Prozent der Muslime in Deutschland gehören dieser Glaubensrichtung an, deren Selbstverständnis nicht eindeutig islamisch ist.

Um Ansprechpartner politischer Gremien und Institutionen sein zu können, haben sich islamische Organisationen in der Vergangenheit zu Dachverbänden zusammengeschlossen. So ist Milli Görüş das größte Mitglied des Islamrates für die Bundesrepublik Deutschland e. V. (IR). Der Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD) wird in der Öffentlichkeit stark wahrgenommen, vertritt jedoch nur ein bis zwei Prozent der Muslime. Einige der derzeit 24 Mitgliedsverbände des ZMD stehen der Muslimbruderschaft und somit dem islamistischen Spektrum nahe.

Zusammengestellt von Thomas Volk, Koordinator für Islam und Religionsdialog der Konrad-Adenauer-Stiftung

Quellen:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Islamisches Gemeindeleben in Deutschland, 2012

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Muslimisches Leben in Deutschland, 2009

Wunn, Ina: Muslimische Gruppierungen in Deutschland, Stuttgart 2007

Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2013





53025
53029
كتاب في العتيد
المجلد الثاني
450

Von Österreich lernen?

Über die Genese des neuen Islamgesetzes

SUSANNE KNASMÜLLER

Geboren 1984 in Vöcklabruck (Österreich), Leiterin der Abteilung Integrationskoordination im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres der Republik Österreich.

Der österreichische Nationalrat hat ein neues Islamgesetz verabschiedet. Ein intensiv vorbereitetes und von den islamischen Religionsgesellschaften gestütztes Vorhaben, das eine Errungenschaft im Verhältnis zwischen Staat und Islam darstellt. Ein Erfolg, insbesondere in einer Zeit des Terrors in Europa, in der eine

sachliche Gesetzgebungsdebatte über die Rechtsstellung der islamischen Religionsgesellschaften mit einer polarisierenden Debatte über die Angst vor dem radikalen Islamismus einerseits und der Angst der Muslime vor einem Leben unter Generalverdacht andererseits konkurriert.

Die institutionelle Anerkennung des Islam hat in Österreich eine lange Tradition, auf welcher der Ruf einer europaweiten Vorreiterrolle in der Regelungsstruktur des Verhältnisses zwischen Staat und Muslimen fußt. Das bisherige Islamgesetz¹ entstammte dem Jahr 1912 und entwickelte sich in der Zeit der österreichisch-ungarischen Monarchie als Reaktion auf die zahlreichen muslimischen Gläubigen, die nach der im europäischen Großmächtskonzert vereinbarten Annexion von Bosnien und Herzegowina unter österreichisch-ungarische Herrschaft kamen. Nunmehr – nach über hundertjährigem Bestand des Islamgesetzes – wurde das Streben des institutionalisierten Islam nach Novellierung dieses Gesetzes verwirklicht. Es wurde gestärkt durch Wissenschaft und Praxis sowie das Bedürfnis des Staates, für die über 570.000 Muslime in Österreich Rechtssicherheit in der täglichen Ausübung ihres Glaubens zu schaffen.

RELIGION – NICHT TEIL DES PROBLEMS, SONDERN DER LÖSUNG

Der Entstehungsprozess des neuen Islamgesetzes ist eng verknüpft mit dem Beginn der bundesweiten Integrationsarbeit in Österreich. 2011 wurde ein Staatssekretariat für Integration eingerichtet, das sich die Koordination und Umsetzung einer nationalen Integrationsstrategie zur Aufgabe machte. Dabei wurde der interkulturelle und -religiöse Dialog als inhaltliche Priorität definiert, dem Grundgedanken folgend, dass Religion im Integrationsprozess nicht „Teil des Problems“, sondern als Brückenbauer vielmehr „Teil der Lösung“ sein kann. Der polarisierenden gesellschaftspolitischen Debatte, entstanden durch die Ängste der Mehrheitsbevölkerung vor dem Fremden einerseits und die Unsicherheiten der Muslime über ihre Rolle in der Gesellschaft andererseits, trat man mit einem sachlichen, institutionalisierten Dialog zwischen Staat, Gläubigen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft entgegen. Gemeinsam mit der „Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich“ (IGGIÖ), die bis 2013 die einzig anerkannte islamische Religionsgesellschaft darstellte, wurde kurz nach Amtsantritt des damaligen Staatssekretärs für Integration Sebastian Kurz das Dialogforum Islam geschaffen. An der Schnittstelle zwischen Staat und Religion setzte es sich aus sieben Arbeitsgruppen zu den bedeutendsten Themen zusammen, wie beispielsweise „Islam und Medien“, „Werte- und Gesellschaftsfragen“ oder „Islamismus und Islamfeindlichkeit“. Der gemeinsam mit der IGGIÖ erarbeitete Arbeitsbericht umfasste nachhaltig relevante Empfehlungen, wie die Etablierung eines islamisch-theologischen Studiums, die Einrichtung von Ansprechstellen für radikalisierte Jugendliche oder die Beratung von Gemeinden in Fragen des viel diskutierten Moscheenbaus. Die wohl bedeutendste Empfehlung, die einem

Anliegen der Religionsvertreter folgte, war die Novellierung des Islamgesetzes. Dies machte deutlich, dass seit der Verabschiedung des ersten Islamgesetzes im Jahre 1912 das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgesellschaft sowie das gesamte Grundrechtsverständnis einem Wandel unterworfen waren, weshalb – neben dem Fehlen von gesetzlichen Grundlagen für wesentliche religionsrechtliche Regelungsbereiche – eine Neufassung geboten war. Dieser Notwendigkeit trägt auch das aktuelle Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2014 bis 2018 Rechnung. In weiterer Folge erarbeitete das zuständige Kultusamt² auf Basis der Ergebnisse des Dialogforum Islam den Gesetzesentwurf, wobei der Gesetzwerdungsprozess in regelmäßigem Austausch mit den – zwischenzeitlich nun zwei – anerkannten islamischen Religionsgesellschaften stattfand. Die Islamische Alevitische Glaubensgemeinschaft (ALEVI) wurde 2013 als neue islamische Religionsgesellschaft anerkannt³ und wird daher vom Islamgesetz 2015, dessen Inhalte die ALEVI von Beginn an vollständig mittrug, einbezogen. Die zahlreichen Arbeitstreffen mit muslimischen Vertretern gipfelten in einer mehrstündigen Gesprächsrunde der zuständigen Bundesminister⁴ mit dem Obersten Rat der IGGIÖ, die dem Gesetzesentwurf vor der parlamentarischen Beschlussfassung am 25. Februar 2014 schlussendlich zustimmte. Die mehrjährigen Vorbereitungsarbeiten stehen dem von muslimischen Vereinen außerhalb der Organisationsstruktur der staatlichen Religionsgesellschaften vorgebrachten Vorwurf entgegen, es handle sich um „Anlassgesetzgebung“, ausgelöst durch die Sicherheitsbedrohungen islamistischer Terrorgruppen innerhalb Europas – insbesondere deren Rekrutierungen in Österreich.

KEINE „LEBENDEN SUBVENTIONEN“

Das Gesetz regelt das Verhältnis zwischen dem Staat und den anerkannten islamischen Religionsgesellschaften, die Körperschaften öffentlichen Rechts darstellen. Durch die Verleihung des Öffentlichkeitsrechts erhalten Religionsgesellschaften bestimmte Privilegien, die anderen organisierten Religionsformen nicht zuteil werden, wie beispielsweise die Durchführung eines konfessionellen Religionsunterrichts an Schulen. Diesen Rechten, die durch die staatliche Anerkennung erwachsen, stehen Pflichten gegenüber, wie die Anzeigepflicht bei wichtigen organisatorischen Änderungen oder eine transparente Vereinsstruktur. Innerreligiöse Angelegenheiten werden durch das Gesetz nicht berührt, sondern bleiben im Regelungsbereich der Religionsgesellschaften.

Das Islamgesetz setzt sich aus zwei Teilbereichen zusammen, wobei der erste allgemeine organisatorische Voraussetzungen für Religionsgesellschaften formuliert, wie Erwerb und Versagung der Rechtspersönlichkeit. Der zweite Teil spezifiziert die Rechte und Pflichten beider anerkannten

Religionsgesellschaften. Das Gesetz folgt mit dieser Systematik den Gesetzesvorbildern der evangelischen sowie der griechisch-orthodoxen Kirche und bildet unterschiedliche Konfessionen gemeinsam ab,⁵ wobei es die Möglichkeit der künftigen Aufnahme neuer islamischer Religionsgesellschaften in das Gesetz offenlässt.

Die durch das Islamgesetz 2015 für die Glaubensausübung der Muslime statuierten Rechte sind von besonderer Bedeutung. Beispielsweise schafft das Gesetz erstmals Bestandssicherheit für islamische Friedhöfe und regelt die Seelsorge in staatlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Justizanstalten, wobei Qualitätskriterien für die religiösen Betreuer verankert sind. Islamische Feiertage werden religionsrechtlich geschützt, Nahrungsmittel können nunmehr auch gesetzlich legitimiert nach den jeweiligen Glaubensregeln erzeugt werden. Bezeichnungen, die einen Bezug zu einer Religionsgesellschaft herstellen, dürfen nunmehr mit Genehmigung der Religionsgesellschaft geführt werden – der Name der Religion kann so vor Missbrauch geschützt werden. Auch die Verbreitung der religiösen Lehre sowie die religiöse Betreuung der Gläubigen können jetzt durch die Religionsgesellschaft selbst erfolgen. Von großer Tragweite ist auch die Förderung der Weiterentwicklung eines Islam europäischer oder österreichischer Prägung, insbesondere durch die Etablierung eines islamischen Theologiestudiums. Das Gesetz legt den Aufbau entsprechender Strukturen an der Universität Wien bis 2016 fest – ein bedeutender Meilenstein für den Islam in Österreich insgesamt und insbesondere für das Alevitentum, da für diese Glaubensanhänger europaweit kaum vergleichbare Ausbildungsmöglichkeiten bestehen.

Demgegenüber stehen auch Pflichten der Religionsgesellschaften als Körperschaften öffentlichen Rechts, wie der Grundsatz der Selbsterhaltungsfähigkeit. Der „laufende Betrieb“ einer Religionsgesellschaft muss aus dem Inland finanziert werden. Die Regelung umfasst auch „lebende Subventionen“. So dürfen zum Beispiel Imame, die Bedienstete des türkischen Religionsamtes sind, nicht mehr in Österreich tätig werden. Der österreichische Gesetzgeber verfolgt damit das Ziel, die inländischen Religionsgesellschaften vor Einfluss und Diktat ausländischer Staaten zu schützen.

„POSITIVE GRUNDEINSTELLUNG ZU GESELLSCHAFT UND STAAT“

Neben Rechten und Pflichten werden zudem gesetzliche Klarstellungen vorgenommen, wie das Erfordernis, die religiöse Lehre einschließlich der wesentlichen Glaubensquellen der Behörde in Amtssprache darzulegen. Regelungszweck ist die Möglichkeit der Behörde, neue Religionsgesellschaften, die um Anerkennung ansuchen, von den bereits bestehenden unterscheiden zu können und somit anerkannte religiöse Lehren zu schützen.

Eine letzte Klarstellung, die das Gesetz aufgreift, wird meist als „Vorrang des staatlichen Rechts“ bezeichnet. Lehre, Einrichtungen und Gebräuche dürfen danach nicht im Widerspruch zu den gesetzlichen Regelungen stehen und die Religionsgesellschaft muss eine positive Grundeinstellung gegenüber Gesellschaft und Staat aufweisen. Dieses Erfordernis wurde schon im Islamgesetz von 1912 festgehalten und nunmehr in zeitgemäßer Formulierung in den Gesetzesbestand überführt. Gleichsam verhält es sich mit dem Erfordernis der „positiven Grundeinstellung zu Gesellschaft und Staat“ der Religionsgesellschaften, das nach bereits geltender Rechtslage Voraussetzung für die Zulassung neuer Religionsgesellschaften darstellt.

Nach über einhundert Jahren der Anerkennung des Islam in Österreich und nach fünfzig Jahren Arbeitsmigration sind Muslime ein fester Bestandteil der österreichischen Gesellschaft. Das Islamgesetz 2015 setzt das Zusammenleben auf eine sichere Basis und schafft die Voraussetzungen für die weitere Entwicklung eines Islams europäischer beziehungsweise österreichischer Prägung.

¹ Gesetz vom 15. Juli 1912 betreffend die Anerkennung der Anhänger des Islams als Religionsgesellschaft idF BGBl Nr. 164/1988.

² Das Kultusamt war vormals Teil des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur und wurde mit Änderung des Bundesministeriengesetzes 2014 Teil des Bundesministeriums für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien; vgl. BMG BGBl 76/1986 idF BGBl 11/2014.

³ Verordnung zur Anerkennung der Anhänger der Islamischen Alevitischen Glaubensgemeinschaft als Religionsgesellschaft, BGBl 133/2013.

⁴ Bundesminister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien Dr. Josef Ostermayer und Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz.

⁵ Auch diese umfassen mehrere Glaubensrichtungen in einem Gesetzeswerk: Armenisch-, Syrisch-, Koptisch-Orthodoxes bzw. Helvetisches Bekenntnis und Augsburgs Bekenntnis.

Islamistischer Terror

Vier Beispiele, wie andere Länder betroffen sind

Pakistan: Nach der Kolonialzeit 1947 als unabhängiger „Muslimstaat“ auf dem indischen Subkontinent gegründet, bezeichnet sich das Land offiziell als „Islamische Republik“. Der Islam ist Staatsreligion, und auch historisch gehört die Religion zu den Grundlagen des pakistanischen Selbstverständnisses. Gleichzeitig ist das Land weltweit in besonderer Weise von religiös motivierten Terroranschlägen betroffen. Das Institute for Economics and Peace stuft Pakistan in seinem Terrorismusindex auf Rang drei von 162 untersuchten Ländern ein – nach dem Irak und Afghanistan auf den ersten beiden Plätzen (siehe dazu <http://www.visionofhumanity.org/#page/indexes/terrorism-index/2013/PAK/OVER>). Allein 2014 wurden fast 2.000 terroristische Attacken registriert, denen mehr als 2.000 Menschen zum Opfer fielen.

Einen neuen, schrecklichen Höhepunkt erreichte der Terror mit dem verheerenden Anschlag vom 16. Dezember 2014 im nord-pakistanischen Peshawar, als bei einem Angriff auf eine Schule mehr als 130 Schulkinder getötet wurden. Der nationale Schock erhöhte den Druck auf die Regierung und führte zu einem bis dahin beispiellosen Konsens in der Gesellschaft, wirksame Schritte gegen extremistische Organisationen im Land einzuleiten, die den ideologischen Nährboden für Anschläge bilden und jahrelang vom Staat toleriert worden waren. Im Ergebnis wurde Anfang Januar 2015 ein „National Action Plan“ (NAP) zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet. Er beinhaltet unter anderem die zunächst auf zwei Jahre befristete Einrichtung von Militärgerichten zur raschen Aburteilung von Terrorverdächtigen und die Anwendung der Todesstrafe. Darüber hinaus wurde damit begonnen, die Aktivitäten aller politischen und religiösen Organisationen im Land und deren Finanzierung zu überprüfen. Davon sind erstmals auch die Zehntausende *Madrasas* (Koranschulen) im Land betroffen, die über viele Jahre unbehelligt von jeglicher staatlicher Kontrolle tätig sein konnten.

Bereits im Juni 2014 hat das pakistanische Militär eine groß angelegte Bodenoffensive in Nord-Waziristan gegen die Taliban und andere terroristische Gruppierungen eröffnet. In der Folge musste fast eine Million Zivilisten ihre Heimat verlassen und in Flüchtlingscamps ziehen. Der Wiederaufbau der zerstörten Dörfer und die staatliche Unterstützung der betroffenen Zivilbevölkerung ist eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Befriedung von Nord-Waziristan. Sollte das nicht gelingen, würde das ein zusätzliches Einfallstor für radikale Kräfte bedeuten.

Sowohl die laufende Militäroperation als auch der Aktionsplan zur Terrorbekämpfung zeigen, dass die Regierung von ihrer früheren Absicht einer Verhandlungslösung mit den Taliban gänzlich abgerückt ist. Im März 2014 hatte sie direkte, letztlich aber ergebnislose Gespräche aufgenommen, wobei sich unter anderem das Problem stellte, dass es „die Taliban“ eigentlich nicht gibt und die Regierung nur mit einer Gruppierung, den *Tehrik-e-Taliban* (TTP), verhandelte.

Gerade weil Pakistan vom islamistischen Terror in besonderer Weise betroffen ist und nun enorme Anstrengungen unternimmt, ihn zu bekämpfen, betrachtet man die derzeitige weltweite Häufung religiös motivierter Anschläge mit großer Sorge. So ist

der tödliche Angriff auf die französische Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* in Pakistan sehr wohl zur Kenntnis genommen und auch verurteilt worden. Es wird in sämtlichen offiziellen Stellungnahmen allerdings verdeutlicht, dass Pakistan jegliche Verunglimpfung der islamischen Religion, auch in Form von Cartoons, nicht nur als inakzeptabel betrachtet, sondern dadurch auch eine weitere Stärkung radikaler Kräfte befürchtet: Meinungsfreiheit dürfe nicht dazu genutzt werden, Hass zwischen Religionen zu schüren.

Ronny Heine

Auslandsbüro Islamabad der Konrad-Adenauer-Stiftung

Nigeria: Das bei Weitem bevölkerungsreichste Land Afrikas ist kulturell höchst vielfältig. Allerdings stellen Muslime, die meist im Norden des Landes beheimatet sind, mit rund fünfzig Prozent der Bevölkerung die größte Religionsgruppe dar. Seit der Unabhängigkeit Nigerias 1960 haben Korruption und Ungerechtigkeit unter wechselnden Militärdiktaturen immer wieder islamische Bewegungen herausgefordert und zur Radikalisierung beigetragen.

Auch die Demokratisierung des Landes 1998 hat bisher nicht zu einer Befriedung der innenpolitischen Lage geführt. Vor allem die 2002 gegründete Boko Haram (übersetzt etwa: „Westliche Bildung ist verboten“) sorgte durch brutale Gewaltakte und Entführungen weltweit für Aufsehen. Zwischen 2006 und 2013 gingen insgesamt 469 Anschläge und gewalttätige Übergriffe mit insgesamt 5.861 Toten auf das Konto der Terrororganisation (siehe Pérouse de Montclos, Marc-Antoine: *Nigeria's Interminable Insurgency?*

Adressing the Boko Haram Crisis, Research Paper, Chatham House, Africa Programme, September 2014). Bis Ende 2014 hat sich die Zahl der Getöteten auf mehr als 10.000 erhöht. Die meisten dieser Anschläge ereigneten sich in den nordöstlichen Bundesstaaten Borno, Yobe und Adamawa, den traditionellen Hochburgen der Boko Haram. Ihre Opfer waren größtenteils Muslime.

Der Gründer der *Jamaatu Ahlis-Sunnah Liddaawati Wal Jihad* („Sunnitische Gemeinschaft zur Verbreitung der Lehre des Propheten und des Jihad“), wie die vollständige Bezeichnung von Boko Haram lautet, war der 1970 geborene Ustaz Mohammed Yusuf. Der Schüler saudischer Salafisten setzte sich – anknüpfend an das historische Kalifat von Sokoto, das im 19. Jahrhundert Gebiete weit über den nördlichen Teil des heutigen Nigeria hinaus umfasste – für die Errichtung eines neuen Kalifats ein.

Boko Haram erwuchs aus einer permanenten Konfrontation mit dem Staat, war jedoch nicht von Beginn an gewalttätig.

Armut, Korruption und die verbreitete Unzufriedenheit mit der politischen Führung Nigerias verschafften der Gruppe rasch großen Zulauf. Eine erste Radikalisierung erfuhr die Organisation, nachdem 2009 Mohammed Yusuf außergerichtlich und im Polizeigewahrsam hingerichtet worden war (Pérouse de Montclos, 2014, 11). Attentaten und Bombenangriffen Boko Harams folgte ein verstärkter Einsatz des nigerianischen Militärs. Seither führen auch durch staatliche Sicherheitskräfte verübte Übergriffe und Vergeltungstaten von Boko Haram zu einer immer schnelleren Bewegung der Gewaltspirale. Inzwischen greifen auch Nachbarstaaten Nigerias militärisch ein.

Die soziale Zusammensetzung der Gruppe, ihre Hierarchie, ihre Ziele und Strategien liegen weitgehend im Dunkeln. Genaues ist über Verbindungen zu internationalen Terrornetzwerken kaum bekannt. Ansaru, eine 2011 entstandene radikale Splittergruppe der Boko Haram, gilt als professionelle Terrororganisation mit Verbindungen zu Al Kaida, und Boko Haram hat sich am 7. März 2015 öffentlich zu ISIS bekannt.

Die Gräueltaten der Boko Haram, der beständige Landgewinn und die Vertreibung von Hunderttausenden Menschen aus ihren Dörfern rufen Angst und Wut in den angrenzenden Staaten und ein wachsendes Misstrauen von Christen gegenüber Moslems im gesamten Land hervor. Das wiederum könnte die Präsidenten- und Parlamentswahlen im März 2015 beeinflussen, bei denen sich der Christ Goodluck Jonathan und der Moslem Muhammadu Buhari gegenüberstehen. Es bleibt abzuwarten, wem man eine Lösung des Problems Boko Haram und eine Befriedung der nördlichen Landesteile eher zutraut. Sollten die christlichen Bevölkerungsteile zwischen islamistischen Terrorgruppen und muslimischen Politikern deutlich unterscheiden und letzteren sogar ihr politisches Vertrauen aussprechen, wäre dies – wenn das Vertrauen nicht enttäuscht wird – die größte Niederlage für terroristische islamistische Gruppen in Nigeria.

Hildegard Behrendt-Kigozi

Auslandsbüro Abuja der Konrad-Adenauer-Stiftung

Israel: Die Reaktionen auf die jüngsten Terrorangriffe in Frankreich und Dänemark gehen in zwei Richtungen. Zum einen herrscht eine „Binnensicht“ auf den Terror vor: Man fühlt sich – insbesondere in der politischen Elite – bestätigt: Die Europäer hätten die Gefahren des Islamismus und des Terrorismus unterschätzt. Man habe dort eine fast naive Freude über den Arabischen Frühling empfunden, die aus israelischer Sicht immer auf Illusionen beruhte. Man habe sich zu sicher gefühlt und geglaubt, IS und Al Kaida seien weit entfernt und trieben ihr Unwesen vor allem im Nahen Osten. Jetzt erlebten die Europäer ihr „böses Erwachen“. Verbunden wird damit die Hoffnung, für den Kampf gegen die Terrororganisationen

Hamas und Hisbollah, die mit den Attentätern in Paris und anderswo in eine Reihe gestellt werden, neue Unterstützung und Verständnis mobilisieren zu können.

Zum anderen wächst in Israel verständlicherweise das subjektive Bedrohungsempfinden. Angesichts der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der jüdischen Israelis eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen und viele über Verwandtschaftsbeziehungen in den europäischen Ländern verfügen, ist das Entsetzen nur allzu nachvollziehbar. Dabei stellen Paris und Kopenhagen nur Teile des Gesamtbildes dar. Auch die Tatsache, dass die jüngste Gaza-Operation in vielen europäischen Ländern zu Demonstrationen geführt hat, bei denen Antisemitismus unverhüllt zur Schau getragen wurde, trägt zu wachsender Furcht bei. Dass zudem der Attentäter in Dänemark exakt dem Muster der Terroristen in Paris gefolgt ist, zunächst ein Fanal gegen die freie Meinungsäußerung setzte und dann jüdische Opfer suchte, weckt große Ängste vor einer Serie von Anschlägen dieser Art.

Nicht unkritisch wird in den Medien und der Politik die unverblünte Aufforderung der Regierung Netanjahu an Juden in Europa gesehen, nun nach Israel, als dem einzig sicheren Ort, auszuwandern, an dem Juden frei leben könnten. Das sei widersprüchlich, argumentieren Kritiker, wenn man zugleich darauf hinweise, dass mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Sicherheit der Menschen in Israel geschützt werden müsse, da sie durch Terror massiv bedroht sei.

Schon dieses Beispiel zeigt, wie sich die Sicht auf den internationalen Terror und die Angst vor Antisemitismus zu einer Gleichung zusammenfügen: Ein ohnehin sehr hohes Bedrohungsempfinden der Israelis inmitten asymmetrischer Gefahren wird durch unkalkulierbare, irrational agierende Terrorgruppen, durch zerfallende Staaten, aber auch durch den wachsenden Antisemitismus noch einmal massiv gesteigert – ein begründetes Bedrohungsempfinden, das im postmilitaristischen, postreligiösen und postnationalistischen Deutschland nicht immer genügend verstanden wird. Da dieses Empfinden leider auch dazu beiträgt, dass die Skepsis gegenüber einer Zweistaatenlösung in der israelischen Öffentlichkeit weiter wächst, bleibt es eine wichtige Aufgabe Deutschlands, alles dafür zu tun, dieses Ziel als einzige langfristige Garantie der Sicherheit und Existenz Israels im Bewusstsein zu verankern.

*Michael Borchard
Auslandsbüro Jerusalem der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Jordanien: Die letzten Terroranschläge in Jordanien liegen einige Jahre zurück. Am 9. November 2005 kamen bei fast zeitgleichen Selbstmordattentaten auf drei Hotels in Amman sechzig Menschen ums Leben, 115 weitere wurden verletzt. Eine Attentäterin, eine Irakerin, deren Sprengstoffgürtel nicht gezündet hatte, wurde verhaftet und zum Tode verurteilt. Im Februar dieses Jahres wurde die Frau hingerichtet. Dies geschah, nachdem der abgestürzte jordanische Kampfpilot Muath al-Kasabeh vor laufender Kamera bei lebendigem Leib verbrannt worden war und die Bedrohung durch den islamistischen Terror auf dramatische Weise erneut deutlich wurde. Die aufwühlenden Bilder lösten in der jordanischen Bevölkerung größtenteils heftige Empörung aus. Die Regierung kündigte an, Jordanien werde den IS „mit allem, was wir haben, verfolgen“ (Außenminister Nasser Judeh). Seither haben die jordanischen Streitkräfte ihre Luftschläge ausgeweitet – mittlerweile sollen zwanzig Prozent der Luftangriffe von den Jordanern geflogen werden.

Innerhalb des Landes gelten seit April 2014 neue Anti-Terror-Gesetze. Sie ermöglichen den Behörden, Terrorverdächtige ohne Anklage festzusetzen, und stellen unter anderem die Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, Werbung dafür sowie die Finanzierung und Bewaffnung terroristischer Organisationen unter strenge Strafe. Der Staat reagierte damit auf die zunehmende Anzahl von jordanischen Staatsbürgern, die sich von islamistischen Gruppen wie Dschabhat al-Nusra oder dem IS in Syrien rekrutieren ließen und die bislang wenigstens 2.000 Personen

umfassen. Die Befürchtungen richten sich nun vor allem auf die Rückkehrer – allein im Sommer 2013 sollen es rund 300 gewesen sein; von Dezember 2013 bis April 2014 wurden mehr als 120 ehemalige Kämpfer verhaftet. Kritiker der neuen Gesetze wenden ein, dass diese die politischen Freiheiten massiv einschränken würden. Vor allem die Muslimbruderschaft oder Salafisten beklagen, dass die Regelungen – ähnlich wie in Ägypten – gegen sie verwendet werden könnten. Dass sie selbst den geistigen Nährboden für den Weg in den Terror mit bereiten, blenden sie hingegen aus.

Mancher Beobachter gewinnt den Eindruck, dass die Sicherheitsbehörden mit der aktuellen Lage überfordert seien. Lange Zeit hatte man sich auf die Abwehr der Gefahren aus den Nachbarländern Syrien und Irak konzentriert und dabei die Gefahren aus dem Inneren der jordanischen Gesellschaft übersehen. Als problematisch stellt sich nun heraus, dass die Muslimbruderschaft – auch im westlichen Ausland oft als moderat missverstanden – über Jahrzehnte fast ungestört aktiv sein konnte. Ende der 1980er-Jahre hat sie, zuständig für das Erziehungsministerium, alle schulischen Lehrpläne ihrem Denken angepasst – mit noch unabsehbaren Folgen.

Im Moment unterstützt die jordanische Bevölkerung zu großen Teilen den Rachefeldzug gegen den IS. Die Anhänger des politischen Islam ducken sich einstweilen weg. Doch werden die Islamisten wieder lauter zu vernehmen sein, wenn die Woge der Solidarität mit dem ermordeten Piloten verebbt.

Otmar Oehring
Auslandsbüro Amman der Konrad-Adenauer-Stiftung

Religion, ein Sicherheitsrisiko?

Wie Religions- und Sicherheitsfragen miteinander verbunden sind

FRANZ JOSEF JUNG

Geboren 1949 in Erbach, von 2005 bis 2009 Bundesminister der Verteidigung, seit 2013 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, seit 2014 Beauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Herr Dr. Jung, Sie sind seit Jahresbeginn als stellvertretender Fraktionsvorsitzender nun auch für die Außen- und Sicherheitspolitik zuständig. Sie haben damit die Aufgabe des plötzlich verstorbenen Andreas Schockenhoff übernommen. Was bedeutet es für Sie, seine Nachfolge anzutreten?

Franz Josef Jung: Durch den tragischen Tod von Andreas Schockenhoff hat die Fraktion einen erheblichen Verlust des Menschen und des anerkannten Außen- und Sicherheitspolitikers erlitten.

Mit dem neuen Amt bin ich, wenn Sie so wollen, zurückgekehrt zu meinen bundespolitischen Wurzeln. Gerade im

Thema Außen- und Sicherheitspolitik kann ich auf die Erfahrungen zurückgreifen, die ich als Verteidigungsminister erlangt habe. Es gibt viele persönliche Kontakte, die mir dort heute weiterhelfen.

Sie sind weiterhin Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften. Sicherheits- und Religionsfragen scheinen heute immer mehr miteinander verknüpft zu sein. Ergänzen sich daher Ihre beiden Zuständigkeiten in der Fraktion?

Franz Josef Jung: Das ist natürlich so. Insbesondere was der Einsatz für die Umsetzung der Religionsfreiheit weltweit betrifft, ergänzen sich meine beiden Funktionen als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und als Beauftragter in idealer Weise.

Das Thema Religionsfreiheit steht in der Fraktion oben auf der Agenda – beginnend mit dem Engagement unseres Fraktionsvorsitzenden, Volker Kauder, der auf

seinen Auslandsreisen in den betroffenen Regionen immer wieder auf dieses grundlegende Menschenrecht hinweist. Dort, wo keine Religionsfreiheit herrscht, gibt es auch keine politische Freiheit, und dort werden weitere Menschenrechte verletzt. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass der islamistische Terror des „IS“ sich sowohl gegen Christen als auch gegen Muslime richtet.

Heute gibt es Islamisten, die Terroranschläge verüben und sich dabei auf die Religion berufen. Andere Religionsgruppen, die ihre Religion frei ausüben möchten, fühlen sich aber nach jedem Attentat weniger sicher – so auch Juden in Deutschland. Ist Religion ein Sicherheitsrisiko?

Franz Josef Jung: Ich würde das nicht auf die Religion zurückführen, sondern auf ihren Missbrauch. Was beispielsweise den islamistischen Terror angeht, so gibt es namhafte muslimische Führer, die sich nicht nur in Deutschland, sondern weltweit dagegen aussprechen, wie der Vorsteher der anerkannten ägyptischen Al-Azhar-Universität in Kairo.

Problematisch wird es immer dann, wenn Menschen Gläubige einer bestimmten Religion stigmatisieren und dies zu unmittelbaren Gefahren führt – wie beispielsweise bei den Menschen jüdischen Glaubens oder derzeit bei den Christen und Jesiden im Irak.

Die meisten Religionen – gerade auch das Christentum – sind friedlich und vermitteln Werte, ohne die ein friedliches Zusammenleben nicht denkbar wäre. Auch das Judentum oder der Buddhismus sind friedlich ausgerichtete Religionen. Der Islam als Religion hat aufgrund seiner zahl-

reichen Interpretationsmöglichkeiten in diesem Punkt eine weniger klare Ausrichtung. Hier ist es vor allem an den Muslimen selbst, einen Prozess zu starten, der dem Islam eine eindeutiger Kontur als friedliche Weltreligion gibt und keine extremistischen Auslegungen zulässt.

Dass sich auffällig viele Terrororganisationen auf den Islam berufen, gibt doch Anlass zur Frage, wie viel Islam im islamistischen Terrorismus steckt?

Franz Josef Jung: Ja, natürlich ist richtig, dass sich diese Terrororganisationen auf den Islam berufen. Aber das geschieht ohne wirkliche Grundlage und ist ein eindeutiger Missbrauch und geradezu eine Pervertierung des Islam. Wichtig ist, dass sich Muslime und islamische Verbände weltweit entschieden davon abgrenzen – so, wie es beispielsweise der Großscheich der Al-Aqsa-Moschee an der Universität Kairo getan hat, als er sagte: Muslime müssten einen Islam leben, der sich eindeutig vom Extremismus abgrenzt und sich gegen ihn zur Wehr setzt. Das ist der richtige, aber auch der notwendige Weg: ein „aufgeklärter“ Islam, der klar ersichtlich werden lässt, wie sehr sich extremistische Gruppen zu Unrecht auf die Religion berufen.

Die Ursache des Terrorismus liegt nicht in der Religion. Vielmehr ist es so, dass der Zerfall von staatlichen Strukturen, wie er jetzt leider Gottes beispielsweise in Libyen oder im Jemen zu beobachten ist, ein Umfeld für Terrorismus schafft. Überall dort, wo staatliche Strukturen wegbrechen – und das ist zurzeit vor allem im arabischen Raum und in Nordafrika der Fall –, treibt der islamistische Terrorismus sein Unwesen. Darüber hinaus spielen



© David Heerde, Berlin

mangelhafte soziale und wirtschaftliche Bedingungen eine Rolle, die dann dazu führen, dass junge Menschen sich leicht von den Anführern der Terrorgruppen verführen lassen, die ihnen vermeintliche Sicherheit in klaren hierarchischen Strukturen bieten. Ich habe das etwa in Afghanistan erlebt: Wo Menschen keine Zukunft haben, wo sie im bittersten Elend leben, lassen sich Menschen leichter von Terrororganisationen rekrutieren. Deshalb reicht es auch nicht, den IS allein militärisch zu bekämpfen. Es ist auch notwendig, die sozialen und ökonomischen Bedingungen so zu verbessern, dass die Menschen Perspektiven für ein friedliches Leben gewinnen.

Ist die lange Tradition von Diktaturen in den arabischen Ländern mitverantwortlich dafür, dass der islamistische Terrorismus entstanden ist? Oder ist es umgekehrt richtig, dass Diktaturen dort die einzig mögliche Antwort auf islamistischen Terrorismus sind?

Franz Josef Jung: Die Diskussion zu dieser Frage ist in vollem Gange. Ich glaube nicht, dass die Entstehung des islamistischen Terrors unmittelbar mit den Diktaturen im Nahen Osten zusammenhängt. Die Gründe sind vielmehr in über Jahrzehnte aufgestauten Defiziten an politischer, sozialer und ökonomischer Teilhabe in diesen Ländern zu suchen. Die politische Ordnung blieb ohne Legitimation, der Staat eine Fassade. Die Menschen konnten keine teilhabenden Bürger werden, die ein Interesse am Staat haben, sodass das Heilsversprechen islamistischer Extremisten überhaupt auf fruchtbaren Boden fallen konnte.

Der Terror ist daher primär entstanden aus einer unsäglichen Mischung eines staatlichen und demokratischen Vakuums in den betroffenen Ländern, sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen vor Ort und einem gleichzeitigen Angebot der Terrorvereinigungen, die diese Leerstellen gerade bei jungen Männern geschickt für

sich zu nutzen wissen – auch mittels der sozialen Netze, die hier auch eine gewisse Rolle spielen.

Erst recht kann keine Diktatur die Antwort auf den Terrorismus sein. Die Rückkehr der Militärdiktatur in Ägypten ist jedenfalls nicht die richtige Antwort: Sie schafft nur Scheinstabilität. Wir müssen im Gegenteil deutlich machen, dass Menschenrechte und demokratische Freiheiten überhaupt erst die Grundlagen sind, aus denen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erwachsen, die dem islamistischen Terrorismus mehrheitlich entgegenstehen.

Gerade auch arabische Intellektuelle behaupten, der Westen habe eine Mitschuld daran, dass der islamistische Terrorismus entstanden ist – etwa indem er religiös fanatisierte Kämpfer im Krieg gegen die sowjetische Besatzung in Afghanistan unterstützt habe.

Franz Josef Jung: Man kann den Westen nicht für den islamistischen Terror „verantwortlich“ machen. Wenn Sie sich konkret die Situation des IS anschauen, dann haben die sicherheitspolitischen Herausforderungen, die in der arabischen Welt durch islamistischen Terrorismus entstanden sind, längerfristige strukturelle Ursachen, die ich schon beschrieben habe.

Allerdings ist die Frage berechtigt, ob die internationale Gemeinschaft in Syrien dem Staatszerfall zu lange zugeschaut hat und die entstandene Anarchie von nicht-staatlichen Akteuren wie den IS-Terroristen ausgenutzt werden konnte – oder dass in Libyen nach dem Sturz Gaddafis ein Vakuum zugelassen wurde, in das Milizen und jetzt auch die IS-Terroristen vorstoßen konnten. Diese scheiternden Staaten

haben wie ein Brandbeschleuniger für den Terror des IS gewirkt.

Wobei der Westen schon darüber nachdenken sollte, warum er für diese Gesellschaften oft nicht mehr attraktiv erscheint?

Franz Josef Jung: Darüber müssen wir nicht nachdenken, und ich glaube auch nicht, dass man dem Gerücht aufsitzen sollte, dass die dortigen Gesellschaften unsere Demokratien pauschal ablehnen. Damit bleiben gerade diejenigen ungehört, die in den betroffenen Ländern für mehr Freiheit, Demokratie und letztlich auch Wohlstand kämpfen. Wir sollten angesichts des Terrors gerade nicht in Selbstzweifel verfallen, denn dann erreichen die Extremisten genau ihr Ziel. Wenn die Rahmenbedingungen in einer freiheitlichen Demokratie so sind, dass sowohl im sozialen als auch im ökonomischen Bereich die Dinge in einem vernünftigen Verhältnis stehen, ist der Nährboden für islamistischen Terror gering. Zu derartigen Verhältnissen muss es auch in den vom islamistischen Terror unmittelbar betroffenen Ländern kommen.

Viele muslimisch geprägte Länder sind vom islamistischen Terrorismus existenziell betroffen. Sie haben fast alle den Angriff auf „Charlie Hebdo“ verurteilt und lehnen dennoch „Mohammed-Karikaturen“ ab – nicht zuletzt mit der Begründung, dass diese den Islamisten Auftrieb geben. Halten Sie dieses Argument für nachvollziehbar und stichhaltig?

Franz Josef Jung: Natürlich lehnen viele Muslime die Mohammed-Karikaturen ab.

Auf der anderen Seite machen aber auch Muslime deutlich, dass Satire und Meinungsfreiheit Grundelemente einer freiheitlichen Demokratie sind. Ich finde allerdings – und halte das rückblickend auf die Anschläge von Paris für angebracht –, dass Menschen untereinander auch auf religiöse Gefühle Rücksicht nehmen sollten. Es ist nicht so, dass die Meinungsfreiheit des Artikels 5 im Grundgesetz absolut ist: Sie steht in einem Spannungsverhältnis zu anderen Grundrechten wie der Menschenwürde und der Religionsfreiheit.

Aus arabischen Ländern kommt der Vorschlag, eine UNO-Resolution zu verabschieden, die es untersagt, Religionsstifter zum Gegenstand von Karikaturen zu machen. Im Gegensatz dazu haben die Grünen kürzlich einen internationalen Tag der Karikaturisten gefordert. Welcher der beiden Optionen würden Sie eher zuneigen?

Franz Josef Jung: Zu keiner der beiden! Mein Ansatz ist, dass man sagt: Meinungsfreiheit ist ein elementares und unbedingt zu schützendes Gut in der freiheitlichen Demokratie, und dass man darüber hinaus nicht vergisst, dass die Meinungsfreiheit immer in einem Verhältnis auch zu anderen Grundrechten steht.

Aber wie reagiert man in unseren global vernetzten Zeiten auf die Schwierigkeit, dass Karikaturen, die in Dänemark veröffentlicht werden, die Menschen in Ägypten oder im Iran zutiefst erzürnen? Brauchen wir nicht eine internationale Diskussion über Religions- und Meinungsfreiheit?

Franz Josef Jung: Das hätte nur eine Chance auf Erfolg, wenn das, was beispielsweise bei uns den Grundgesetzkatalog ausmacht, auch in anderen Ländern gelten würde. Bevor also Länder wie Saudi-Arabien UN-Resolutionen anregen, sollte man dort erst einmal damit anfangen, elementare Menschen- und Freiheitsrechte zu beachten.

Kobane und Debalzewe scheinen zu Schicksalsorten zu werden. Was verbindet, was unterscheidet die dortigen Geschehnisse aus geostrategischer, aber auch aus menschenrechtlicher Sicht?

Franz Josef Jung: Kobane war im Begriff, in die Hände von IS-Terroristen zu fallen. Dort haben Massaker an den Bewohnern stattgefunden. Deshalb war es notwendig, militärisch einzugreifen und Kobane von einem solchen Terror zu befreien – etwa durch die Peschmerga und mithilfe von Luftschlägen. Debalzewe ist ein völlig anderes Thema. Es war ein Brennpunkt im Konflikt um die Ostukraine, den die Separatisten als strategisch wichtigen Ort ansehen, an dem entsprechende Kämpfe stattgefunden haben. Ich kann nur hoffen und wünschen, dass der Waffenstillstand jetzt umgesetzt wird, der durch das großartige Engagement unserer Bundeskanzlerin mit Minsk II vereinbart wurde und auch eine UN-Resolution darstellt: Denn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat auf Antrag von Russland einstimmig die vollständige Umsetzung von Minsk II beschlossen. Es ist noch Skepsis angebracht, aber wir sollten uns in jedem Fall weiter engagieren.

Waffenlieferungen sind deswegen kein Thema?

Franz Josef Jung: Ich habe Waffenlieferungen von Anfang an nicht für richtig gehalten, weil ich die große Sorge habe, dass sie eine zusätzlich Eskalation bewirken könnten. Man muss sehen: Russland kann über die Grenze problemlos Waffen nachführen – mit der Konsequenz, dass am Ende die Separatisten mehr davon profitiert hätten als die ukrainischen Soldaten von westlichen Waffenlieferungen. Militärisch ist – da teile ich die Auffassung der Bundeskanzlerin – diese Auseinandersetzung nicht zu gewinnen. Daher muss man alles tun, damit Minsk II jetzt wirklich Realität wird.

Was tut man aber, wenn eine Konfliktpartei auf eine militärische Lösung setzt?

Franz Josef Jung: Jedes Land, jeder Staat muss die Chance haben, verteidigungsfähig zu sein. Deshalb gibt es auch die eine oder andere Überlegung für eine entsprechende Ausbildung und Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte.

Deutschland muss sich wohl international auf unruhigere Zeiten einrichten. Müsste man deshalb nicht darüber nachdenken, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen und die Bevölkerung vielleicht langsam darauf vorzubereiten?

Franz Josef Jung: Es gibt eindeutig eine veränderte Sicherheitslage. In meiner Zeit als Verteidigungsminister debattierten wir über die strategische Partnerschaft mit Russland im NATO-Russland-Rat. Das ging seinerzeit in die richtige Richtung. Jetzt hat sich die Sicherheitslage durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die Situation in der Ostukraine und den

IS-Terror erheblich verändert. Es gibt daher weiterhin die Verantwortung der Bundeswehr, sich für den Frieden zu engagieren, und es gibt den Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, der eine Schutzfunktion der NATO beinhaltet. Das müssen wir beides gewährleisten, dafür braucht man die entsprechenden Ressourcen. Und dafür braucht man aus meiner Sicht eine Erhöhung des Verteidigungsetats.

Was halten Sie von der Idee Jean-Claude Junckers, eine „Europaarmee“ zu schaffen?

Franz Josef Jung: Eine Europaarmee ist ein Fernziel. Zunächst einmal geht es darum, durch eine engere Zusammenarbeit und eine noch weitergehende Verflechtung der Streitkräfte der europäischen Staaten die militärischen Fähigkeiten von NATO und EU zu stärken und damit schlagkräftiger zu werden. Dies tun wir beispielsweise mit dem Aufbau eines gemeinsamen Lufttransport-Kommandos oder einer gemeinsamen Tankerflotte oder durch das Schaffen gemeinsamer Brigaden zwischen europäischen Staaten. Diese ständig zunehmende Integration von europäischen Streitkräften wäre eine Vorstufe für eine europäische Armee. Bei einer Europaarmee müsste dann aber auch geklärt werden, wer über ihren Einsatz entscheidet: die Europäische Kommission oder die Staats- und Regierungschefs beziehungsweise das Europäische Parlament oder die – bisher 28 – nationalen Parlamente.

Franz Josef Jung beantwortete die Fragen von Bernd Löhmann am 17. März 2015.

Rückblicke

Im Erinnern getrennt?

Die Perzeptionen des Weltkriegsendes vor siebzig Jahren

ALEXANDER BRAKEL

Geboren 1976 in Bonn, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Am 8. Mai 2015 wird überall in Europa des siebzigsten Jahrestages des Kriegsendes gedacht. Einen Tag später, am 9. Mai, findet in Moskau die traditionelle Militärparade zum „Tag des Sieges“ statt. Bis auf das unterschiedliche Datum der Feierlichkeiten – es erklärt

sich dadurch, dass die deutsche Kapitulation um 23.01 Uhr in Kraft trat, mithin die Uhren in der sowjetischen Hauptstadt bereits 1.01 Uhr zeigten – scheint der Kontinent im Gedächtnis geeint. Ein genauere Blick dagegen macht die Zerrissenheit der Erinnerung deutlich.

In Moskau, London und Paris feiern die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs ihren militärischen Sieg über das Dritte Reich in der Gewissheit, damit nicht nur militärisch, sondern auch moralisch auf der Seite der Gewinner gestanden zu haben. Angesichts der unbegreiflichen Dimension der Verbrechen des Nationalsozialismus stellt sich anders als beim Gedenken an den Ersten Weltkrieg nicht die Frage nach der Sinnhaftigkeit der eigenen Opfer. Darüber hinaus verblasst neben Auschwitz alles andere, sodass selbst alliierte Schreckenstaten wie die Luftangriffe auf die deutsche Zivilbevölkerung

und die weitgehende Zerstörung ganzer Städte wie Köln, Hamburg oder Dresden als notwendiges Mittel zum Zweck scheinbar gerechtfertigt werden können.

UNIVERSALISIERUNG DER ERINNERUNG

Den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ zu begehen, ist inzwischen auch in Deutschland weitverbreiteter Konsens, selbst wenn diese Interpretation gewiss nicht die Sicht der meisten Zeitgenossen 1945 wiedergeben dürfte. Und das nicht nur, weil ein unbestimmbarer, aber definitiv großer Teil der deutschen Bevölkerung auch nach fünfeinhalbjährigem Krieg Anhänger Hitlers geblieben war. Dem Gefühl der Befreiung standen viele handfeste Fakten entgegen: Millionen deutscher Soldaten befanden sich in Kriegsgefangenschaft, aus der die letzten erst über zehn Jahre später heimkehren sollten, sofern sie bis dahin überlebten. Die Alliierten, die nicht für Deutschlands Freiheit, sondern für die Befreiung Europas von der deutschen Herrschaft gekämpft hatten, hatten eine bedingungslose Kapitulation durchgesetzt. Die Deutschen in Ost und West waren somit dem Willen der Siegermächte vollständig ausgeliefert. Gewalt erschütterte nach wie vor den Alltag, insbesondere in den sowjetisch besetzten Teilen des Landes; nicht zuletzt sexuelle Übergriffe auf Frauen waren an der Tagesordnung. Im Zuge von Flucht und Vertreibung sollten rund zwölf Millionen Deutsche ihre Heimat im ehemaligen Osten des Deutschen Reichs verlieren.

Es kann kaum verwundern, dass sich nur die wenigsten Deutschen 1945 befreit gefühlt haben dürften. Verwunderlich ist eher, dass dies retrospektiv anders ist. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zunächst dürfte die demografische Entwicklung eine Rolle spielen: Nur eine Minderheit der heutigen Deutschen hat klare eigene Erinnerungen an das letzte Jahr des Zweiten Weltkriegs. Dafür haben sie den Erfolg der Nachkriegsgeschichte – in erster Linie natürlich in der Bundesrepublik – vor Augen. Stabilität, Frieden und vor allem das höchste Niveau individuellen Wohlstands in der deutschen Geschichte lassen den 8. Mai 1945 als ersten Schritt in eine helle Zukunft erscheinen, die bald auch unter den Älteren die nostalgische Erinnerung an die „gute alte Zeit“ vor dem Krieg verblassen ließ. Dadurch wirkt rückblickend auch der Verlust, den viele bei Kriegsende empfanden, verkraftbar. Dies gilt umso mehr, als mit der Wiedervereinigung 1990 auch die am stärksten schwelende Wunde der Nachkriegsordnung geschlossen worden ist.

Gleichzeitig setzte sich immer stärker die Einsicht in die Monstrosität der NS-Gewaltverbrechen durch, an vorderster Stelle des Holocausts. Während in den ersten Nachkriegsjahren, wenn nicht -jahrzehnten, noch die eigenen Opfer, das heißt das Leiden der nicht-jüdischen Deutschen, im Vordergrund stand, nehmen nun die Toten der Shoah die zentrale Stelle ein.

Man kann darüber spekulieren, ob dafür neben der intensiven, erst in den 1960er-Jahren wirklich einsetzenden Holocaustforschung nicht auch eine Zeit nötig war, die eigenen Wunden vernarben zu lassen. Auffällig ist aber, dass inzwischen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa und in den USA die Erinnerung an den millionenfachen Judenmord alle anderen Aspekte der Gedächtniskultur überlagert. Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, das Weltkriegsende eher als Befreiung von der Nazi-Barbarei denn als Sieg der Alliierten über Deutschland zu erinnern, ohne dass dieser Aspekt vollständig verschwunden wäre. Bis zu dieser Universalisierung der Erinnerung war es ein langer Weg, auch in den Ländern der Siegermächte. Dass Angela Merkel im vergangenen Jahr an den Feierlichkeiten zum Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie teilnahm, lag nicht nur an der veränderten Haltung auf deutscher Seite. Anders als Präsident François Hollande hatte sein Amtsvorgänger François Mitterand 1984 – zur Fünfzigjahrfeier – gegenüber dem damaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl noch keine entsprechende Einladung ausgesprochen.

SOWJETISCHE BESATZUNG UND MANIPULIERTES GEDENKEN

Die so erreichte Gemeinsamkeit erweist sich jedoch bei einem Blick nach Ost- und Ostmitteleuropa als deutlich weniger universell: Weder wird der 8./9. Mai 1945 pauschal als Befreiung begriffen, noch kommt dem Holocaust eine ähnlich herausgehobene Rolle im kollektiven Gedächtnis zu. Vielmehr stehen die Erinnerung an deutschen und sowjetischen Terror in Konkurrenz zueinander, mitunter drängt letzterer den Massenmord an den Juden sogar in den Hintergrund. Die Ehrung des antisowjetischen Widerstands geht in einigen Fällen sogar so weit, dass Personen als Widerstandskämpfer geehrt werden, die offen mit den Nationalsozialisten kollaboriert haben, selbst wenn diese Kollaboration (etwa im Rahmen einer einheimischen Polizeitruppe) die Beteiligung an Verbrechen mit einschloss.

Die Gründe für diese unterschiedliche Erinnerungskultur sind vielfältig. Auch in Osteuropa brachte der Sieg der Alliierten die Befreiung von der deutschen Besatzung, die dort zudem deutlich grausamer gewesen war als im westlichen Teil des Kontinents. Anders als in Frankreich, Dänemark oder den Niederlanden brachte diese Befreiung in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn oder Estland jedoch keine Freiheit, sondern markierte den Beginn einer neuen totalitären Diktatur. An vielen Orten gingen die Kämpfe weiter, Untergrundorganisationen wie die Waldbrüder im Baltikum oder die Ukrainische Aufstandsarmee (*Ukrajins'ka Povstans'ka Armija, UPA*) kämpften gegen die neuen Besatzer. Insofern brachte das Kriegsende noch nicht einmal Frieden.

Nicht nur gegen diese Widerstandsgruppen gingen die sowjetischen Okkupanten mit aller Macht vor. Sie unterzogen die gesamte Gesellschaft der besetzten Länder einem tief greifenden Umbau, bei dem staatlicher Terror eine zentrale Rolle spielte. Personen, die aufgrund ihrer tatsächlichen Tätigkeit, ihrer politischen Ansichten, aber auch nur aufgrund ihres Berufs oder ihrer sozialen Herkunft als potenzielle „Unruhestifter“ galten, wurden verhaftet, hingerichtet oder in den Osten der UdSSR verschleppt. Allein aus den drei baltischen Staaten wurden knapp 95.000 Menschen in Straflager nach Sibirien deportiert. Deportation und Lagerhaft überlebten viele nicht.

Für Estland, Lettland und Litauen bedeutete der Sieg der Roten Armee nicht nur keine Befreiung und den Verlust der politischen Autonomie, er besiegelte darüber hinaus das Ende der staatlichen Unabhängigkeit. Nachdem die sowjetischen Soldaten die Wehrmacht vertrieben hatten, wurden die drei baltischen Staaten wieder das, was sie bereits in der kurzen Zeit zwischen 1940 und dem Beginn der deutschen Okkupation gewesen waren: sozialistische Sowjetrepubliken im Bestand der UdSSR. Erst 1991, 46 Jahre später, sollten sie ihre Unabhängigkeit wiedererlangen, durchgesetzt gegen die östliche Siegermacht des Zweiten Weltkriegs.

Die sozialistischen Diktaturen im „Ostblock“ schrieben nicht nur die politische Ordnung, sondern auch die Erinnerung vor. Für die Opfer des Stalinismus war kein Platz. Die politischen Funktionäre der Zwischenkriegszeit galten als „bourgeoise Nationalisten“, die antisowjetischen Widerstandskämpfer pauschal als „Faschisten“. Aus der Annexion des Baltikums wurde ein „freiwilliger Beitritt“, die Besetzung Ostpolens galt als „Wiedervereinigung Weißrusslands“ beziehungsweise der Ukraine. Auch der Holocaust wurde totgeschwiegen. Das sowjetische Volk, nicht die Juden sollten am meisten unter den Nationalsozialisten gelitten haben. Im ukrainischen Babij Jar, wo die Deutschen im September 1941 beinahe 34.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder erschossen hatten, stand lange Zeit nicht einmal ein Denkmal. Als 1976 eines errichtet wurde, erinnerte es an die ermordeten „sowjetischen Bürger“; von den Juden kein Wort!

RENAISSANCE DER NATIONALEN ERINNERUNGSKULTUREN

Es verwundert nicht, dass diese Tabus das Ende des Sozialismus nicht überdauerten. Nach 1991 rückten die lange verschwiegenen Verbrechen in den Mittelpunkt der Erinnerung. Dass diese zunächst den nicht-jüdischen Opfern galt, war ebenfalls kaum verwunderlich. Auch in Westeuropa, Deutschland und Österreich war nach dem Krieg viel Zeit vergangen, bevor die Judenvernichtung in den Brennpunkt des kollektiven Gedächtnisses getreten war. Dies wurde paradoxerweise gerade dadurch erleichtert, dass der Holocaust sämtliche anderen Verbrechen und Leiden in den Schatten stellte.

Während Millionen Deutsche von Bombennächten und Vertreibungen, ähnlich viele Polen von der Zerstörung Warschaws oder der Deportation von Verwandten und Freunden in die Sowjetunion berichten konnten, hatten nur wenige Juden die Shoah überlebt, und so konnten nur wenige ihre Erinnerung in das kollektive Gedächtnis der Nachkriegsgesellschaft einbringen. In den post-sozialistischen Staaten wirkte zudem das jahrzehntelange Verschweigen der nationalsozialistischen Judenverfolgung über den Zusammenbruch des Ostblocks hinaus.

Aus der Perspektive des von oben verordneten Schweigens kann auch die mitunter mehr als unkritische Haltung gegenüber denjenigen erklärt werden, die mit den Nationalsozialisten kollaborierten. Wenn, so fragten sich viele Balten, Polen und Ungarn, die Sowjetpropaganda sechzig Jahre lang gelogen hatte über den Hitler-Stalin-Pakt, über die Massaker von Katyn und über den Warschauer Aufstand, ja selbst über die eigenen Verluste (statt zwischen 26 und 37 Millionen wurden offiziell „nur“ sieben Millionen sowjetische Kriegstote genannt), wieso sollten dann ihre Aussagen über Kollaborateure stimmen? Und hatten sich diese Menschen nicht in erster Linie für ein unabhängiges Litauen, Lettland, Estland oder eine unabhängige Ukraine eingesetzt und mithin erstrebenswerte Ziele vertreten?

Eine solche Haltung wirkt in der Tat verstörend, ebenso die häufig zu hörende Gleichsetzung stalinistischer Massenverbrechen mit dem Holocaust. Aber der Weg zu einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur in Ost und West führt nur über die Anerkennung der leidvollen Geschichte der ost- und mitteleuropäischen Staaten in Westeuropa. So ist „Jalta“ in Großbritannien, Frankreich oder selbst in Deutschland kein zentraler Erinnerungsort, sondern lediglich eins von mehreren alliierten Gipfeltreffen im Zweiten Weltkrieg. Für die östlichen Mitgliedsländer der EU versinnbildlicht es dagegen das zentrale Trauma, den – so empfundenen – Verrat der westlichen Großmächte, der sie in den Orbit der Sowjetunion brachte. Und „Teheran“ wird im Westen selten mit dem Beschluss zur polnischen Ostverschiebung assoziiert, der Polen um rund ein Drittel seines Vorkriegsterritoriums brachte und zur Vertreibung von über einer Million Polen aus den westlichen Gebieten der heutigen Staaten Ukraine und Belarus sowie aus Litauen führte.

Im Zentrum dürfte jedoch der Hitler-Stalin-Pakt samt seines geheimen Zusatzprotokolls stehen, in dem Deutschland und die Sowjetunion weite Teile Mittel- und Osteuropas unter sich aufteilten. Während in Westeuropa dieser Vertrag vor allem den letzten Schritt vor Beginn des Zweiten Weltkriegs repräsentiert, stellt er in Polen das Ende der staatlichen Souveränität, in den baltischen Staaten den Verlust der Eigenstaatlichkeit dar. Wie tief sich dieses Datum in das kollektive Gedächtnis eingegraben hat, zeigte sich am 23. August 1989, dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages: Mehr als eine Million Menschen bildeten eine über 600 Kilometer lange Kette von Tallinn über Riga nach Vilnius, um gegen die sowjetische Okkupation und für

die staatliche Unabhängigkeit zu demonstrieren, die sie zwei Jahre später nach blutigen Opfern erhielten. Solange die Westeuropäer diese Seite des Zweiten Weltkriegs nicht zum Bestandteil ihrer eigenen Erinnerungskultur machen, wird auch ihre Forderung an die Ost- und Mitteleuropäer, den Holocaust in den Mittelpunkt ihres kollektiven Gedächtnisses zu stellen, als Besserwisserei der Ahnungslosen abgelehnt werden.

DIE INSTRUMENTALISIERUNG DES ZWEITEN WELTKRIEGS IN RUSSLAND

Dies gilt umso mehr, als auch der östliche Nachbar der neuen EU-Mitgliedsstaaten eine eigene Sicht auf den Zweiten Weltkrieg kultiviert: Für Russland bildet der Sieg über Hitler-Deutschland den wahrscheinlich integralsten Bestandteil der offiziellen Erinnerungskultur. Nicht zufällig! Kein Land hatte größere Verluste zu betrauern als die Sowjetunion (zumindest in absoluten Zahlen, nicht anteilmäßig an der Bevölkerung). In den Jahren 1941 bis 1944 trug die Rote Armee die Hauptlast des Krieges, ohne sie hätten die Alliierten Deutschland erst deutlich später besiegen können, wenn überhaupt. Allerdings ist der Krieg längst schon ein Instrument der politischen Propaganda geworden, das auch gegen das Ausland eingesetzt wird. Bereits die offizielle Bezeichnung „Großer Vaterländischer Krieg“, die nur die Zeit vom deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 bis zur Kapitulation 1945 bezeichnet, dient der Verschleierung. Der sowjetische Anteil am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, die Aufteilung Osteuropas zwischen Hitler und Stalin sowie der sowjetische Angriff auf Finnland 1939 werden verdrängt. Übrig bleibt das Bild eines gerechten Verteidigungskriegs. Bis heute weigert sich die dortige Regierung, anzuerkennen, dass eine Okkupation des Baltikums überhaupt stattgefunden habe. Der Hitler-Stalin-Pakt wird als Notwehrmaßnahme der sowjetischen Seite beschrieben, das geheime Zusatzprotokoll findet selten Erwähnung. Das russische Fernsehen bezeichnet das Verbot sowjetischer Symbole in Litauen als „faschistisch“, die Erinnerung an von der Roten Armee verübte Verbrechen ist verpönt. Aktiv setzt Moskau diese Geschichtspolitik zur Durchsetzung aktueller politischer Ziele ein, am deutlichsten mit der Diskreditierung des „Maidan“ und der frei gewählten ukrainischen Regierung als „faschistisch“. In einer Zeit, in der Moskau überdeutlich demonstriert, dass es zur Durchsetzung seiner Interessen nicht bei Propaganda haltmacht, sollten alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Sicherheitsinteressen der westlichen Nachbarn der Russischen Föderation besonders ernst nehmen. Gleiches gilt für deren Perspektive auf den Zweiten Weltkrieg.

Polnisch-Deutsche Anschauungsnahe

Richard von Weizsäcker in meiner Erinnerung

WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI

Geboren 1922 in Warschau (Polen), wurde im Konzentrationslager Auschwitz interniert, 1941 schwer krank entlassen und nahm 1944 am Warschauer Aufstand teil; der Historiker und Publizist wurde 2007 Staatssekretär und außenpolitischer Berater des damaligen polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk.

In den Jahren des Krieges und der zerstörerischen Besetzung Polens war der tief verwurzelte Hass gegenüber den Deutschen als unbarmherzigen Okkupanten allgemein gegenwärtig. Als zwanzigjähriger Teilnehmer der polnischen Untergrundbewegung, die der Exilregierung in London unterstand, und gleichzeitigem Mitglied einer geheimen katholischen Organisation begegnete ich jedoch Menschen, die sich ernsthaft mit dem

Problem auseinandersetzten, wie man dem Hass vorbeugen kann, der letztlich jenen größeren Schaden bringt, die hassen, als denen, die gehasst werden.

Vor rund fünf Jahren hatte ich am 16. September 2009 anlässlich des 70. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs die Ehre und Freude, an einer öffentlichen Diskussion in Warschau mit dem ehemaligen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland Richard von Weizsäcker teilzunehmen, der erneut nach Polen gereist war. Moderiert wurde das Gespräch von zwei herausragenden politischen Publizisten der deutschen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der polnischen *Gazeta Wyborcza*. Ich selbst war damals

Staatssekretär in der Kanzlei des Ministerpräsidenten und Beauftragter von Donald Tusk für internationale Beziehungen. Mein Gesprächspartner Richard von Weizsäcker und ich kannten uns persönlich aus der Zeit, als er zu Beginn der 1980er-Jahre Regierender Bürgermeister von West-Berlin war, und es verband uns seit Jahren eine weitgehende Anschauungsnähe. Im Verlauf der erwähnten Debatte sagte ich: „Manche Geistliche spielten die positive Rolle der Moderatoren unserer Handlungen. Einige von ihnen lernte ich auch nach dem Krieg kennen. Nach vielen Jahren in kommunistischen Gefängnissen führte mich mein Lebensweg in den Krakauer Kreis um Bischof Karol Wojtyła. Es begannen meine ersten Kontakte mit evangelischen Christen, mit einer ganzen Gruppe aus der DDR. Ich folgte dabei der Überzeugung, dass auf unsere ausgestreckte Hand nur jemand antworten kann, der den Umfang des von den Nazis und von den Kommunisten begangenen Bösen erkannte. Einen anderen Weg sah ich nicht – nur vorwärts. Später kamen das bekannte Memorandum der Evangelischen Kirche und der Brief der polnischen Bischöfe.“

Die Antwort des geschätzten Gastes, die ich hier aus der Erinnerung zitiere, erfolgte auf ähnlicher Wellenlänge: „Die Kirchen bahnten den Weg zur Versöhnung, die Worte ‚Wir vergeben und bitten um Vergebung‘ 1965 spielten dabei eine entscheidende Rolle. Sie bedeuteten eine auch emotionale Neubewertung und waren zugleich ein Akt des besonderen Mutes. Viele Menschen in Deutschland, die Übersiedlung erlitten haben, überlegten, ob der Friedensvertrag zur Rückkehr in die alte Heimat führen kann. Das war eine Illusion, und das Bewusstwerden einer neuen Realität wurde zur Basis der ersten Schritte zur Verständigung mit den Polen. Es war nicht leicht, die deutschen politischen Parteien davon zu überzeugen. Einige Jahre waren noch nötig, bis die Regierung von Willy Brandt den Vertrag mit Warschau aushandelte. Danach kam es auf deutscher Seite zu einem längeren Streit. Erst nach der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki im Jahre 1975 konnte die Überzeugung gewonnen werden, dass wir einander näherkommen können.“

Diese Annäherung wurde mit der Zeit zur erprobten Tatsache, was natürlich einen entscheidenden Einfluss auf persönliche Beziehungen zahlreicher Menschen in beiden Staaten hatte – sowohl politisch engagierter als auch solcher, die in beiden großen christlichen Kirchen aktiv waren und ein Gemeinschaftsgefühl empfanden. Ein letztes Mal war es mir gegeben, Richard von Weizsäcker und seiner Frau bei einem Festempfang zu begegnen, der im Frühling 2012 aus Anlass meines 90. Geburtstages und auf Einladung des Bundespräsidenten Joachim Gauck im Berliner Schloss Bellevue stattfand.

Zu Beginn des Gedenkjahres 2015 hat mich der Abschied von ihm tief berührt. Im Kondolenzschreiben an Marianne Freifrau von Weizsäcker versuchte ich diesen Verlust in Worte zu fassen: „Richard von Weizsäcker wird vielen Menschen – auch in Polen – fehlen. Seine Klugheit, sein Verantwortungsgefühl, einfach seine Größe.“

Plattmachen geht anders

Ein Beitrag zu einem gerechten Urteil über die Treuhand

RICHARD SCHRÖDER

Geboren 1943 in Frohburg (Sachsen), emeritierter Professor am Lehrstuhl für Philosophie und Systematische Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Abgeordneter im Deutschen Bundestag zur Zeit der Wiedervereinigung, Fraktionsvorsitzender der SPD in der letzten Volkskammer der DDR.

Franz Schuster: Thüringens Weg in die soziale Marktwirtschaft. Privatisierung, Sanierung, Aufbau. Mit einem Vorwort von Bernhard Vogel, Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar 2015, 263 Seiten, 19,90 Euro.

Dieses Buch ist durch ein anderes veranlasst. Im Jahre 2012 hat die *Thüringer Allgemeine* eine große Artikelserie zur Treu-

hand in Thüringen veröffentlicht. Leser schilderten ihre Erlebnisse, Journalisten boten Recherchen. Daraus entstand ein Buch: *Treuhand in Thüringen. Wie Thüringen nach der Wende ausverkauft wurde* (Dietmar Grosser, Hanno Müller, Paul-Josef Raue [Hrsg.], *Treuhand in Thüringen. Wie Thüringen nach der Wende ausverkauft wurde*, Essen 2013). Diese Artikelserie hat die Konrad-Adenauer-Stiftung 2013 mit dem „Deutschen Lokaljournalistenpreis“ ausgezeichnet. Das kann man insofern rechtfertigen, als die Thüringer sich ihren Ärger über die Treuhand von der Seele schreiben durften. Man kann aber nicht behaupten, dass aus so viel Betroffenheit eine brauchbare Grundlage für ein gerechtes Urteil über die Arbeit der Treuhand hervorgehen konnte.

Es ist ein Skandal der Einigungsgeschichte, dass bis heute sehr viele den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft nicht der SED und der sozialistischen Planwirtschaft zuschreiben, sondern der Treuhandanstalt. In allen ehemals sozialistischen Ländern gab es diese Zusammenbrüche (wenn auch nicht so plötzlich) – aber ohne das Wirken der Treuhand. Gerhard Schürer, oberster Planungs-Chef der SED, hat doch zusammen mit anderen Spitzenfunktionären den katastrophalen Zustand der DDR-Wirtschaft und der Staatsfinanzen im sogenannten Schürer-Gutachten im Herbst 1989 vertraulich für Egon Krenz beschrieben, wie man im Internet nachlesen kann. Da gab es noch gar keine Treuhand.

Die Tendenz im Untertitel jenes Buches „Ausverkauf“ hat den ehemaligen Thüringer Ministerpräsidenten Bernhard Vogel empört – ganz zu Recht, denn es wird ja damit unterstellt, er habe stumm zugesehen bei dieser Untat. Er hat deshalb die neue Studie angeregt. Franz Schuster war in Vogels Regierung Minister, erst in der Staatskanzlei, dann als Wirtschaftsminister. Auf der Grundlage der ihm zugänglichen Unterlagen (die Treuhandakten sind ja noch nicht zugänglich, aber hoffentlich bald), seiner eigenen Erfahrungen und von Befragungen anderer damaliger Akteure bietet er ein Gesamtbild der Privatisierung in Thüringen.

Es gibt bisher drei Gattungen von Texten zur Treuhand: *erstens* die Erlebnis-texte. Betroffene schildern, wie sie den Zusammenbruch ihres Unternehmens und den Verlust des Arbeitsplatzes erlebt haben. Dafür sind sie auch authentische Zeugen. Aber die Opfer eines Erdbebens wissen über dessen Ursachen zumeist sehr wenig.

Zweitens die Skandaltex-te unter der Überschrift „Pleiten, Pech und Pannen“. Neben den echten Skandalen wiederholen sie bis heute unkritisch Fehler-teile, wie: Aus 600 Milliarden D-Mark Industrie-vermögen der DDR habe die Treuhand 250 Milliarden D-Mark Schulden gemacht, drei Viertel der Arbeitsplätze in der Industrie habe sie vernichtet, neunzig Prozent des Industrievermögens seien an West-deutsche gegangen. Das ist alles nachweislich falsch, wird aber dennoch bis heute wiederholt.

Drittens Texte, die die Treuhand selbst über ihre Arbeit publiziert hat. Das sind gar nicht so wenige, sie werden aber oft unter dem Generalverdacht der Schönfärberei leichtfertig beiseitegeschoben.

Bisher fehlen wissenschaftlich fundierte Arbeiten über die Treuhand, die zugleich allgemein verständlich in die Grundprobleme einführen. Solange die Treuhandakten noch nicht zugänglich sind, kann das Buch von Franz Schuster hier gute Dienste leisten.

Aber ein ehemaliger Minister der Staatskanzlei – steht der nicht auch unter dem Verdacht der Schönfärberei? Eine Krähe hackt der anderen doch kein Auge aus! Zwischen der Treuhand und den Landesregierungen gab es so oft beachtliche Interessenunterschiede, dass von einem damaligen Landesminister jedenfalls keine Hofberichterstattung für die Treuhand erwartet werden kann. Dafür hat er sich zu oft über Treuhandentscheidungen geärgert. Schuster erklärt eine ganze Reihe von Treuhandentscheidungen schlicht für falsch, von denen einige wohl heute noch von Treuhandvertretern verteidigt werden.

Schuster verfährt sozusagen zweiglei-sig. Sein eigentliches Thema ist ja Thüringen, das er in- und auswendig kennt.

Er gibt deshalb über die Privatisierung in den verschiedenen Thüringer Regionen detailreich Auskunft. Er hat aber außerdem die Aufgabe der Umgestaltung der DDR-Wirtschaft im Ganzen, den Auftrag der Treuhand, die Arbeit ihrer – den meisten unbekannt – Nachfolgeorganisation „Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben“ (BvS) und die Bilanz der Treuhand zum Thema gemacht. Und der Inhalt dieser allgemeinen Teile verdient es, im 25. Jahr der Gründung der Treuhand Allgemeingut zu werden. Davon sei hier einiges hervorgehoben.

Zur Art der Privatisierung: Die Treuhand hat die Unternehmen weder versteigert mit der Konsequenz „aus den Augen, aus dem Sinn“, sprich: egal, was der neue Eigentümer damit macht. Noch hat sie die Unternehmen per Anteilscheine an die Blegschaft oder die Bevölkerung verteilt, denn so wäre weder das nötige Kapital noch das neue Knowhow noch das Eigentümerengagement zu beschaffen gewesen und marktwirtschaftliche geschulte Führungskräfte wohl auch nicht. Sie hat vielmehr Käufer gesucht, die die Branche kannten. Sie mussten einen detaillierten Plan vorlegen sowie Arbeitsplätze und Investitionen in verbindlich festgelegtem Umfang vertraglich garantieren, mit vereinbarten Vertragsstrafen. Plattmachen geht anders. Dass es dennoch so massenhaft zu Arbeitslosigkeit kam, lag einerseits daran, dass die Betriebe durchweg überbesetzt waren, was die Arbeitsproduktivität senkte und die Produktionskosten hochtrieb, andererseits daran, dass bei manchen Unternehmen die Umstellung auf weltmarktfähige Produkte nicht gelang. Wenn behauptet wird, dass die Treuhand zwei Drittel der industriellen Arbeitsplätze vernichtet habe, werden weder

diese Arbeitsplatzzusagen der Investoren noch die neuen Arbeitsplätze mitgezählt, die bei der Abwicklung von Unternehmen durch Ausgründungen und Neugründungen entstanden. Schuster beziffert sie auf dreißig Prozent der Arbeitsplätze der liquidierten Unternehmen.

Grundsätzlich bemängelt Schuster, dass die Privatisierung der DDR-Wirtschaft zumeist nur für die Zeit der Treuhandanstalt, also bis 1994, betrachtet wird. Da war aber ein großer Teil der Privatisierungen noch gar nicht vollzogen. Das Wirken der BvS hat sich im Verborgenen vollzogen, nicht weil es geheim gehalten worden wäre, sondern weil sich die Öffentlichkeit nun einmal auf die Treuhand als Buhmann eingeschossen hatte. Zur Arbeit der BvS gehörte übrigens auch das Vertragsmanagement, das heißt, die Kontrolle der privatisierten Betriebe auf Einhaltung der Zusagen. Auf's Ganze sind sie sogar übertroffen worden. Die privatisierten Betriebe haben sich übrigens in der Folgezeit als überdurchschnittlich krisenfest erwiesen. Das Wirken der BvS ist auch deshalb interessant, weil die Kooperation mit den Ländern sich verstärkte und bei den schwer zu privatisierenden Unternehmen nun auch (vorläufige) Sanierungen unvermeidlich waren. Die Idee, die gesamte DDR-Industrie erst zu sanieren und dann schön teuer zu verkaufen, verweist Schuster dagegen zu Recht ins Märchenland, weil keine staatliche Organisation denkbar ist, die das hätte ins Werk setzen oder auch nur beaufsichtigen können. Insofern war der Grundsatz „Sanieren durch Privatisieren“ grundsätzlich richtig, aber es gab es auch gute Gründe für Ausnahmen.

Gescheitertes Gedenken

—

Vor 100 Jahren begann der Genozid an den Armeniern

NORBERT SEITZ

Geboren 1950 in Wiesbaden,
Hörfunkautor beim Deutschlandfunk
und Lehrbeauftragter an der
Humboldt-Universität zu Berlin.

In Europa hat man höchst unterschiedliche Wege eingeschlagen, um sich mit den schlimmen Seiten der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. In Frankreich brauchte man Jahrzehnte, um die Verbrechen unter dem

Vichy-Regime – zum Beispiel die Deportation der jüdischen Bevölkerung – anzuerkennen. In Russland dauerte es fünfzig Jahre, bis sich Präsident Boris Jelzin bei den Polen für die Massaker von Katyn offiziell entschuldigte. In Spanien wählte man nach der Franco-Diktatur den versöhnlichen Weg von Amnestie und Amnesie. In Lateinamerika oder in Südafrika sind sogenannte Wahrheitskommissionen mit der Aufarbeitung der Gewaltexzesse in Militärdiktaturen oder Apartheitsregimen beschäftigt.

Unter den Völkern, die die Erinnerung an die Schattenseiten ihrer Vergangenheit immer noch unter Strafe stellen, ragen die Volksrepublik China, aber auch die Türkei heraus. Im kommunistischen Riesenreich wird das Geschichtsbild nicht nur vom Zentralkomitee dekretiert, sondern es existiert ein drakonisches Gedächtnis- und Erinnerungsverbot gegenüber heiklen Themen wie der opferreichen Kulturrevolution von 1966 oder dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens von 1989. Steht der chinesische Weg für die kommunistische Variante des Umgangs mit Geschichte, so löst die strikte Verweigerungshaltung der Türkei, den Genozid an den Armeniern auch hundert Jahre später nicht gebührend anzuerkennen, noch immer Unverständnis in Europa aus. Der Paragraph 305 des türkischen Strafgesetzbuches ahndete bislang die Anerkennung eines Völkermords an den Armeniern als staatsfeindliche Propaganda.

STOCKENDE AUFKLÄRUNG

„Es war noch keine ‚Industrie‘ wie Auschwitz“, pointiert Lukas Kieser, „wohl aber eine durchorganisierte ‚Manufaktur des Todes‘.“ Am 24. April 1915 begann der Genozid des Osmanischen Reiches an den christlichen Armeniern. Trotz einer langen, friedlichen Koexistenz zwischen beiden Ethnien und Religionen kam es zu systematischen „Umsiedlungen“, Verschleppungen, Deportationen, Todesmärschen von Frauen, Kindern und Greisen aus den armenischen Dörfern Anatoliens.

Bereits 1894 bis 1896 hatte Sultan Abdul Hamid armenische Untertanen zu Tausenden töten lassen. Bis Ende Juli 1915 waren alle armenischen Ansiedlungen im Osten, Südosten und in Zentralanatolien geräumt worden. Ein Jahr danach wurde verkündet, „die armenische Frage“ existiere nicht mehr. Zuvor hatten die armenischen Christen zehn Prozent der Einwohner Anatoliens gestellt. Insgesamt umfasste die armenische Minderheit im Osmanischen Reich 1,8 Millionen Menschen. Nach Gründung der Türkischen Republik waren es nur noch 300.000. Die Opferzahlen schwanken zwischen 800.000 und 1,4 Millionen. Heute leben nur noch 60.000 Armenier in der Türkei, bevorzugt in Istanbul.

Obwohl Frankreich und Großbritannien der Türkei seinerzeit Sanktionen und internationale Tribunale angedroht hatten, kam die Aufklärung der Deportationen und Massentötungen über Jahre nicht voran. Rolf Hosfeld hat in seinem Buch *Operation Nemesis* (2009, 2. Auflage) geschildert, wie von allen zaghaften Impulsen einer Aufarbeitung der Vergangenheit seit der Republikgründung 1922 nichts übrig geblieben ist. Verurteilt und hingerichtet wurden nur ein paar untergeordnete Chargen, die Hauptverantwortlichen konnten sich ins Ausland absetzen oder wurden von Mustafa Kemal Atatürk verschont,

der den Engländern mit Geislerschießungen drohte, falls es zu weiteren Todesurteilen des Kriegesgerichtshofs in Sachen Armenien komme.

FLUCHTSTRATEGIEN: VERDRÄNGEN, VERGESSEN, VERLEUGNEN

Noch nach der heutigen offiziellen Geschichtsschreibung der Türkischen Republik waren die Deportationen kriegswichtig. Umsiedlungen und ethnische Säuberungen seien einer legitimen Notwehr des Landes in existenzieller Gefahr zu Beginn des Ersten Weltkriegs gleichgekommen. Außerdem bezweifelt die Türkei bis zum heutigen Tag die Opferzahl. Die staatsnahe Geschichtsschreibung geht „nur“ von 300.000 Opfern aus. Viele Quellen sind bis heute nicht ausgewertet worden. Wer in der Türkei von einem „Völkermord“ an den Armeniern spricht oder schreibt, dem droht ein Verfahren nach Paragraph 301 des türkischen Strafgesetzbuches wegen „Verächtlichmachung des Türkentums“.

Sibylle Thelen hat in ihrer Untersuchung *Die Armenierfrage in der Türkei* (2010) drei staatliche „Flucht“-Strategien ausgemacht: Erst sei man in das *defensive Verdrängen* geflüchtet, dann in das *voranschreitende Vergessen*, schließlich habe man als Strategie das *offensive Verleugnen* gewählt. Dabei ging die staatlich verordnete Leugnung des Genozids mit einer Tilgung sämtlicher Spuren der armenischen Geschichte einher. An türkischen Schulen wird uminterpretiert oder geschwiegen. Es gebe kein Kapitel, „dessen wir uns schämen, das wir verdrängen, vergessen oder vertuschen müssten“, erklärte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan noch vor zehn Jahren zum 90. Jahrestag des Genozids. Erdoğan lehnt öffentliche Symbolpolitik ohnehin ab. Aussöhnungsarbeit soll nach seinem Willen allein in Archiven und von Historikerkommissionen besorgt werden, also im Verborgenen bleiben.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE VERSUCHE, MONUMENTALES SCHEITERN

Seit dem 90. Jahrestag 2005 hat es einige zivilgesellschaftliche Initiativen in der Türkei gegeben, sich dem Genozid-Komplex zu nähern. Künstler wie Orhan Pamuk, Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 2005, und Elif Shafak drängen darauf, dass die Wunden der Vergangenheit endlich untersucht werden und den staatlichen Stellen das Deutungsmonopol über die Geschichte streitig gemacht wird. „Man hat hier 30.000 Kurden und eine Million Armenier umgebracht. Und fast niemand traut sich, das zu erwähnen. Also mache ich es“, bekannte Pamuk. Unterschriftenlisten („Ich entschuldige mich“) wurden gestartet.

Einen herben Rückschlag erlebten solche Bemühungen, als der türkisch-armenische Schriftsteller Hrant Dink, der für eine neue „Ethik und Empathie“ in der Armenierfrage geworben hatte, am 19. Januar 2007 von einem jungen Fanatiker ermordet wurde, wegen „Herabwürdigung des Türkentums“. Hunderttausende folgten dem Sarg des Ermordeten.

2014 unternahm der Filmemacher Fatih Akin mit seinem preisgekrönten Streifen „The Cut“ einen weiteren Versuch, sich dem tabubehafteten Thema zu nähern: „Wir müssen das aufarbeiten, nicht der Westen.“

Immerhin konnte 2005 ein erster unabhängiger Kongress in der Türkei zur armenischen Frage stattfinden, auch wenn ihn türkische Ultranationalisten zu verhindern suchten. Außerdem wurde der Einsatz einer internationalen Historikerkommission angeregt. Und das erste türkisch-armenische Annäherungssignal fand auf dem Felde der Fußball-Diplomatie statt, als die Türkei und Armenien 2009 in eine WM-Qualifikationsgruppe gelost wurden und die beiden Staatspräsidenten Gül und Sarkissjan bei den friedlich verlaufenden Matches in Eriwan und Bursa zusammentrafen.

2006 schuf der türkische Künstler Mehmet Aksoy im nordostanatolischen Kars sein „Denkmal der Menschlichkeit“. Die dreißig Meter hohe Skulptur zeigt einen Menschen, der in zwei Teile gespalten ist. Erdoğan, damals Ministerpräsident, nannte das steinerne „Denkmal der Menschlichkeit“, das weithin sichtbar in den Himmel ragt, „monströs“ und ordnete seinen Abriss an. Es beschmutze die Würde des türkischen Staates. Stattdessen schlug der türkische Außenminister Egemen Bağış die Errichtung eines „Museums gemeinsamer Schmerzen“ vor. Danach werden die ermordeten Armenier „nur“ als Opfer eines Bürgerkrieges innerhalb des Osmanischen Reiches angesehen, der auch Tausende Türken das Leben gekostet habe. Auch ein geplantes Mahnmal, das neben dem UNO-Gebäude in Genf auf den Armenier-Völkermord hinweisen sollte, führte zu Protesten und Interventionen der türkischen Diplomatie auf allen Ebenen – sie wollte erreichen, dass das Denkmal an eine weniger exponierte Stelle verlegt wird.

UNGÜNSTIGE ZEITEN FÜR EIN ARMENIEN-GEDENKEN

Der Genozid an den Armeniern jährt sich 2015 zum hundertsten Mal. Erst im April 2014 machte die türkische Regierung ein Zugeständnis, als Premierminister Erdoğan die Armenier mit einer offiziellen Beileidsbekundung überraschte. Das türkische Volk teile das Leid der Armenier in Bezug auf das Jahr 1915. Doch auch Türken seien Opfer gewesen. Der armenische Präsident nahm an und attestierte, dass die Türken nicht mehr die Feinde der Armenier seien. Dennoch beharrte Erdoğan auf der türkischen Position, einen geplanten Genozid an den Armeniern habe es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Als die französische Nationalversammlung unlängst ein Gesetz verabschiedete, das

die Leugnung des Genozids an den Armeniern unter Strafe stellt, sprach Erdoğan von einem „Massaker an der Meinungsfreiheit“.

Der Soziologe Claus Leggewie hat in seinem Projekt über eine globale, europäische Erinnerung mehrere Kreise an „transnationalen Erinnerungen“ hervorgehoben, die in ein kollektives europäisches Gedächtnis einfließen müssten. Ausgehend vom Holocaust als „negativem Gründungsmythos“ hätte eine multinationale Erinnerungskultur das Thema Flucht und Vertreibung als gesamteuropäisches Trauma zu begreifen, den Sowjetkommunismus in seiner verbrecherischen Dimension zu erfassen und die europäischen Kolonialismusverbrechen wieder ins Blickfeld zu rücken. Als bislang weißer Fleck in Bezug auf eine ungeschönte Aufarbeitung der Schuldfrage sowie der europäischen Verstrickung darin – insbesondere der deutschen – bleibt das Streitthema Armenien.

Doch die Armenier haben mit ihrem legitimen Gedenkanspruch immer noch schlechte Karten. Denn die grassierende Erinnerungskultur ist massiv in die Kritik geraten, ein wachsendes Unbehagen an Geschichtspolitik ist spürbar, von einer „Gedenkerosion“, ja „Gedenkindustrie“ ist abfällig die Rede. Kritiker verwerfen eine „Sorry-Kultur“, die sie für genauso fragwürdig halten wie den Opferkult und Ruhmeshallen. Außerdem lässt der Vormarsch des Rechtspopulismus in Europa eher einen Boom an demagogischem Geschichtsrevisionismus als eine begrüßenswerte Aufklärungs- und Anerkennungswelle erwarten.

Schon 2010 hat gerade die armenische Gemeinde in Deutschland dieses neuerliche Unbehagen zu spüren bekommen: Sie forderte ein Mahnmal „im Blickfeld des Berliner Reichstages“, „das an die deutsche Mitverantwortung erinnern“ soll. Deutschland habe damals „als engster Verbündeter der Türkei“ dem Töten „tatenlos zugesehen und jede Hilfe verweigert“. Der Historiker Götz Aly verwarf diesen Vorschlag in der *Berliner Zeitung* mit bitterbösem Spott: „Wie wäre es mit je einem Zentralmonument für die ermordeten Indianer, für die von französischen Revolutionären massakrierten Girondisten, für die von Kommunisten liquidierten Kulaken oder für die von Belgiern zu Hunderttausenden hingeschlachteten Kongolesen? Weitere Vorschläge nimmt das NKGMGaZ (Nationales Komitee für das Größte Mordgedenken aller Zeiten) jederzeit entgegen.“ So bekämen wir „die lang ersehnte Massenmord-Promenade rund um den Bundestag“. Im Jahre 100 nach den Ereignissen finden sich hierzulande selbst solche drastischen Kommentare nicht mehr. Beim Genozid an den Armeniern gibt es in Deutschland immer noch einen erheblichen Nachholbedarf an Erinnerungskultur.

Ein klassisches Dilemma

Syriza und die Krise des griechischen Klientelismus

MICHAEL MARTENS

Geboren 1973 in Hamburg, seit 2009
Korrespondent der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“ in Istanbul.

Seit das „Bündnis der radikalen Linken“ Ende Januar die Parlamentswahl in Griechenland gewonnen hat, ist oft versucht worden, die Partei und ihren Vorsitzenden Alexis Tsipras zu deuten. Für was steht

das Bündnis, das nach dem Akronym aus dem Griechischen als „Syriza“ transkribiert wird? Was will Tsipras, der im Alter von vierzig Jahren Regierungschef des am höchsten verschuldeten Staates Europas geworden ist?

Dass Syriza erst im Zuge der Krise von einer oppositionellen Splittergruppe zur stärksten politischen Kraft Griechenlands geworden ist, macht die Beantwortung

dieser Fragen nicht einfacher. Noch im Oktober 2009, bei der letzten Parlamentswahl vor dem offenen Ausbruch der seit langem schwelenden griechischen Überschuldungskrise, hatte Syriza nur 4,6 Prozent der Stimmen erhalten. Im Januar waren es mehr als 36 Prozent. Die Syriza von 2015 hat mit der Syriza von 2009 nicht mehr viel gemein. Die „alte Syriza“ war ein elitärer Debattierclub vornehmlich Athener Linksintellektueller, deren maximalistische Ideen in der Schwerelosigkeit ihres oppositionellen Reservats verhallten. Syriza bestand aus einem Dutzend kleiner Weltanschauungszirkel, die für sich genommen politisch irrelevant und auch als loser Zusammenschluss nur von nebensächlicher Bedeutung waren. Die Partei wäre noch heute nur eine Fußnote des griechischen Parlamentarismus, hätte die Krise Griechenlands politische Landschaft nicht von Grund auf verändert.

Seit dem Zusammenbruch der Militärherrschaft 1974 hatten die konservative Nea Dimokratia und die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) einander beim Regieren abgelöst. Griechenland war ein fest gefügtes Zweiparteiensystem. In den 1970er- und frühen 1980er-Jahren waren die beiden Parteien so populär, dass sich keine dritte Kraft Hoffnung auf eine Regierungsbeteiligung machen konnte. Koalitionen fanden nicht statt. Als die absolute Dominanz von Nea Dimokratia und Pasok Ende der 1980er-Jahre langsam zu schwinden begann, sicherten sich die beiden Volksparteien ihre wechselnde Alleinherrschaft durch eine Änderung des Wahlgesetzes. Zunächst fielen vierzig, dann sogar fünfzig der 300 Parlamentsmandate der jeweils siegreichen Partei per

Gesetz als Bonus zu. Die Bonusklausel sicherte beiden Parteien auch dann noch Alleinregierungen, als die Wahlergebnisse und das gesellschaftliche Klima eigentlich immer unmissverständlicher Koalitionen nahelegten. Die auf absehbare Zeit letzte Wahl, bei der eine Partei mithilfe der fünfzig Bonussitze allein eine Regierung bilden konnte, gewann 2009 die Pasok. Es ist bezeichnend, dass die Pasok 2015 nur noch 4,7 Prozent der Stimmen erhielt, also ziemlich genau das Ergebnis, das die aufstrebende Volkspartei Syriza 2009 erungen hatte. Um das Phänomen Syriza zu begreifen, muss man die Wählerwanderung verstehen, die den Niedergang der einen und den Aufstieg der anderen Partei prägte.

VERHÄNGNISVOLLE ERWARTUNGEN

Obwohl Syriza auch von anderen politischen Kräften sowie im Lager früherer Nichtwähler Anhänger gewinnen konnte, hat sie vor allem der massenhafte Zulauf früherer Pasok-Anhänger groß gemacht – und gerade deren Erwartungen könnten ihr zum Verhängnis werden. Die „neue Syriza“ ist nämlich im Grunde eine revisionistische Partei, kann aber den Revisionismus, den viele Wähler von ihr erwarten, nicht durchsetzen. Im Duden findet sich Revisionismus definiert als „Streben nach Änderung eines bestehenden (völkerrechtlichen) Zustandes oder eines (politischen) Programms“. Das beschreibt exakt den ökonomischen Revisionismus von Syriza und die Erwartungen eines Großteils ihrer

Wähler. Die beiden Memoranden zwischen Griechenland und seinen Geldgebern (von 2010 und 2012) sind von Tsipras, seiner Partei sowie deren Wählern nie als Chance oder Hilfe zur Selbsthilfe verstanden, sondern stets als ein Griechenland von seinen Gläubigern oktroyiertes Instrument systematischer Entrechtung beschrieben worden. Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds wurde zum Feindbild, dem man alle Übel anlastete. In diesem Narrativ hat nicht die Krise zur Troika, sondern die Troika zur Krise geführt.

So wurde die Annullierung der Memoranden zum zentralen politischen Versprechen von Syriza. Schon nach der Parlamentswahl im Mai 2012, als Syriza zweitstärkste Kraft wurde, leitete Tsipras aus diesem ersten Teilerfolg das Recht ab, sich über die Verträge Griechenlands mit den Geldgebern hinwegzusetzen. Durch das Wahlergebnis, so Tsipras, hätten die Griechen „das Memorandum für null und nichtig erklärt und als ihre erste Alternative eine linke Regierung gewählt, die die Kreditvereinbarungen aufkündigen wird“. Im Jahr 2012 war der ökonomische Revisionismus zwar noch nicht mehrheitsfähig, doch der talentierte Populist Tsipras hatte erkannt, welcher Weg ihn an die Macht führen würde – und er verfolgte diesen Weg konsequent.

„MEMORANDEN ODER SYRIZA!“

Im Juli 2013 hielt Syriza ihren bis heute einzigen Parteitag ab. „Glaubt mir“, sagte Tsipras in seiner Rede zum Auftakt des

Kongresses, „das Mandat, das wir erhalten werden, wird respektiert werden – ob sie es mögen oder nicht. Es wird auch von Frau Merkel und Herrn Schäuble respektiert werden.“ Die Rede des Parteichefs gipfelte in der griffigen Losung „Memoranden oder Syriza!“ Der zentrale Satz der „politischen Resolution“, die auf diesem Kongress verabschiedet wurde, lautete: „Wir werden die Memoranden und die Implementierungsgesetze rückgängig machen.“

In seiner Siegesrede nach der gewonnenen Parlamentswahl am 25. Januar bekräftigte Tsipras dieses Versprechen: „Das Urteil des griechischen Volkes, euer Urteil, beendet (...) die Memoranden der Austerität und der Zerstörung! Das Urteil des griechischen Volkes macht die Troika zu einer Sache der Vergangenheit!“ Doch nun steht Tsipras vor einer unlösbaren Aufgabe: Viele seiner Wähler, vor allem jene, die von der Pasok übergelaufen sind, erwarten von ihm eine Annullierung der Memoranden und die Rückkehr zu einer Politik des Klientelismus, dessen sich einst die Pasok (aber auch die Nea Dimokratia) bediente, um ihre Popularität zu sichern. Doch Tsipras kann weder das eine noch das andere liefern: Erstens sehen die anderen Staaten der Eurozone erwartungsgemäß keinen Grund, warum sie Tsipras bei der Finanzierung seiner exzessiven Wahlversprechen unterstützen sollten. Zweitens ist das alte System des Klientelismus, dessen Rückkehr Tsipras versprochen hat (selbstverständlich, ohne es so zu nennen) nicht mehr finanzierbar. Griechenlands Krise ist nämlich im Kern eine Krise seines bisherigen Geschäftsmodells, des Klientelismus.

Es ist ein Geschäftsmodell mit einer wenig ruhmreichen, aber langen Geschichte.

Als die Griechen ab 1822 schrittweise ihre Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich errangen und mit Unterstützung der Großmächte einen eigenen Staat schufen, lebte ein Großteil der griechischen Eliten außerhalb dieses neuen Gemeinwesens. Nach Nafplion wurde Athen zur Hauptstadt, nachdem es im Laufe der Jahrhunderte unter römischer, venezianischer und osmanischer Herrschaft gestanden hatte; bis zur Gründung des neuen Griechenland war das einstige Zentrum zu einer bäuerlich geprägten Kleinstadt vor imposanten antiken Ruinen geschrumpft. Die Zentren der griechischen Geschäftswelt und Intelligenz waren Istanbul (Konstantinopel) und Izmir (Smyrna). Auch in Odessa oder in Alexandria gab es eine große griechische Diaspora, und selbst Thessaloniki, heute die zweitgrößte Stadt Griechenlands und damals wesentlich bedeutender als Athen, lag bis zu den Balkankriegen von 1912/13 außerhalb des neugriechischen Kleinstaates. In diesem Agrarstaat, dessen Verwaltungszentrum erst aufgebaut werden musste, gaben lokale Führer den Ton an. Gegenüber einem schwachen Staat vertraten sie rücksichtslos ihre Partikularinteressen.

DISTANZ ZUM STAAT

Der griechenlanderfahrene Schriftsteller Edmond About schrieb in seinem drei Jahrzehnte nach der griechischen Unabhängigkeit erschienenen Buch *La Grèce contemporaine* über das Staatsverständnis der Griechen: „Dieses abstrakte Gebilde, das man Staat nennt, kennen sie kaum, und lieben tun sie es schon gar nicht.“

Nachdem in der Verfassung von 1864 allen männlichen Bürgern das Wahlrecht zugesichert worden war, wandelte sich unter dem Einfluss des Parlamentarismus zwar das Erscheinungsbild des Klientelismus, als bestimmendes Phänomen aber blieben „Kundenbeziehungen“ zwischen Wählern und Gewählten auf Kosten des Gemeinwohls eine alle folgenden Staatsformen und Verfassungen überlebende Konstante. Nach dem Zusammenbruch der Militärherrschaft und der Verabschiedung der demokratischen Verfassung von 1975 waren es Nea Dimokratia und Pasok, die Posten und Privilegien verteilten. Der Athener Wirtschaftswissenschaftler Panos Kazakos spricht von Umverteilungsallianzen, unter deren Einfluss Griechenland zu einem Staat geworden sei, in dem „pseudoprogressive Ideologien fast jede Forderung von Interessengruppen nach Vergünstigungen“ scheinbar rechtfertigten. „Es entstand eine Anspruchshaltung, die keine ökonomischen Gesetze anerkannte und mit der Zeit auch den privaten Sektor erfasste“, so Kazakos. Die beiden Volksparteien wurden zu den wichtigsten Transmissionsriemen (man könnte auch sagen: Relaisstationen) des griechischen Klientelismus. Der Politologe Andreas Stergiou beschreibt die Auswirkungen dieses Systems für die Wirtschaft folgendermaßen: „Um diese Klienten alimentieren zu können und den aufgeblähten Staatsapparat zu finanzieren, musste die politische Elite neue Finanzierungsquellen erschließen. Der privaten Wirtschaft wurden andauernd neue Steuern auferlegt, wodurch sich im Gegenzug die Tradition des Steuerbetrugs massiv verschärfte. Dies endete in dem merkwürdigen Kräftemessen: Staat gegen Wirtschaft, Wirtschaft gegen Staat.“

VOM KLIENTELISMUS BLEIBT DIE MANGELVERWALTUNG

Solange Griechenland auf sich allein gestellt war, schadete der Klientelismus zwar der Entwicklung des Landes, brachte es aber nicht um. Gefährlich wurde es erst, als das System des Klientelismus nach dem Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft (EG) in die Lage versetzt wurde, gleichsam über seine Verhältnisse zu leben. Als Griechenland 1981 der EG beitrug, betrug die Gesamtverschuldung des Staates nur 28 Prozent der damaligen Jahreswirtschaftsleistung. Durch die Zugehörigkeit zur EG wuchs die Kreditwürdigkeit des Landes, und der damalige Ministerpräsident Andreas Papandreou sowie seine Partei, die Pasok, nutzten diese Entwicklung, um das klientelistische System auf Pump und mit reichlich sprudelnden europäischen Strukturfördermitteln weiter aufzubauen. Der Beitritt zur Eurozone im Jahr 2001 und die nunmehr stark gesenkten Kosten der Kreditaufnahme für den griechischen Staat verstärkten diese Praxis. Der Staat konnte sich so günstig wie nie zuvor in seiner Geschichte verschulden, und von dieser Möglichkeit machte er hemmungslos Gebrauch. Das allein wäre kein Drama gewesen, wäre dieses Geld zur Tilgung teurer Altschulden und zur Modernisierung des Staatsapparates eingesetzt worden. Stattdessen wurde es aber weitgehend für konsumtive Zwecke wie die Erhöhung von Beamtenbezügen oder teure Vorruhestandsregelungen ausgegeben – ganz so, wie es den Forderungen der meisten Wähler der jeweils regierenden Partei ent-

sprach. Der Unterschied dieser jüngsten Phase des griechischen Klientelismus zu früheren Phasen bestand darin, dass nun immer weniger selbst erwirtschaftetes und immer mehr geliehenes Geld umverteilt wurde.

ÄRA ODER EPISODE

Syriza hat mit dem Problem zu kämpfen, dass ein erheblicher Teil der Wähler dieser „neuen Pasok“ nicht nur erwartet, dass Tsipras die Einschnitte der vergangenen Jahre rückgängig macht, sondern auch, dass das alte Umverteilungssystem wieder in Kraft gesetzt wird – auf welche Weise auch immer. Nur werden Regierende in Athen, unabhängig von ihrer politischen Färbung, auf absehbare Zeit kaum etwas zu verteilen haben. Syriza ist eine klientelistische Partei im postklientelistischen Zeitalter, sie muss Mangelverwaltung betreiben und hat wenig zu verschenken. In den kommenden Wochen und Monaten wird das immer deutlicher werden. Dann könnte recht bald abzusehen sein, ob man einmal von einer Ära oder doch nur von einer Episode Tsipras sprechen wird. Um eine Ära zu begründen, müsste Alexis Tsipras jene Reformen angehen, die seine Vorgänger nicht wagten. Das beträfe zum Beispiel die Besteuerung griechischer Reeder und der orthodoxen Kirche, aber auch ein Vorgehen gegen das korrupte Dreieck von Baukonzernen, Medienhäusern und Politik bei der Vergabe öffentlicher Ausschreibungen. Doch angesichts der beschriebenen Erwartungshaltung seiner Wähler gehört derzeit eine Menge

Phantasie zu der Vorstellung, dass einmal von einer „Ära Tsipras“ die Rede sein könnte.

Möglich ist immerhin, dass sich nach einem absehbaren Auseinanderbrechen der Syriza in zwei oder mehrere Teile eine neue Koalition zum Erhalt von Griechenlands Mitgliedschaft in der Eurozone zusammenfindet. Sie bestünde aus dem gemäßigten Flügel von Syriza, der pro-europäischen Partei „To Potami“ („Der Fluss“) sowie möglicherweise auch den beiden Altparteien Nea Dimokratia und Pasok. Das wäre eine seltsame Koalition – aber Griechenland durchlebt auch ungewöhnliche Zeiten.

Immerhin hat Athens Mitgliedschaft in der Eurozone wichtige Befürworter. Nicht zuletzt Bundeskanzlerin Angela Merkel hat wiederholt vor den politischen Risiken eines griechischen Ausscheidens aus der Eurozone gewarnt. Zwar mag die Angst, ein „ausgestoßenes“ Griechenland könne Moskaus Einflussphäre anheimfallen, übertrieben sein. Soll etwa Russland künftig Athens Haushaltsdefizit ausgleichen? Dennoch ist der Gedanke erschreckend, Griechenland könne sich, wie

während der Militärdiktatur, aus der Eurozone und dem Verbund demokratischer Staaten verabschieden. Griechenland wurde 1981 gegen die ausdrücklichen Warnungen der damaligen Kommission, die das Land nicht für beitragsreif hielt, in die EG aufgenommen – aus politischen Erwägungen. Grenzend an die Türkei und drei kommunistische Staaten (Bulgarien, Jugoslawien, Albanien) wollten vor allem Bonn und Paris Griechenland an den Westen binden. Zwar haben sich die Umstände seither geändert, dies aber keineswegs zugunsten jener, die ein Ausscheiden Athens aus der Eurozone für risikolos halten. Die Flüchtlinge auf dem Mittelmeer, die Tendenzen zur Entdemokratisierung in der Türkei, die schwachen Staaten des Balkans, all das spricht dafür, Griechenland in der Eurozone zu halten. Ob das gelingt, hängt freilich von der Regierung in Athen ab. Denn auch eine griechische Mitgliedschaft in der Eurozone bringt politische Kosten mit sich – die einige Regierungen womöglich nicht mehr zu tragen bereit sind, wenn die Regierung Tsipras den Kurs ihrer ersten Wochen beibehält.

Lästern lassen?

Über den langen Schatten des Karikaturenstreits

PETRA BAHR

Geboren 1966 in Lüdenscheid, leitet die Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Bilder können töten. Das zeigen nicht erst die furchtbaren Morde an den Redaktionsmitgliedern des Satiremagazins *Charlie Hebdo* in Paris und die Anschläge in Kopenhagen. Der lange Schatten des Karikaturenstreits liegt seit 2006 über Europa und der ganzen Welt. Mohammed-Karikaturen einer dänischen Zeitung gingen um die Welt und lösten Reaktionen aus, die nicht nur das Leben ihrer Macher, sondern auch das gänzlich unbeteiligter Menschen in Gefahr brachten. In einer Zeit, in der kein Bild verborgen bleibt, ist die digitale Welt zu einem Austragungsort von Bilderkriegen geworden, die in der analo-

gen Welt zu Mord und Totschlag führen. Nonnen eines Ordens in Afrika mussten ebenso sterben wie Menschen, die von Ferne wie Dänen aussahen. Filmemacher, Künstler und Karikaturisten fürchten bereits seit der brutalen Ermordung Theo van Goghs im November 2004 um ihr Leben. Auch die Karikaturisten aus der französischen Hauptstadt wurden seit 2006 bedroht, es gab einen Brandanschlag und in der Folge für die Blattmacher knapp kalkulierte Sicherheitsmaßnahmen. Das Redaktionsschild verschwand von der Hauswand, Polizisten bewachten den Eingang. Leben konnten diese Maßnahmen nicht retten. Erst seitdem Karikaturen über den Islam, insbesondere sarkastische Zeichnungen des Propheten Mohammed, auch in der westlichen Welt zum Lebensrisiko werden, diskutieren wir wieder über

verletzte Gefühle und mögliche Tabus, über strafrechtliche Schutzgüter und über einen schonenden Umgang mit religiösen Empfindlichkeiten.

Lange schienen Kunst- und Meinungsfreiheit einfach zu haben zu sein. Das Grundrecht, das neben der Religionsfreiheit im Fokus der ganzen umkämpften Geschichte moderner westlicher Verfassungen stand, war zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Nur da und dort gab es lokale Revolten kirchlicher Gruppen gegen geschmacklose Theaterstücke oder provokante Titelseiten einschlägiger Satiremagazine. Ein paar einstweilige Verfügungen hier und dort, ein kurzes Aufbrausen von Bischöfen oder Politikern – bisweilen so erwartbar, dass die Provokateure enttäuscht waren, wenn die Empörung ausblieb. Oft genug aber war das kluge Beschweigen eine gute Idee, um den gezielten Tabubruch ins Leere laufen zu lassen. Eine gesamtgesellschaftliche Erschütterung haben diese Debatten in der jüngsten Geschichte der Bundesrepublik nicht ausgelöst. Das Wort „Blasphemie“ war über Jahrzehnte aus dem öffentlichen Wortschatz verschwunden. Es wurde erst in der jüngsten Vergangenheit wieder zu einer theologischen Vokabel.

Jetzt ist der Blasphemie-Vorwurf sogar hochgradig politisiert. Auch in Deutschland wird heftig gestritten – über die Grenzen der Kunst- und der Meinungsfreiheit und über die Reichweite der negativen Religionsfreiheit, über Abschaffung oder Verschärfung von Gesetzen, über die Frage, wie Menschen unterschiedlicher Religionen in einer Welt, in der Bildmedien mächtige Instanzen geworden sind, friedlich miteinander leben können. In dieser Debatte gehen Angst vor Terror, die Entdeckung der bleibend starken Kraft

von Religionen inmitten der Moderne und das Bestreben, Freiheitsrechte zu verteidigen, eine undurchsichtige Melange ein. Deshalb lohnen sich ein paar Klarstellungen.

BILDERVERBOTE IM ISLAM

Im Islam gibt es, wie auch im Christentum, eine lange und konfliktbehaftete Geschichte seines Bilderverbotes. Welche theologische Position zum Bild insgesamt, aber besonders zu künstlerischen oder pädagogischen Bildern im Islam eingenommen wird, hängt nicht nur vom Koran, dem Offenbarungsbuch der Muslime, ab, sondern auch von unterschiedlichen Hadithen der Sunniten und Schiiten, also der Prophetentradition der Worte und Taten, die Mohammed zugeschrieben werden. Bilder als Medien der kultischen Verehrung lehnen die meisten Gelehrten seit frühester Zeit ab. Wer jedoch durch vorwiegend islamisch geprägte Länder reist, merkt schnell, dass daraus kein generelles Bilderverbot folgt, sondern ein pragmatischer Umgang mit Bildermedien. Von der mittelalterlichen Miniaturmalerei über Werbeplakate bis zu Trashfilmen: Das Auge wird mit bunten Bildern geradezu bombardiert. Die große Kunst der islamischen Welt kann auch in europäischen Museen bewundert werden. Die größtmögliche Brutalität der IS-Kämpfer beim Bildersturm auf dieses kulturelle Erbe ist eine Reaktion auf die ikonische Lust dieser bedeutenden Kulturleistungen. In der Volkskunst wurden auch Erzählbilder über das Leben des Propheten seit dem 18. Jahrhundert beliebt. Er wurde als Konterfei abgebildet oder durch den

Schriftzug seines Namens, durch seinen Stammbaum, die Abbildung seines Fußstapfens oder seines Grabes symbolisiert. Experten sprechen von einer „abwesenden Anwesenheit“ des Göttlichen, wie sie auch in der christlichen Kunst bekannt ist.

Auch Karikaturen, die prominente Geistliche oder gar die religiöse Praxis selbst aufs Korn nehmen, gibt es in der islamischen Welt. Oder sollte man sagen: Es gab sie? Die ersten heftigen Auseinandersetzungen über die Darstellung Mohammeds gab es im 20. Jahrhundert über seine Darstellung auf der Kinoleinwand. Es kam zu Massentumulten vor Kinos, die durch radikale Prediger angestachelt waren. Schon dieser Protest war mehr von dem antiwestlichen Kampf gegen Hollywood als von theologischen Bilderfragen getragen.

Der Karikaturenstreit, wie er seit 2006 um die zwölf Mohammed-Karikaturen in der ganzen Welt tobt, hat mit einer strengen Auslegung des Bilderverbotes nichts zu tun.¹ Der Zorn vieler Muslime richtet sich vielmehr auf den beleidigenden Charakter der Karikaturen, nicht auf ihre Bildhaftigkeit. Außerdem kommen die Karikaturen nicht aus der Gemeinschaft der Muslime selbst und werden deshalb als Angriff auf den Islam insgesamt verstanden. Deshalb hat sich auch die theologische Auseinandersetzung über die Bilder innerhalb der islamischen Theologien verschärft. Geistliche der wahhabitischen Glaubensrichtung lehnen jede Art von Bildern ab, auch Kunstwerke und Fotografien. Der bildhafte Märtyrerkult und die bildliche Darstellung von bestialischen Tötungen zeigen, dass der Ikonoklasmus der radikalen Gruppen, besonders der IS-Kämpfer, theologisch nicht stimmig ist. Wenn es der eigenen Kriegsführung nützt,

werden auch Bilderverbote ausgesetzt. Die Auseinandersetzungen um das Bilderverbot sind längst zu einem Symbolkonflikt geworden, in dem diffuse Botschaften von Kränkung und Wut, aber auch von Kulturkampf gegen die vermeintliche Bilderdominanz des Westens Ausdruck finden.

Gleichzeitig kommt in diesem Konflikt aber auch das Unverständnis über den Grad der Säkularisierung in der westlichen Welt zum Ausdruck, die keine religiösen Tabus mehr zu kennen scheint. Dieser Konflikt hat nicht nur eine gewalttätige Seite, der sich in Tumulten oder gar Terrorakten Ausdruck verschafft. Er führt auch zu inneren Zerreißproben bei religiösen Muslimen, die als Zuwanderer plötzlich mit einer Form öffentlicher Religionskritik konfrontiert werden, die sich in der christlich geprägten westlichen Welt über Jahrhunderte entwickelt hat. Diese Entwicklung ist nicht nur das Resultat aufgeklärter Kritik- und Freiheitsliebe von Christen, sondern auch von Abnutzungserscheinungen und Sprachnot, da es immer schwerer fällt, individuelle Grenzen aus Gründen des Glaubens zu kommunizieren und das Verhältnis von Aufklärung und Religion in der Entwicklung des Westens zu beschreiben. Nicht jeder, der darauf verzichtet hat, nach den Anschlägen von Paris mit einem „Je-suis-Charlie“-Sticker durch die Straßen zu laufen, um sich der großen „Gemeinschaft der Abständigen“ anzuschließen, hat deshalb Sympathien für Gewalt und Terror. Manch einer, auch in den Kirchen, fragt sich vielmehr, wie der Kampf für Meinungs- und Kunstfreiheit sich mit einem schonenden Umgang mit den religiösen Bekenntnissen und Befindlichkeiten verträgt. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass

Religionsfreiheit nur noch als Kampf *gegen* Religion verstanden werden könnte. Ein religionsfeindliches Klima entsteht da, wo Religion nur als freiheitsverachtende Ausdrucksgestalt innerhalb der Gesellschaft wahrgenommen wird. Diese Perspektive hat das Satiremagazin aus Paris im Geiste des kämpferischen Laizismus konsequent eingenommen. Wer die Opfer betrauert, muss deshalb nicht ihre Werke verteidigen.

„GOTT IST KEIN GRUNDRECHTSTRÄGER“ – RECHTLICHE PERSPEKTIVEN

Der Staat des Grundgesetzes schützt die Freiheit aller Religionen in gleicher Weise und fördert sie paritätisch. Er hat, anders als in Frankreich, den Laizismus nicht als Zivilreligion eingeführt, sondern unterstellt, dass die religiösen Überzeugungen der Bürger im Allgemeinen gut für das Gemeinwesen sind. Zugleich wehrt er sich gegen Verfassungsfeinde, selbstverständlich auch dann, wenn diese von religiösen Motiven getrieben sind. Auch im Strafrecht gibt es Bestimmungen, die Religionskonflikte einhegen. Manche sind verfassungsrechtlich geboten. Das Verfassungsrecht versteht Grundrechte zugleich als Schutzpflichten des Staates. Der Staat muss sich schützend vor die Rechtsgüter der Religionsfreiheit, der persönlichen Ehre oder körperlichen Unversehrtheit stellen. Jeder hat das Recht, seine Religion oder Weltanschauung ohne Angst um Leib und Leben oder Stigmatisierung zu leben. Um diesen Schutz zu gewähren, kennt das Strafrecht Beleidigungsdelikte und Straftaten gegen die körperliche Integrität. Weit greift zudem der Tatbestand

der Volksverhetzung. Mit Bestrafung hat zu rechnen, wer zu Hass und Gewalt gegen eine religiöse Gruppe aufruft, deren Angehörige böswillig beschimpft, verächtlich macht und so den öffentlichen Frieden gefährdet.

Im internationalen Vergleich geht diese Kriminalisierung in Deutschland recht weit. Im Hintergrund stehen die Schrecken des Nationalsozialismus. Wer welche Zumutungen zu ertragen hat, ist in einer freiheitlichen Gesellschaft allerdings nicht immer leicht zu beantworten. Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit prägen den modernen Verfassungsstaat. Wer einen Glauben ablehnt, kann sich auf die negative Religionsfreiheit berufen. Kein Religionsanhänger kann verlangen, dass sich seine gesamte Umwelt seinen religiösen Vorstellungen unterwerfen muss. Die Glaubensfreiheit schützt weder vor der Begegnung mit anderen Religionen noch vor Kritik an der eigenen Lebensform, weder von innen, etwa durch Theologen, noch von außen. Der säkulare Staat kennt deshalb auch kein klassisches Blasphemieverbot.

Gotteslästerung kann geschmacklos und verletzend sein, aus rechtlicher Sicht ist sie erst einmal Grundrechtsausübung. Schwer vorstellbar, dass ein säkulares Gericht über diese theologische Kategorie entscheidet, die zwischen den Religionen so umstritten ist – und mit der auch im Christentum viel Schindluder getrieben wurde. Umstritten ist deshalb auch der Paragraph 166 Strafgesetzbuch. Ihm zufolge macht sich strafbar, wer öffentlich den Inhalt eines religiösen Bekenntnisses in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Meist wird diese Norm als „Blasphemieparagraf“ verhandelt. Schutzgut ist aber nicht die

Ehre Gottes, sondern, ähnlich wie bei der Volksverhetzung, der öffentliche Friede. Schützt der Staat mit dieser Norm im eigenen Interesse die Religion und ihre „ethosfördernden Wirkungen“, wie es im Juristendeutsch heißt? Dazu genügen letztlich die Instrumente der positiv-staatlichen Religionspflege. Die Strafgerichte sehen im Paragrafen die innere Integration, also den Schutz des Klimas der wechselseitigen Achtung gestärkt. Daraus folgten mittelbar auch Rücksichten auf religiöse Gefühle. Doch ist der Verweis auf „religiöse Gefühle“ eine heikle Sache. Denn was den einen schon kränkt, lässt den anderen nur eine Augenbraue heben. Manchmal sind die Frömmeren sogar die Toleranteren, weil sie noch einen Sinn dafür haben, dass man zwar Menschen, nicht aber Gott beleidigen kann. Verletzte Gefühle haben immer recht. Sie brauchen keine Argumente, sie brauchen nur Erregungspegel.

Was passiert in einer Gesellschaft, in der sich ihre Mitglieder die Verletzung der Gefühle vorwerfen? In den Konflikten um die Karikaturen geht es nicht um individuelle Empfindungen, sondern um Gruppengefühle. Timothy Garton Ash spricht in diesem Zusammenhang von der Gefahr einer „Retribalisierung“ der modernen Gesellschaften. Die Kollektivierung von Gefühlszuständen führt zu einer seltenen Wiederkehr von vormodernen Ehrdiskursen. Kollektive Gefühle lassen sich umstandslos politisieren.² Das hat auch die Pegida-Bewegung gezeigt. Das Verfassungsgericht hat in einer jüngeren Entscheidung zur Volksverhetzung einen anderen Akzent gesetzt. „Öffentlicher Friede“ meine Friedfertigkeit. Es geht um den Schutz des gewaltfreien Miteinanders im Vorfeld konkreter Gefährdungen. Für

einen strafrechtlichen Schutz vor „subjektiver Beunruhigung der Bürger durch die Konfrontation mit provokanten Meinungen“ sei hingegen kein Raum. Greift der Paragraf auch, wenn Anhänger der beschimpften Religion selber den Frieden gefährden? Dann wäre der Staat erpressbar. Man stelle sich vor, Religionsangehörige hätten es in der Hand, mittels Steigerung der Empörung bis hin zur Gewaltbereitschaft ihre Kritiker der strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen. Rechtsstaatlich steht beim „Blasphemieparagrafen“, der keiner ist, ein Symbol im Vordergrund. Das ist aber kein Argument für seine Abschaffung. Man sollte Symbole niemals unterschätzen.

In Deutschland gehört zu dieser Symbolik eine Kultur freiwilliger Selbstverpflichtung, etwa durch Pressekodizes oder Selbstbeschränkungen der Werbeindustrie. Für den schonenden Umgang der Religionen miteinander und im Gegenüber zu kritischen, ja bisweilen verächtlichen Ausdrucksformen der Religionskritik, aber auch der Künste, gilt in Deutschland der Rat, dass man nicht alles machen muss, was man machen darf. Das ist kein Zeichen von Feigheit, sondern von Respekt. Wem nichts heilig ist außer seiner eigenen Freiheit, gehört nämlich nicht zwangsläufig zur Speerspitze der Aufklärung. Jede Religion braucht aber bisweilen die kritische Begleitung von innen und außen. Das ist ein anspruchsvolles Konzept von Freiheit, das als Bildungsprozess der ganzen Gesellschaft aufgegeben bleibt und auch von Muslimen verlangt werden darf.

¹ Silvia Naef, *Bilder und Bilderverbot im Islam*, München 2007

² Petra Bahr: „Ethik der Kultur“, in: Wolfgang Huber et al. (Hrsg.), *Handbuch der evangelischen Ethik*, München 2015, S. 401–450, 432 ff.

Das Pegida-Syndrom

Versuch eines differenzierten Blicks

JOACHIM KLOSE

Geboren 1964 in Eberswalde, war Gründungsdirektor der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen, ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für den Freistaat Sachsen, Leiter des Politischen Bildungsforums Sachsens und Moderator der AG 13. Februar der Stadt Dresden.

In der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit scheint Pegida ein lokales Dresdner Phänomen zu sein. Für internationale Medien¹ handelt es sich dagegen um eine Gruppe, „die die Uhren im modernen Deutschland stoppen will“. Man höre „Parolen, die an die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte erinnern“, weil „der Wutbürger fürchtet, sein Land zu

verlieren“. Wissenschaftliche Institute und Kultureinrichtungen in Dresden fürchten um den Ruf ihrer Stadt. Ganz Deutschland steht vor der Frage, wie es zu verstehen ist, dass bis zu 25.000 Menschen auf die Straße gegangen sind und dabei auch rechten „Rattenfängern“ folgten. Was wird hinter den vielen Sprechblasen und Stereotypen eigentlich zum Ausdruck gebracht?

Die „Patriotische(n) Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ wurden nicht aufgrund der Asyldebatte gegründet. Stein des Anstoßes waren Solidaritätskundgebungen für die in Deutschland verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und deren bewaffneter Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat. Lutz Bachmann, mehrfach mit dem Strafrecht in Konflikt geratener Erfinder von

Pegida, beschrieb es so: „Nach einer Aktion von PKK-Anhängern auf der Prager Straße wollten wir etwas tun. Dort wurden Waffen für die verfassungsfeindliche und verbotene PKK gefordert – da bin ich dagegen. Also gründeten wir eine Facebook-Gruppe.“² Der Begriff der „Islamisierung“ richtet sich nach Darstellung der Namensgeber nicht gegen den Islam, sondern gegen den islamistischen Terror, von dem man befürchtete, dass er nach Deutschland hineingetragen würde.

Die stark in Gang gekommene Asyl- und Flüchtlingsdebatte in Deutschland führte dazu, dass die seit Mitte Oktober organisierten montäglichen „Spaziergänge“ wachsende Resonanz fanden und medial wahrgenommen wurden. So stieg die Teilnehmerzahl nach Polizeiangaben von etwa 350 am 20. Oktober 2014 auf mehr als 25.000 am 12. Januar 2015 an, was die Höchstzahl markierte. Am 17. März 2015 sind es nach Polizeiangaben wiederum 7.700 Demonstranten gewesen.

WER DEMONSTRIERTE MIT PEGIDA?

Drei Studien über die Demonstrationsteilnehmer liegen vor.³ Obwohl ihre Aussagekraft zu Recht infrage gestellt wurde, da die Ergebnisse aufgrund der geringen Auskunftsbereitschaft der Demonstranten nicht als repräsentativ gelten können,⁴ stimmen die Studien in bemerkenswerter Weise miteinander überein. So ergibt sich am Ende ein zumindest charakteristisches Profil der Pegida-Demonstranten. Demnach beträgt das Durchschnittsalter 46 bis 48 Jahre. Circa achtzig Prozent der Demonstranten sind männlich, höher qua-

lifiziert und finanziell besser situiert als der sächsische Durchschnitt. Auch sind sie durchschnittlich stärker politisch engagiert – immerhin 82 Prozent gehen zur Wahl (die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl im September 2014 lag bei 49 Prozent). Religionssoziologisch bilden sie exakt die Verhältnisse im Freistaat Sachsen ab: eine klare Mehrheit besitzt keine Religionszugehörigkeit, 25 Prozent bekennen sich als Christen. Erstaunliche 77 Prozent der Befragten geben nicht den Islam als Grund ihres Engagements an. Der Autor einer der Studien, Werner Patzelt, geht davon aus, dass ein Drittel der Teilnehmer rechtsnational-xenophob eingestellt ist, aber zwei Drittel durchaus die Mitte der Gesellschaft repräsentieren. Die teilnehmenden Hooligans, zu der die Mehrzahl der Demonstranten zunehmend auf Distanz geht,⁵ werden auf 500 bis 800 Personen geschätzt.⁶

Folgendes lässt sich nach meiner Einschätzung sagen: Die Asyldebatte ist eher eine Art Katalysator für eine bisher übersehene, tief empfundene Krisenstimmung. Was Pegida nun deutlich werden lässt, ist eine Verunsicherung, die man vor allem als Heimatverlust beschreiben kann. Sie wurde verursacht durch die demografische Schrumpfung, durch gänzlich veränderte Sehgewohnheiten aufgrund baulich-struktureller Veränderung und den Verlust sinnstiftender Bilder. Hinzu kam ein Gefühl der Ungerechtigkeit: So wird es auch 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution als ungerecht empfunden, dass sich aus der ehemals egalitären Gesellschaft Gewinner und Verlierer herauskristallisiert haben und der Abstand zu den Gewinnern trotz individueller Anstrengungen nicht kleiner, sondern größer wird.

MOTIVE: NEID UND ANGST

Zwei Begriffe sind prägend für das Klima im Umfeld von Pegida: Neid und Angst – Neid gegenüber diesen asymmetrischen Entwicklungen sowie Angst, zu den Verlierern zu gehören und den mühsam erarbeiteten Lebensstandard nicht halten zu können. Hinzu kommen Krisen, die die individuelle Wahrnehmung verändern – wie die Finanzkrise und die internationalen Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten sowie die Zunahme der Kriminalität im grenznahen Raum in Sachsen.

Dresden ist prädestiniert, um dieser Krisenstimmung Anknüpfungspunkte zu bieten: Zwar floss seit 1990 viel öffentliches und privates Geld nach Dresden. Das hat die Schönheit der Stadt wieder zum Tragen gebracht. Allerdings profitieren nicht alle davon: Siebzehn Prozent der Haushalte in den Plattenbauvierteln sind inzwischen aufgrund von Konsumkrediten überschuldet. Die Menschen dort können mit der gesellschaftlichen Entwicklung oft nicht mehr mithalten. Am sächsischen Dialekt wird deutlich, wer heimisch und wer hinzugezogen ist. So wird täglich offenbar, dass die Personen auf der oberen gesellschaftlichen Ebene meist aus den alten Bundesländern stammen. Arme „Wessis“ kommen aber fast gar nicht vor. Dass sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit den Migranten zuwendet, nicht aber den Benachteiligten im Osten Deutschlands, wird als erneute Zurücksetzung empfunden. Dabei erzeugt die Zuwanderung, selbst wenn sie vergleichsweise gering ist, neue Verunsicherung, neuen Neid und neue Ängste. Das geschieht unabhängig davon, ob diese Wahrnehmungen den objektiven Tatsachen entsprechen. Das

Gegenteil ist richtig: Gefühlte Bedrohungen erscheinen größer als reale.

Im Grunde ist Pegida kein wirklich politischer Protest, da ein Diskurs verweigert wird.⁷ So wirken Pegida-Demos eher wie kultische Handlungen, bei denen Unzufriedenheit pauschal, aber gemeinschaftlich zum Ausdruck gebracht wird. Da man sich tabuisiert und in ungerechtfertigter Weise in die nationalsozialistische Ecke gestellt fühlt, entladen sich die Emotionen bei den Demonstrationen umso heftiger.

Durch die seit Jahren immer am 13. Februar, dem Datum der Zerstörung der Stadt 1945, stattfindenden Auseinandersetzungen hat sich die Öffentlichkeit stärker polarisiert als anderenorts. Gewaltbereite Hooligans und Rechtsextreme treffen auf eine vor Gewalt nicht zurückschreckende linke Szene. Im vergangenen Jahr ist es erstmalig gelungen, die Rechtsextremen am 13. Februar aus dem Stadtbild zu verdrängen. Die „AG 13. Februar“, ein runder Tisch in der Stadt Dresden, an dem Vertreter der Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und der jüdischen Gemeinde, Vereine und Verbände teilnehmen, organisierte eine Menschenkette, die den Stadtkern umschloss und zum Ausdruck brachte, dass der Missbrauch dieses Datums durch „Rechte“ nicht hingenommen wird. Der linksextreme Flügel aber, der sich nicht auf Gewaltfreiheit und Rechtsstaatlichkeit einigen kann und sich im Aktionsbündnis „Dresden nazifrei“ sammelt, wirft diesem bürgerschaftlichen Engagement vor, untätig und vor allem unwirksam zu sein. Dieses Aktionsbündnis sieht sich selbst als Retter der Stadt.

Als die Pegida-Demonstrationen im Oktober 2014 starteten, fanden sie zunächst relativ unbeobachtet von Medien und Öffentlichkeit statt. Einzig die linke

Szene organisierte Gegendemonstrationen mit Plakatparolen wie „Gegen Rassismus“, „Gegen Fremdenfeindlichkeit“ und „Gegen Heimat“. Eine erste Zuspitzung erfolgte am 15. November 2014, als die „Besorgten Eltern“, eine Initiative gegen die Lehrplanänderungen beim Sexualkundeunterricht in Baden-Württemberg,⁸ eine Veranstaltung auf dem Theaterplatz anmeldeten und den Rechtspopulisten Jürgen Elsässer auftreten ließen, der zugleich die Brücke zu den Montagsdemonstrationen von Pegida schlug.⁹ Oberbürgermeisterin Helma Orosz bat im Vorfeld dieser Veranstaltung darum, dass sich die „AG 13. Februar“ des Themas Zuwanderung und Migration annehme, auf rechte Provokationen reagiere und Pegida im Blick behalte. So unterstützte die AG den Aufruf zur Gegendemonstration, informierte die Presse über Pegida und half, den Sternmarsch am 9. Dezember 2014 zu organisieren. Dieser war das erste sichtbare Zeichen, das von einer breiten Bürgerschaft getragen wurde und für einen bürgerschaftlichen Konsens gegen Pegida steht. An diesem Tag sahen sich 9.000 Bürger 10.000 Pegida-Demonstranten gegenüber.¹⁰ Als aber auf der Seite der Pegida-Gegner ein Vertreter von „Dresden nazifrei“ zuerst das Wort ergriff und den Anspruch erhob, dass dieses Bündnis die Gegenveranstaltung organisiert habe, war es mit dem Konsens wieder vorbei. Von den folgenden Montagsdemonstrationen hat sich die Bürgergesellschaft wieder zurückgezogen und den Extremen die Straße überlassen. Das Aktionsbündnis „Dresden für alle“, welches sich im Anschluss formierte, blieb ein Deckmantel für linke Aktivitäten, die die Mitte der Gesellschaft nicht erreichen und nicht integrativ wirken.

STIGMATISIERUNG VON GESPRÄCHSANGEBOTEN

So kritisiert das Bündnis Initiativen, die einen Dialog mit Pegida-Demonstranten versuchen wollen. Ein montäglicher Kehr aus, bei welchem mit Besen und Warnweste der „Pegida-Dreck“ symbolisch weggekehrt wird, markiert das Gegenteil von Dialogbereitschaft.¹¹ Alle vorsichtigen Gesprächsversuche mit Pegida-Befürwortern, wie sie etwa vom Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung angestrengt werden, oder analytische Ansätze, die das Phänomen zu verstehen versuchen, wie sie der Politikwissenschaftler Werner Patzelt vornimmt, werden beispielsweise mit anonymen Flugblättern¹² diskreditiert.

Dialog in einem solchen gesellschaftlichen Kontext ist schwierig. Nachdem die Pegida-Demonstrationen nach Weihnachten wieder eingesetzt hatten und der Konflikt um den 70. Jahrestag der Zerstörung der Stadt drohte, organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung zwei Veranstaltungsreihen: „Pegida ausbuchstabieren“¹³ und „Pegida hinterfragen“¹⁴. Zu den Abenden der ersten Sequenz kamen jeweils mehr als 500 Personen, um miteinander in offener und fairer Weise zu diskutieren.¹⁵ Es zeigte sich, dass die Mitte der Gesellschaft anwesend war und durchaus dialogfähig ist: Die Hälfte des Publikums entsprach dem gewohnten Bild einer abendlichen Bildungsveranstaltung, ein Drittel waren bekennende Pegida-Demonstranten und etwa ein Sechstel konnte dem linken Spektrum zugeordnet werden.

Das Ergebnis ist: Die Teilnehmer der Pegida-Demonstrationen fühlen sich mehrheitlich dem bürgerlichen Lager zugehörig,

aber nicht mehr von der Politik repräsentiert. Das hat die CDU in Sachsen erkannt und bietet Dialogforen an, um neue Brücken zu diesen Bürgern zu bauen.¹⁶ Dass dieser Dialog und die intensive sowie kritische Auseinandersetzung mit Pegida hilfreich sind, zeigt die Entwicklung: Pegida teilte sich in einen radikalen und einen politikinteressierten Flügel.¹⁷ Das wird zur Folge haben, dass die Bewegung entweder zerläuft oder sich radikalisiert. Sollte der radikale Flügel die Oberhand gewinnen, muss er mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Die Teilnehmer aus der bürgerlichen Mitte werden sich dann schämen, einst unter dem Label „Pegida“ mit auf die Straße gegangen zu sein. Sie sollten vor allem darin bestärkt werden, weiterhin der von rechts und links propagierten Logik von Gewalt und Gegengewalt zu entrinnen. Dieser Logik müssen starke Bilder entgegengestellt werden. Die Menschenkette am 13. Februar ist ein geeignetes Mittel dazu. Positiv ist jedoch, dass nun in allen gesellschaftlichen Bereichen wieder über Politik geredet wird. Aufgabe ist es nun, dieses Interesse für die politische Gestaltung zu nutzen.

Während die Fragen der Asylproblematik durch Transparenz der Zuwanderungsregeln, integrative Ansätze und klare Positionierung politisch zu lösen wären, sind die Themen des Verlustes von Sicherheit und Geborgenheit innerhalb der Bevölkerung langfristige Aufgaben. Sie sind eine Herausforderung für alle gesellschaftlichen Träger und haben zu tun mit Annahme, Beheimatung und Zukunftsfreude.

¹ Sächsische Zeitung, 7. Januar 2015, S. 4: Wie die Welt Pegida sieht. Ausländische Medien berichten über die Demokratie in Dresden – nicht nur besorgt und kritisch.

² <http://www.bild.de/regional/dresden/demonstrationen/pegida-erfinder-im-interview-38780422.bild.html>.

³ http://tu-dresden.de/aktuelles/newsarchiv/2015/1/pegida_pk, http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida, https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/Aktuelles/Pegida/Pegida-Report_Berlin_2015.pdf.

⁴ http://www.mdr.de/fakt/fakt_pegida_studie_kritik100.html, <http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/Harte-Kritik-an-Pegida-Studie-der-TU-Dresden-3529812757>.

⁵ FAZ, 30. Januar 2015, Stefan Locke: „Nichts mehr mit Gida – Die Dresdner Bewegung bricht im Streit auseinander“.

⁶ <http://www.spiegel.de/sport/fussball/pegida-in-dresden-fussball-hooligans-sind-bei-demos-dabei-a-1012700.html>.

⁷ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18. Januar 2014, Byung-Chul Han: „Zuhören! Pegida ist kein politischer Protest, sondern ein Angstsymptom“.

⁸ <https://www.youtube.com/watch?v=OjRiz3WKT64>.

⁹ <https://www.youtube.com/watch?v=Gnt3dHm59ss>.

¹⁰ <http://www.dw.de/dresden-pro-und-contra-pegida/av-18117757>.

¹¹ http://www.deutschlandradiokultur.de/kuenstler-protest-in-dresden-mit-besen-und-weste-gegen-pegida.1008.de.html?dram:article_id=307819.

¹² <https://www.addn.me/uploads/2015/01/Kritik-an-Patzelts-Pegida-Analyse.pdf>.

¹³ http://www.kas.de/wf/doc/kas_14829-1442-1-30.pdf?150108152531.

¹⁴ http://www.kas.de/wf/doc/kas_14925-1442-1-30.pdf?150123122322.

¹⁵ <http://www.kas.de/sachsen/de/publications/40118>, <http://www.kas.de/sachsen/de/publications/40125>, <http://www.kas.de/sachsen/de/publications/40136/>.

¹⁶ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/pegida-forum-diskussion-landesregierung>.

¹⁷ http://www.deutschlandfunk.de/nach-pegida-spaltung-wir-sind-uns-viel-zu-sicher.858.de.html?dram:article_id=310300.

Libellen und andere Erinnerungsträger

Oder der Versuch, Marica Bodrožić vorzustellen

RÜDIGER GÖRNER

Geboren 1957 in Rottweil, Professor für Neuere deutsche Literatur am Queen Mary College, University of London, und dortiger Direktor des „Centre for Anglo-German Cultural Relations“.

Vor Jahren erwähnte eine armenische Kollegin einmal, sie habe bei ihrer Arbeit stets den Berg Ararat vor ihrem inneren Auge gesehen. Dieser Tage hatte ich einen erfreulichen Anlass, Aufzeichnungen von Marica Bodrožić zu lesen: „Ich sah mir [als Kind] Stunde um Stunde die Veränderungen am Himmel an, beobachtete

die Wolken, die sich um den Gipfel des Biokovo sammelten, eines mächtigen Abschnitts des Dinarischen Gebirges, welches zu meinen stärksten inneren Bildern zählt.“ Es gibt sie, Wahrnehmungsverwandtschaften, Stoffe, die bereits Literatur sind, bevor wir im eigentlichen Sinne mit dem Schreiben begonnen haben. Bodrožić spricht vom „Blick hinter dem Blick“, der allem Sehen zugrunde liege.

Wie jemanden vorstellen, dem man selbst persönlich noch nie begegnet ist, aber den man – was wichtiger sein kann – durch das, was er geschrieben hat, kennenzulernen glaubt? Entstehen aus den Sätzen, den bevorzugten Worten des Autors Vorstellungen über ihn, über sie, die dalmatische, in Berlin



© Paul Müller, Wiesbaden

wohnhafte, bekennende Europäerin Marica Bodrožić? Oder wäre dies der Name einer Selbsterfindung? Oder lieferten ihre Bücher Zwischenergebnisse in der Selbstfindung dieser bedeutenden Autorin?

Wie stelle ich sie mir vor, diese Autorin, damit ich sie anderen vorstellen kann? Viertausend Zeichen mit Leerstellen stehen dafür hier zur Verfügung – und jedes vorsichtige Wort dieses Annäherungsversuches kostet wertvolle Zeichen, jeder Gedankenstrich will angesichts der Umfangsvorgabe sorgfältig erwogen sein. Auch die Leerstellen zählen dabei, fürwahr; denn im Leben haben diese ebenso ihr Gewicht wie die erfüllten Augenblicke, von denen die Texte Marica Bodrožićs selbst dann zeugen, wenn sie von Leid handeln – und seiner Verwandlung.

WAS ZU ENTSTEHEN HAT, ENTSTEHT ...

Der unerbittliche, unbestechliche digitale Wortzähler behauptet, es sei bereits weit über ein Viertel der mir zugemessenen Zeichen aufgebraucht, und dabei habe ich über Marica Bodrožić noch nichts gesagt, nichts über ihr Geburtsdatum, ihre Herkunft, ihr Schaffen, das schon jetzt einen unvergänglichen Beitrag zur deutschsprachigen Literatur darstellt.

Das lässt sich nachholen, auch wenn mit solchen Angaben ein Leben nicht einzuholen ist: Geboren wurde die Autorin im dörflichen Svib, im südlichen Kroatien; die Örtlichkeit mit weit unter tausend Seelen gehört zur

Region Split-Dalmatien, einer kroatischen Verwaltungseinheit, die gemäß einem aus der mittelalterlichen Ständezeit stammendem Begriff eine Gespannschaft genannt wird. Der Name Bodrožić wird dort unter den fünf häufigsten aufgeführt. Nach eigener Auskunft – sie gab sie im Rahmen einer jüngst (2015) gehaltenen Poetik-Vorlesung in Wiesbaden – wuchs die Autorin „ohne Eltern und Geschwister auf, unser Haus lag weit vom Dorf entfernt, und es kam selten jemand zu Besuch“. Verhilft das zur Vorstellung, die wir uns von dieser Autorin zurechtlegen?

Wir lesen, dass sie 1983 als Zehnjährige in die Bundesrepublik Deutschland kam, wo sich dann über Jahre vieles in ihr bewegt haben muss, damit seit 2002 ihre Bücher, Zeugnisse hoher Sprachkunst, möglich wurden: Erzählungen, Romane, Gedichte, Essays. Die Zeitangabe „in rascher Folge“ hinzuzufügen, erscheint überflüssig. Denn was zu entstehen hat, entsteht; das Wie des Arbeitens, die inneren Umstände, das innerlich Drängende – so entscheidend für den Autor dies auch ist –, es zählt am Ende nicht, nur das, was entstanden ist. Dann erst stellt sich für Leser die Frage nach dem Wie der Form, nach dem Gelungenen in der Komposition.

Vielleicht aber wäre eine Arbeitsbedingung dieser Autorin doch bedeutsam zu erfahren, nein, nicht die Wirkung der zerklüfteten Küstenform der dalmatischen Küste, nicht einmal die des Balkan-Krieges, der die Mär vom friedlichen Europa nach 1945 zerrüttete, sondern die Frage, ob der Kirschholztisch, den Arjeta Filipo, Protagonistin in Bodrožićs Roman *kirschholz und alte gefühle* (2012) von ihrer Großmutter geschenkt bekam und den sie mit nach Berlin brachte, auch der Arbeitstisch der Marica Bodrožić geworden oder gewesen ist.

TISCHE SIND ORTE DER VERWANDLUNG

Bei Ilse Aichinger war es der Küchentisch der Großmutter, auf dem sie *Die größere Hoffnung* schrieb; und Inge Jens tat gut daran, die Geschichte des Schreibtisches der Schreibtische, desjenigen von Thomas Mann, zu verfassen. Tische symbolisieren in der Literatur Orte der Verwandlung. In Bodrožićs Schreiben, das immer ein Dichten ist, erinnern sich Steine, Tische und Libellen, spricht: Die Dinge werden beredt.

Längst sind meine Zeichen aufgebraucht, nicht aber der Wille zum weiteren Vorstellen, der sich bald andernorts neu manifestieren darf. Diese Zeichen, sie wollten gesetzt sein als Richtungsweiser auf das Werk der Marica Bodrožić, in dem sie Seite um Seite ihre Welt poetisiert, ein Werk, das uns das Staunen vor dem Wort neu lehrt.

Der Autor ist Laudator der diesjährigen Empfängerin des Literaturpreises der Konrad-Adenauer-Stiftung in Weimar.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2015
zum Thema

Vermögen

Reichere Reiche? Ärmere Arme? Mittellose Mitte?

Hierzu schreiben unter anderen Judith Niehues, Christian Arndt,
Roland Benedikter und Marcus Marktanner.

IMPRESSUM

Nr. 531, März/April 2015, 60. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung

Walter Bajohr

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistentin: Cornelia Wurm
Studentische Hilfskraft: Stefanie Kathrin Schäfer

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

*Dieser Ausgabe liegt das Jahresinhalts-
verzeichnis 2014 bei.*

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über
den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Po-
litischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

DER „KANZLER DER EINHEIT“ WIRD 85

Von 1982 bis 1996 hatte Helmut Kohl das politisch bedeutsamste Amt der Bundesrepublik Deutschland inne – länger als alle seine Vorgänger. Kein anderer deutscher Politiker nach Konrad Adenauer hat das Gesicht Deutschlands und Europas tiefgreifender verändert als er. Vor einem Vierteljahrhundert gelang es ihm in den Verhandlungen mit den USA und der Sowjetunion, die deutsche Einheit international abzusichern. Innenpolitisch hatte er die deutsche Frage gegen zahlreiche Widerstände offengehalten und gestaltete gemeinsam mit dem letzten DDR-Ministerpräsidenten den Weg zum 3. Oktober 1990.

Am 3. April 2015 hat Helmut Kohl seinen 85. Geburtstag gefeiert. Das Foto zeigt ihn auf einer Kundgebung im Februar 1990 in Erfurt.

© picture-alliance/dpa, Fotograf: Heinz Wieseler





Wahlleiter CDU
Mit Kohl gehts
uns Wohl